

Ergebnisprotokoll

1. Sitzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

am 26. Juni 2018, 11:00-14:00 Uhr
im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Anlagen:

- Anlage 1: Teilnehmerliste
- Anlage 2: Beschlossene Geschäftsordnung
- Anlage 3: Beschlossene Organisationsstruktur

Leitung der Sitzung [REDACTED]

Teilnehmer: siehe Anlage 1

TOP 1: Kurzvorstellung der Mitglieder

Nach einer Begrüßung durch BM Altmaier und die vier Vorsitzenden stellten sich alle Kommissionsmitglieder kurz vor.

TOP 2: Geschäftsordnung

Die Abstimmung über den Entwurf der Geschäftsordnung erfolgt auf Vorschlag [REDACTED] mit einfacher Mehrheit der anwesenden Kommissionmitglieder.

Mit jeweils deutlicher Mehrheit wurden nach einer Aussprache folgende Änderungen des vorliegenden Entwurfs angenommen:

In § 3 Abs. 3 werden nach den Worten „...gehören insbesondere die Organisation des laufenden Austausches zwischen den Vorsitzenden, der Kommission und der Bundesregierung sowie die Unterstützung“ die Worte „der Vorsitzenden“ eingefügt. Der Einschub dient der Klarstellung, dass die Vorsitzenden die Berichte schreiben und dabei von der Geschäftsstelle unterstützt werden.

In § 4 Abs. 4 werden nach den Worten: „Mitglieder der Geschäftsstelle nehmen an allen Sitzungen der Kommission teil, ebenso“ die Worte „mit Rederecht“ eingefügt. Mit der Änderung wird geregelt, dass sowohl die Vertreter der Ministerien der Steuerungsgruppe als auch die Vertreter der genannten Bundesländer bei den Kommissionssitzungen ein Rederecht haben.

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

Zu § 4 Abs. 6 bestand Einvernehmen, dass neben den Mitgliedern der Kommission auch deren Begleitung zur Verschwiegenheit verpflichtet ist.

In § 7 Abs. 2 werden nach den Worten: „Wird im Hinblick auf einen wesentlichen Gegenstand ...“ die Worte „der Berichte und“ eingefügt. Die Änderung dient der Klarstellung, dass – soweit einschlägig – unterschiedliche Ansichten auch den Teilberichten anzufügen sind.

Die so geänderte Geschäftsordnung (siehe Anlage 2) wurde ohne Gegenstimmen angenommen.

TOP 3

Als Tischvorlage wurde die als Anlage 3 beigefügte Graphik verteilt.

Die Kommission stimmte der von [REDACTED] vorgeschlagenen Organisationsstruktur zu und beschloss die Einrichtung der folgenden zwei Arbeitsgruppen, die zusätzlich zum Plenum und nicht zeitgleich tagen.

- Arbeitsgruppe „Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in den Regionen“ unter Leitung der Vorsitzenden Platzeck und Tillich,
- Arbeitsgruppe „Energiewirtschaft und Klimaziele“ unter Leitung der Vorsitzenden Pofalla und Praetorius.

Die beiden Arbeitsgruppen dienen der Vorbereitung des Plenums und stehen allen Mitgliedern offen, ein Ausschlussverhältnis zwischen den Arbeitsgruppen besteht nicht.

Es wurde vereinbart, dass Anhörungen von Sachverständigen etc. nur im Plenum erfolgen, um eine ausgewogene Wissensgrundlage zu gewährleisten. Reisen in die Reviere sollen nur vom Plenum und nicht von den Arbeitsgruppen durchgeführt werden. Beschlüsse werden ausschließlich im Plenum gefasst.

Das Plenum sowie die Arbeitsgruppen sollen jeweils einmal im Monat tagen. [REDACTED] wurden gebeten, schnellstmöglich die Termine bis zum Ende des Jahres festzulegen und diese spätestens in der nächsten Sitzung bekanntzugeben.

TOP 4

Als Termin für die nächste Sitzung wurde der 13. Juli 2018, 10-16 Uhr, festgelegt. Ziel der Kommission ist es, in dieser Sitzung eine gemeinsame Faktenbasis zu schaffen sowie ungeklärte Fragen zu identifizieren.

Zur Vorbereitung wurde Folgendes vereinbart:

- Die Kommissionsmitglieder wurden gebeten, bis zum 29. Juni 2018 aus ihrer Sicht für die weitere Diskussion relevante Fragen, die noch ungeklärt sind, zu übermitteln.
- Die Geschäftsstelle wurde gebeten, eine Sammlung von vorhandenen Materialien (Gutachten, etc.) über den Dokumentenserver bereitzustellen.
- Die Vorsitzenden wurden gebeten, zu den Themen der beiden Arbeitsgruppen kompetente Experten einzuladen, die einen Gesamtüberblick geben können.

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

Die Kommission bittet die Bundesregierung darum, ihr einen Pressespiegel zur Verfügung zu stellen.

Die Kommission bittet zudem die Vorsitzenden darum, über relevante Entwicklungen auf EU-Ebene zu berichten.

Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (WSB)“

Geschäftsordnung

§ 1 Mitgliedschaft

(1) Die Bundesregierung hat am 06. Juni 2018 die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (WSB)“ (im Folgenden: „die Kommission“) eingesetzt. Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie ernennt und entlässt ihre Mitglieder im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, dem Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat und dem Bundesminister für Arbeit und Soziales. Die Mitglieder sind auf schriftlichen Antrag aus der Kommission zu entlassen.

(2) Die Mitgliedschaft in der Kommission ist ein persönliches Ehrenamt. Eine Vertretung ist ausgeschlossen.

§ 2 Besetzung

(1) Der Kommission gehören vier Vorsitzende und 24 weitere stimmberechtigte sowie drei nicht-stimmberichtigte Mitglieder an. Den Vorsitz der Kommission übernehmen Matthias Platzeck, Ronald Pofalla, Prof. Dr. Barbara Praetorius und Stanislaw Tillich. Die Vorsitzenden vertreten die Kommission nach außen und koordinieren die Arbeit nach innen.

(2) Die Vorsitzenden handeln gemeinschaftlich, soweit sie nicht generell oder im Einzelfall bestimmte Aufgaben einem Vorsitzenden übertragen. Die Vorsitzenden streben einvernehmliche Lösungen an.

(3) Die Vorsitzenden bereiten gemeinsam die Kommissionssitzungen vor. In dringlichen organisatorischen Einzelfällen können die Vorsitzenden für die Kommission handeln. Sie haben dann unverzüglich der Kommission zu berichten.

§ 3 Geschäftsstelle

(1) Zur organisatorischen Unterstützung wird im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eine Geschäftsstelle der Kommission eingerichtet, die Sekretariatsaufgaben erfüllt.

(2) Die Geschäftsstelle stimmt sich in ihrer Aufgabenerfüllung mit den Vorsitzenden ab.

(3) Zu den Aufgaben der Geschäftsstelle gehören insbesondere die Organisation des laufenden Austausches zwischen den Vorsitzenden, der Kommission und der Bundesregierung sowie die Unterstützung der Vorsitzenden bei der Erarbeitung des Entwurfes der Berichte der Kommission.

(4) Für inhaltliche Vorarbeiten stehen der Kommission die Kapazitäten der fachlich zuständigen Bundesministerien zur Verfügung, die von der Geschäftsstelle in Abstimmung

mit den Kommissionsvorsitzenden, auf deren Anforderung oder auf der Grundlage eines Beschlusses der Kommission koordiniert werden.

§ 4 Sitzungen

- (1) Die Vorsitzenden bestimmen Ort, Zeit und Tagesordnung der Sitzungen und empfehlen den Arbeitsplan der Kommission. Die Vorsitzenden haben eine Sitzung anzuberaumen, wenn mehr als ein Drittel der Mitglieder dies beantragt.
- (2) Die Vorsitzenden leiten die Sitzungen im Wechsel. Die Tagesordnung und die Vorlagen sollen den Mitgliedern spätestens fünf Werktage vor dem Sitzungstag zugehen. Anträge zur Tagesordnung sind der Geschäftsstelle mindestens sieben Werktage vor dem Sitzungstag zu übermitteln.
- (3) Die Mitglieder sind berechtigt, sich durch einen Mitarbeiter aus ihrem näheren Arbeitsumfeld begleiten zu lassen. Eine Vertretung ist unzulässig.
- (4) Mitglieder der Geschäftsstelle nehmen an allen Sitzungen der Kommission teil, ebenso mit Rederecht Vertreter der Ministerien der Steuerungsgruppe BMWi, BMU, BMI und BMAS sowie der Bundesländer Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Vertreter des Bundeskanzleramtes haben Gaststatus.
- (5) Die Sitzungen finden grundsätzlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Durch Beschluss kann die Öffentlichkeit einzelner Sitzungen vorgesehen werden.
- (6) Die Mitglieder sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen in nicht öffentlicher Sitzung und die als vertraulich bezeichneten Unterlagen verpflichtet.
- (7) Die Kommission kann weitere Teilnehmer sowie externe Sachverständige zu ihren Sitzungen hinzuziehen, um mit diesen Fachgespräche sowie Anhörungen durchzuführen.
- (8) Die Kommission kann empfehlen, dass die Ministerien zu einzelnen Fragen Gutachten in Auftrag geben.
- (9) Die Kommission kann auf Vorschlag der Kommissionsvorsitzenden Arbeitsgruppen bilden, die der Kommission regelmäßig berichten und ihr ihre Ergebnisse vorlegen. Für die Arbeit der Arbeitsgruppen gilt die Geschäftsordnung der Kommission.

§ 5 Protokolle

- (1) Die Geschäftsstelle fertigt über jede Sitzung ein Ergebnisprotokoll an, welches durch die Vorsitzenden freigegeben wird und danach von der Geschäftsstelle an die Kommissionsmitglieder versandt wird.
- (2) Abstimmungsergebnisse werden in den Protokollen grundsätzlich allein nach der Anzahl der Stimmen (Zustimmung, Ablehnung, Enthaltung) dokumentiert.
- (3) Die Kommissionsmitglieder erhalten binnen sieben Werktagen eine Abschrift in elektronischer Form. Die Ergebnisprotokolle unterliegen der Vertraulichkeit. Sie gelten, soweit kein Widerspruch erfolgt, zwei Wochen nach Ihrer Verteilung als angenommen.

§ 6 Beschlüsse

- (1) Die Kommission ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.
- (2) Beschlüsse werden mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst.
- (3) Die Vorsitzenden sind stimmberechtigt.
- (4) Stimmenthaltungen sind zulässig. Abweichende Meinungen sind auf Verlangen in das Protokoll der Sitzung aufzunehmen.

§ 7 Empfehlungen und Abschlussbericht

- (1) Die Kommission legt auf der Grundlage des Einsetzungsbeschlusses und dessen Zeitplan ihre Arbeitsergebnisse in schriftlichen Berichten an den Staatssekretärsausschuss der Bundesministerien BMWi, BMU, BMI, BMAS, BMF, BMEL, BMVI und BMBF nieder sowie den Abschlussbericht der Bundesregierung vor.
- (2) Wird im Hinblick auf einen wesentlichen Gegenstand der Berichte und des Abschlussberichts eine einheitliche Auffassung nicht erzielt, so sollen dem Bericht die unterschiedlichen Ansichten angefügt werden.
- (3) Dessen unbeschadet bemüht sich die Kommission, zu allen Fragen eine einvernehmliche Lösung zu finden, da der Erfolg der Kommissionsarbeit letztlich davon abhängt, dass ein breiter Konsens zustande kommt.
- (4) Die Bundesregierung veröffentlicht die Berichte der Kommission und den Abschlussbericht sowie die über die Kommission in Auftrag gegebenen Gutachten.

§ 8 Öffentlichkeitsarbeit

Erklärungen für die Kommission und deren Arbeit werden von den Vorsitzenden in miteinander abgestimmter Form abgegeben.

§ 9 Aufwandsentschädigung und Reisekostenerstattung

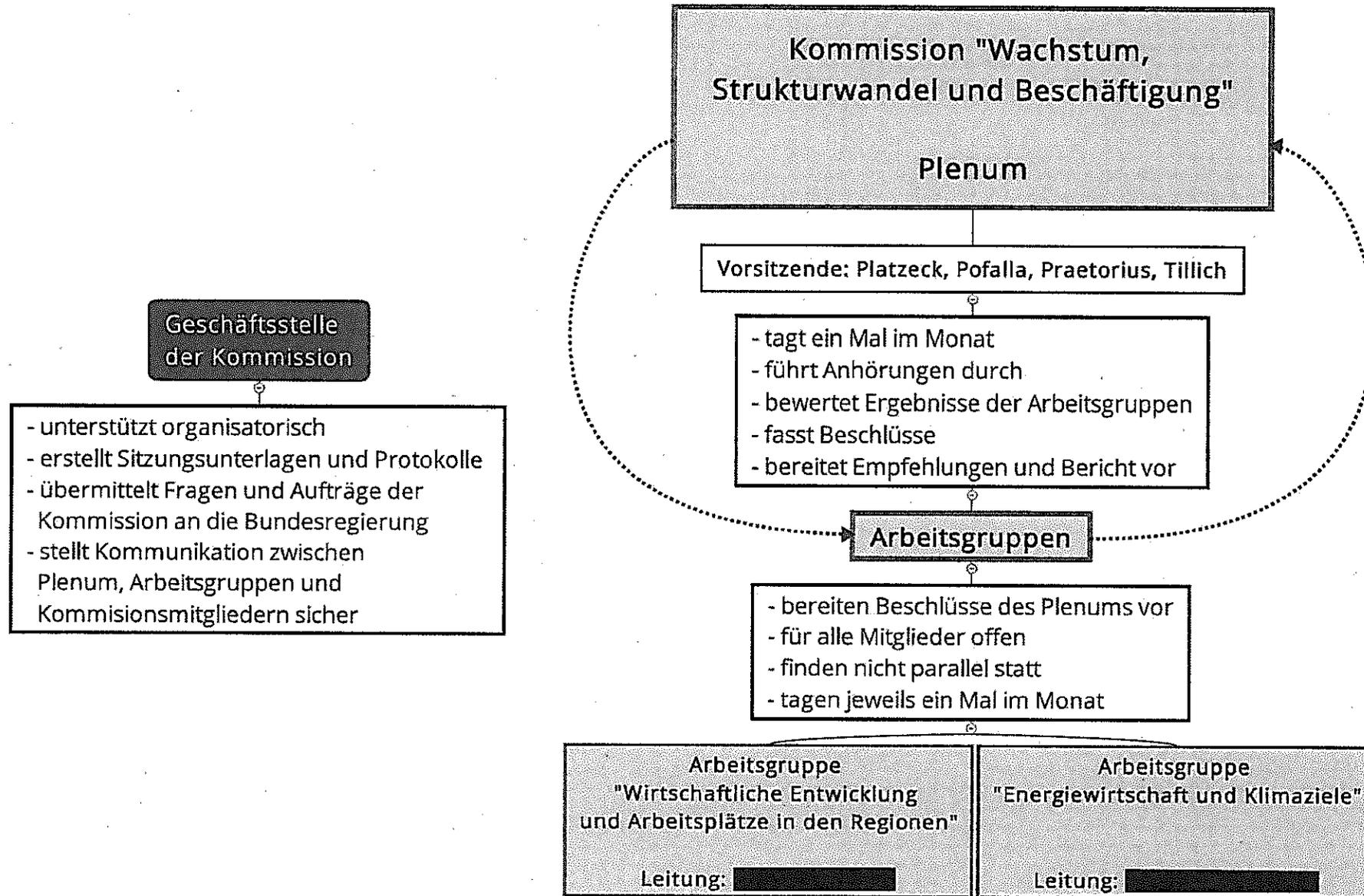
Aufwandsentschädigung und Reisekostenerstattung für die Mitglieder der Kommission richten sich grundsätzlich nach den Richtlinien des Bundesministeriums der Finanzen für die Abfindung der Mitglieder von Beiräten, Ausschüssen und Kommissionen und ähnlichen Einrichtungen des Bundes in der jeweils geltenden Fassung.

§ 10 Änderungen der Geschäftsordnung

Änderungen der Geschäftsordnung bedürfen der Zweidrittelmehrheit der Stimmen der Kommissionsmitglieder.

§ 11 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am 26. Juni 2018 in Kraft.



1

2

Ergebnisprotokoll

3

4

2. Sitzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

5

am 13. Juli 2018, 10:00 – 16:00 Uhr

6

im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

7

8

Anlagen:

9

- Anlage 1: Teilnehmerliste

10

- Anlage 2: Antrag von [REDACTED]

11

- Anlage 3: Presseinformation vom 13.07.2018

12

13

Leitung der Sitzung: [REDACTED]

14

15

Teilnehmer: siehe Anlage 1

16

17

BLOCK 1: Organisatorisches / Berichte

18

19

Organisatorische Fragen:

20

21

Protokoll

22

Das Protokoll der 1. Sitzung wurde verabschiedet.

23

24

Pressearbeit

25

Vor dem Hintergrund der aktuellen Berichterstattung bat der Vorsitz die Mitglieder der
26 Kommission um Zurückhaltung bei der Pressearbeit und riet insbesondere von der
27 Wiedergabe von Inhalten der Sitzungen ab. Es wurde mitgeteilt, dass nach der Sitzung
28 die Veröffentlichung einer Presseinformation der vier Vorsitzenden geplant sei, in der
29 die angehörten Sachverständigen sowie die jeweiligen Themen genannt werden. Um
30 dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit gerecht zu werden, ist geplant, die
31 Termine der jeweils ein bis zwei nächsten Sitzungen bekannt zu geben (vgl. hierzu
32 Anlage 3).

33 Sitzungsplan

34 Den Mitgliedern der Kommission wurde im Vorfeld ein Sitzungsplan übermittelt, der die
35 Termine des Plenums sowie der AG-Sitzungen bis zum Dezember 2018 enthält. Er soll
36 nicht veröffentlicht werden.

37 In der Diskussion über den Sitzungsplan baten verschiedene Mitglieder um ein
38 Vorziehen der Besuche im Lausitzer und im Rheinischen Revier sowie um eine
39 Berücksichtigung auch des Mitteldeutschen Reviers. Ein diesbezüglich von [REDACTED]
40 vorbereiteter Antrag wurde zu Protokoll genommen (siehe Anlage 2). Aus Sicht der
41 Lausitzrunde ([REDACTED]) wurde der Termin für den Besuch im Lausitzer Revier
42 befürwortet. Der Vorsitz sagte zu, in der nächsten Sitzung einen Vorschlag zu unter-
43 breiten, wie unter grundsätzlicher Beibehaltung des vorgeschlagenen Zeitplans und
44 eines effizienten Arbeitsmodus den vorgebrachten Anliegen Rechnung getragen
45 werden kann.

46 Im Hinblick auf die Kurzfristigkeit der anberaumten Arbeitsgruppensitzungen am
47 16.07.2018 und 19.07.2018 sagte der Vorsitz zu, dass eventuelle Zwischenergebnisse
48 lediglich schriftlich festgehalten und in der nächsten Plenumsitzung am 23.08.2018
49 nochmals zur Diskussion gestellt werden.

50

51 Fragenkatalog

52 Die von den Kommissionsmitgliedern übersandten Fragen wurden von der
53 Geschäftsstelle thematisch zu einem Fragenkatalog zusammengeführt, der auf dem
54 internen Server eingestellt wird. Von den rd. 1.000 Fragen sollen die Kernfragen durch
55 die Geschäftsstelle identifiziert und an die geeigneten Adressaten zur Beantwortung
56 weitergeleitet werden. Andere Fragen können im Rahmen der Anhörungen geklärt
57 werden. Eine Beantwortung aller Fragen wird jedoch nicht möglich sein.

58

59 Interner Server

60 Es bestand Einigkeit, dass die Präsentationen der Sitzung im Nachgang auf dem
61 internen Server bereitgestellt werden. Neben den Kommissionsmitgliedern werden auch
62 die Sherpas Zugang zu dem Server der Kommission erhalten.

63

64 Sonstiges

65 Es bestand der Wunsch, auch für die Sherpas adäquate Sitzgelegenheiten mit Tischen
66 zur Verfügung zu stellen. Der Vorsitz wies darauf hin, dass als künftige Tagungsorte
67 auch andere Ministerien vorgesehen seien.

68 Es wurde darum gebeten, Anträge künftig grundsätzlich fünf Tage vorher über den
69 Vorsitz bzw. die Geschäftsstelle zu übermitteln.

70

71 **Berichte**

72 European Coal Regions in Transition

73 Vortrag: [REDACTED] (BMW)

74

75 [REDACTED] berichtete über die von der Europäischen Kommission im Jahr 2017
76 gestartete Plattform „Kohleregionen im Wandel“, mit der Regionen mit
77 Kohlebergbauaktivitäten bei der Identifizierung, Entwicklung und Umsetzung von
78 Projekten unterstützt werden sollen. Am 12.07.2018 hatte das zweite Treffen der
79 Plattform in Brüssel stattgefunden.

80 Die Kommission bat das BMWi, Best-Practice-Beispiele und Informationen von anderen
81 Regionen über den internen Server bereit zu stellen.

82 [REDACTED] bot an, ergänzend Informationen an den Vorsitz zu übermitteln über
83 das High-Level Panel „European Decarbonisation Pathway Initiative“, das im Herbst
84 2018 seinen Bericht vorlegen wird. Hiernach könnten unter der 2. Säule des EU-
85 Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ ab 2021 erhebliche Mittel für die
86 betroffenen Regionen bereitgestellt werden.

87

88 **BLOCK 2: Strukturpolitische Grundlagen**

89

90 Rahmendaten der Braunkohlereviere

91 Vortrag: Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) [REDACTED]

92

93 Das RWI präsentierte die Ergebnisse einer im Auftrag des BMWi vorgenommenen
94 Bestandsaufnahme zu den wesentlichen Strukturdaten der Regionen. Das Gutachten
95 ist auf der Homepage des BMWi veröffentlicht (Kurz- und Langfassung); die
96 Präsentation wird auf dem internen Server bereitgestellt.

97 In der anschließenden Diskussion wurden insbesondere die geographische Abgrenzung
98 der Reviere (Verhältnis zu den „Kernrevieren“) sowie die Altersstruktur der
99 Beschäftigten erörtert. Weiterer Informationsbedarf bestand zur Ermittlung der direkten,
100 indirekten und induzierten Beschäftigungseffekte.

101 Der Vorsitz beauftragte die AG „Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in den
102 Regionen“, am 19.07.2018 ein gemeinsames Verständnis darüber zu erarbeiten,

- 103
- ob die von RWI dargestellte geographische Abgrenzung der Regionen der
104 Kommissionsarbeit zugrunde gelegt werden soll und
 - ob die von RWI vorgenommene Charakterisierung der vier Reviere
105 (Stärken/Schwächen, Trends, Strukturdaten) grundsätzlich geteilt wird.
106

107

108

109 Sozioökonomische Komponente und Strukturwandel

110 Vortrag: [REDACTED] [REDACTED] Vattenfall Europe Mining AG

111 [REDACTED] stellte die Rolle der Energieunternehmen für die Regionen dar und
112 beleuchtete, welche Erfahrungen mit dem bereits zurückliegenden Strukturwandel
113 gemacht worden seien und was der sich abzeichnende Strukturwandel für die Zukunft
114 bedeute. Das Skript des Vortrages wird auf dem internen Server bereitgestellt.

115

116 Block 3: Klimapolitische und energiewirtschaftliche Grundlagen

117

118 Internationale, europäische und nationale klimapolitische Rahmenbedingungen

119 Vortrag: PIK Potsdam [REDACTED]

120 [REDACTED] stellte die Folgen der Erderwärmung für verschiedene
121 Weltregionen dar und zeigte, dass ein linearer Reduktionspfad bis 2050 nicht ausreiche.
122 Zusätzlich hat er aus der Logik des „Treibhausgasbudgets“ abgeleitet, dass die
123 Klimaziele der Bundesregierung für das Jahr 2030 „nachgeschärft werden müssen“. Die
124 Präsentation wird auf dem internen Server bereitgestellt.

125

126 Fakten und Zahlen zur Kohlewirtschaft

127 Vortrag: BET, [REDACTED]

128 [REDACTED] stellte Fakten zum deutschen Kraftwerkspark und zur Kohlewirtschaft dar.
129 Grundlage für den Vortrag ist eine Kurzstudie, die gemeinsam mit Ernst & Young im
130 Auftrag des BMWi erstellt wurde. Die Präsentation und die Kurzstudie werden auf dem
131 internen Server bereitgestellt.

132

133 Strommarkt, Versorgungssicherheit

134 Vortrag: Fraunhofer ISI, [REDACTED] Consentec, [REDACTED]

135 Der Vortrag führte in die Grundlagen des Strommarkts unter Berücksichtigung des
136 europäischen Binnenmarkts für Strom (Marktkopplung) sowie in die Grundlagen der
137 Versorgungssicherheit ein. Die Präsentationen werden auf dem internen Server
138 bereitgestellt.

139

140

141

142 **Weiteres Vorgehen**

143 Um dem Informationsbedarf der Kommissionsmitglieder Rechnung zu tragen, wurden
144 die Vortragenden gebeten, in der nächsten Sitzung der AG „Energiewirtschaft und
145 Klimaziele“ am 16.09.2018 bzw. der AG „Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze
146 in den Regionen“ am 19.06.2018 für weitere Rückfragen zur Verfügung zu stehen.

147 Der Vorsitz beauftragte die Arbeitsgruppen, die aufgeworfenen Fragen zu vertiefen und
148 ggf. einen Vorschlag zum weiteren Fortgang im Plenum zu übermitteln.

149

150 [REDACTED] beantragte:

151 „Ferner beantrage ich, auch das bitte ich ins Protokoll aufzunehmen, dass wir bei der
152 nächsten Plenums Sitzung den Tagesordnungspunkt „Aktuelle Situation der betroffenen
153 Anwohner*innen in den Revieren – Vorsorge tragen statt Fakten schaffen“ erörtern.

154 Wir möchten wissen, wie die Kommission dazu steht, dass in den Revieren tagtäglich
155 unumkehrbare Fakten geschaffen werden und welche Haltung die Kommission dazu
156 einnimmt, dass bei Rodungen im Hambacher Wald im Rheinland ab 1. Oktober massive
157 Bürgerproteste (ein „zweites Stuttgart 21“) drohen.

158 Aus unserer Sicht kann durch den zügigen Ausstieg aus der Braunkohle das Abholzen
159 von Waldgebieten und Umsiedeln ganzer Dörfer verzichtet werden. Was nicht zerstört
160 wird muss auch nicht wieder neu hergestellt oder teuer entschädigt werden. Das ist die
161 nachhaltige, umweltbewusste und klimafreundliche Strategie, die es zu verfolgen gilt.“

162

171

172

173 Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

174

175 Sitzung des Plenums, 13. Juli 2018

176

177

178

179

180 Antrag

181

- 182 1. Die Sitzungsreihenfolge wird so verändert, dass der Besuch in das Lausitzer
183 Revier auf die 3. Plenums-Sitzung im August (23. August) und der Besuch ins
184 Rheinische Revier auf die 4. Plenums-Sitzung im September (18. September)
185 vorgezogen werden. Dazu werden die Sitzungen auf jeweils 2 Tage ausgedehnt
186 (22./23. August und 17./18. September). Am ersten Tag finden die
187 Besucherprogramme statt und am zweiten Tag die regulären Plenums-
188 Sitzungen.
- 189 2. Auf den Plenums-Sitzungen in den Revieren sollen jeweils die Strukturwandel-
190 Fragen und die Energiefragen gleichermaßen behandelt werden. Die konkreten
191 Programme für beide Plenums-Sitzungen werden von den AGs in ihrer
192 jeweiligen Themenzuständigkeit vorbereitet und verabschiedet.
- 193 3. Die Besucherprogramme werden von der AG Wirtschaftliche Entwicklung und
194 Arbeitsplätze vorbereitet und entschieden. Dafür können alle
195 Kommissionsmitglieder vor den entsprechenden Sitzungen Vorschläge an die
196 Geschäftsstelle übersenden. Die Vorsitzenden der AGs tragen dafür Sorge,
197 dass diese zur Vorbereitung auf die Sitzungen an alle Kommissionsmitglieder
198 verschickt werden.

199

200

Anlage 3

201

202 **Presseinformation im Namen der vier Vorsitzenden der Kommission „Wachstum,**
203 **Strukturwandel und Beschäftigung“**

204

205

206 Berlin, 13. Juli 2018

207

208 Die vier Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
209 Matthias Platzeck, Ronald Pofalla, Prof. Barbara Praetorius und Stanislaw Tillich, teilen
210 im Nachgang zu heutigen zweiten Sitzung der Kommission Folgendes mit:

211

212

213 Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat heute ihre Arbeit
214 fortgesetzt. Im Mittelpunkt der zweiten Kommissionssitzung standen die vom
215 Strukturwandel betroffenen Regionen, die Grundzüge der Energiewirtschaft in
216 Deutschland sowie die bestehenden klimapolitischen Rahmenbedingungen.

217 Unter Leitung von Ronald Pofalla hat die Kommission begonnen, sich eine gemeinsame
218 Wissensbasis zu den Aufgaben, Rahmenbedingungen und strukturpolitischen
219 Herausforderungen zu schaffen. Dazu wurden externe Sachverständige zu den
220 Arbeitsbereichen Strukturwandel und Klimaschutz angehört. Als Sachverständige waren
221 geladen:

- 222 • Dr. Jochen Dehio und Dr. Torsten Schmidt vom Leibniz-Institut für
223 Wirtschaftsforschung (RWI), zum Thema "Strukturpolitische Rahmendaten der
224 Braunkohlereviere",
225
- 226 • Rüdiger Siebers, ehemaliger Gesamtbetriebsrat Vattenfall Europe Mining AG
227 zum Thema „Sozioökonomische Bedeutung des Strukturwandels in den
228 Braunkohleregionen“,
229
- 230 • Prof. Dr. Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimaforschung zum Thema
231 „Internationale, europäische und nationale klimapolitische Rahmenbedingungen“,
232
- 233 • Dr. Michael Ritzau von BET zum Thema „Fakten und Zahlen zur
234 Kohlewirtschaft“,
235
- 236 • Dr. Frank Sensfuß vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung
237 sowie Dr. Christoph Maurer von der Consentec GmbH zum Thema „Strommarkt
238 und Versorgungssicherheit: Einführung“.
239

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

240 Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ besteht aus 31
241 Mitgliedern. Sie setzt sich aus insgesamt 24 Mitgliedern, drei Abgeordneten des
242 Deutschen Bundestages und den vier Vorsitzenden Matthias Platzeck, Ronald Pofalla,
243 Prof. Dr. Barbara Praetorius und Stanislaw Tillich zusammen. Vertreterinnen und
244 Vertreter der Länder Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland,
245 Sachsen-Anhalt und Sachsen nehmen an den Sitzungen teil.

246 Zentraler Gegenstand der Arbeit der Kommission ist zum einen die Sicherung von
247 Wachstum und Arbeitsplätzen in den Regionen, die vorrangig durch den
248 klimaschutzbedingten Strukturwandel im Energiesektor betroffen sind. Zum anderen soll
249 die Kommission aufzeigen, welche Maßnahmen erforderlich sind, damit Deutschland
250 seine klimapolitischen Ziele erreicht. Hierzu gehört auch ein Plan zur schrittweisen
251 Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung.

252 Die Arbeit der Kommission wird zunächst am 16.07.2018 in der Arbeitsgruppe
253 „Energiewirtschaft und Klimaziele“ sowie am 19.07.2018 in der Arbeitsgruppe
254 „Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in den Regionen“ fortgesetzt. Die
255 nächste Sitzung des Planums findet am 23.08.2018 statt.

1

2

3

Ergebnisprotokoll

4

5

1. Sitzung der AG „Energiewirtschaft und Klimaziele“

6

der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

7

am 16. Juli 2018, 10:00 – 16:00 Uhr

8

im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

9

10 Anlage: Teilnehmerliste

11

12 Leitung der Sitzung [REDACTED]

13

14 Teilnehmer: siehe Anlage

15

16 TOP 1 Auswertung des Plenums

17 Es bestand Einigkeit darüber, dass

- 18 • der Abstraktionsgrad der Vorträge in der zweiten Plenarsitzung am 13.07.2018
- 19 sinnvoll war, um einen gemeinsamen Wissensstand zu schaffen,
- 20 • und nun in den nächsten Sitzungen eine weitere Konkretisierung erforderlich ist.

21 Darüber hinaus wurde die Frage erörtert, inwiefern einzelne Mitglieder Informationen
22 oder Zahlen an die Kommission senden können. Es wurde die Einigung erzielt, dass
23 solche Informationen nur auf Grundlage einer gezielten Abfrage der Vorsitzenden zur
24 Verfügung gestellt werden sollen.

25

26

27 **TOP 2: Strommarkt und Versorgungssicherheit**

28 [REDACTED] (Fraunhofer ISI) und [REDACTED] (Consentec) haben an der Sit-
29 zung teilgenommen und Fragen der Kommissionsmitglieder beantwortet. Das Thema
30 Versorgungssicherheit wurde kontrovers diskutiert. Es wurde unter anderem darüber
31 diskutiert, wie Versorgungssicherheit gewährleistet werden kann und sollte. Zudem
32 wurde diskutiert, welche Spielräume kurz- und mittelfristig für eine Verringerung der
33 Kohleverstromung bestünden. Dabei wurde über die Rolle verschiedener Flexibilitätsop-
34 tionen wie Gaskraftwerke oder Speicher für die Stromversorgung diskutiert.

35 Vor dem Hintergrund der lebhaften Diskussion zur Versorgungssicherheit wurde be-
36 schlossen, dass eine kleinere Gruppe das Spektrum möglicher Sichtweisen zur Bewer-
37 tung der Versorgungssicherheit erörtert. Es bestand Einigkeit, dass an diesem Arbeits-
38 treffen auch Vertreter der Kommissionsmitglieder teilnehmen dürfen und Rederecht ha-
39 ben. Die Ergebnisse sollen dann der Kommission vorgelegt und dort diskutiert werden.

40

41 **TOP 3: Strukturdaten Energiewirtschaft und Kohleverstromung**

42 [REDACTED] und [REDACTED] (Ernst & Young) haben an der Sitzung teilgenommen
43 und Fragen der Kommissionsmitglieder beantwortet.

44 Es wurde unter anderen darüber diskutiert, welche Modernisierungsmaßnahmen (Re-
45 trofits) in den Kraftwerken durchgeführt wurden, welche Aufgaben Kraftwerke neben der
46 Verstromung übernehmen und ob so genannte „Domino-Effekte“ eintreten können.

47

48 **TOP 4: Klimapolitische Rahmenbedingungen**

49 [REDACTED] (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) hat an der Sitzung
50 teilgenommen und Fragen der Kommissionsmitglieder beantwortet.

51 Es wurde darüber diskutiert, inwiefern die nationalen Beiträge zur Erreichung der Ziele
52 aus dem Pariser Klimaabkommen ausreichen. Angesprochen wurden zudem unter an-
53 derem die Minderungspotentiale und –beiträge in den unterschiedlichen Sektoren, die
54 weitere Entwicklung des europäischen Emissionshandels und die Frage, ob es zu ei-
55 nem sog. Carbon Leakage kommt.

56 Zu verschiedenen Themen bestand weiterer Informationsbedarf. Die Geschäftsstelle
57 wurde daher beauftragt, bei der Bundesregierung Einschätzungen zu folgenden Fragen
58 zu erbitten:

- 59 1. Wie bewertet die Bundesregierung die Versorgungssicherheit, welche Methodik
60 wird beim entsprechenden Monitoring verwendet und wann werden konkrete

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

- 61 Aussagen zum derzeitigen Stand und den Perspektiven der Versorgungssi-
62 cherheitssituation vorliegen?
- 63 2. Welche Reduktion der CO₂-Emissionen lässt sich für die Kohleverstromung in
64 Deutschland aus dem Sektorziel 2030 laut Klimaschutzplan 2050 ableiten? Da-
65 bei sollen auch die kumulierten Emissionen (Bandbreite) der Kohleverstromung
66 dargestellt werden, welche für das Pariser Übereinkommen maßgeblich sind.
- 67 3. Welche Treibhausgas-Emissionsminderung wird laut Klimaschutzbericht 2017
68 zum Aktionsprogramm 2020 der Bundesregierung bis 2020 voraussichtlich er-
69 bracht und wie verteilt sich diese Minderung auf die verschiedenen Sektoren
70 der deutschen Wirtschaft?
- 71 4. Welche völkerrechtliche Verbindlichkeit hat das Pariser Übereinkommen?
- 72 5. Welche Sanktionen drohen Deutschland bei einer Verfehlung des nationalen
73 Klimaschutzziels 2020 und der Sektorziele 2030?
- 74 6. Welche Sanktionen drohen Deutschland bei einer Verfehlung der Klimaschutz
75 ziele für den non-ETS-Bereich in 2020/2030?
- 76 7. Welchen Beitrag haben die ostdeutschen Bundesländer seit 1990 zur Ver-
77 ringerung der deutschen Treibhausgas-Emissionen geleistet und woraus ergibt
78 sich dieser Beitrag?

79

80 **Weitere Anregungen**

81 Es wurde angeregt, die Frage der stofflichen Nutzung von Braunkohle, die Potentiale
82 von grünem Wasserstoff sowie die Verfügbarkeit von Rohstoffen für die Energiewende
83 näher zu diskutieren. Außerdem wurde der Wunsch geäußert, das Thema Rück-
84 stellungen für die Rekultivierung der Braunkohletagebaue einschließlich der Frage der
85 Insolvenzfestigkeit im weiteren Verlauf der Kommissionsarbeit detailliert zu behandeln.

86 Die Geschäftsstelle wurde gebeten, Präsentationen zu Vorträgen möglichst vor der ent-
87 sprechenden Sitzung zu versenden.

88

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29

Ergebnisprotokoll

1. Sitzung der Arbeitsgruppe

„Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in den Regionen“
der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

am 19. Juli 2018, 10:00 – 16:00 Uhr

im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Anlage: Teilnehmerliste

Leitung der Sitzung: ██████████

Teilnehmer: siehe Anlage

TOP 1: Organisatorisches

Erläuterungen des Vorsitzes:

- Das für die heutige Sitzung geplante Gespräch mit den Bundesressorts BMBF und BMVI soll zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden (siehe TOP 7).
- Das Plenum wird nach derzeitigem Stand am 23.08.2018 im Bundesarbeitsministerium tagen. Die Geschäftsstelle wird beim Versand der Einladungen auch Erläuterungen zur Anfahrt beifügen.
- Für die geplante Diskussionsrunde zum Thema ‚Versorgungssicherheit‘ (23.07.2018, 16:00 Uhr im BMWi) erhalten die „Sherpas“ wegen der Urlaubszeit einmalig ein Rederecht, da es sich um eine informelle Arbeitsgruppe handelt.
- Die geplanten Sitzungen der Kommission in den Revieren werden, wie auch die Sitzungen in Berlin, jeweils um 10:00 Uhr beginnen.

30 **TOP 2: Auswertung Plenum**

31 Zu dem von verschiedenen Kommissionsmitgliedern geäußerten Wunsch nach einer
32 Arbeitsplanung führen die Vorsitzenden aus, im Nachgang der Sitzung am
33 19.07.2018 entscheiden zu wollen, ob und ggf. wie detailliert vorab festgelegt wird,
34 wann genau welche Themen im weiteren Verlauf der Kommissionsarbeit aufgerufen
35 werden (Arbeitsplanung).

36 Der Umgang mit den Ländern wird bis zum 23.08.2018 geklärt. Das betrifft u.a. den
37 Zugang zum Server, das Rederecht und die Verpflichtung zur Entsendung
38 feststehender Ländervertreter.

39

40 **TOP 3: Bestandsaufnahme zu den Revieren**

41 **Abgrenzung der Reviere**

42 Die Kommissionsmitglieder diskutierten, ob die zwischen dem Bundeswirtschafts-
43 ministerium und den Wirtschaftsministerien der betroffenen Länder 2017
44 abgestimmte geographische Abgrenzung der vier Braunkohlereviere auch für die
45 weiteren Arbeiten der Kommission als Grundlage herangezogen werden sollte.

46 Einbezogen wurden Kreise mit Standorten von Braunkohletagebauen und
47 Braunkohlekraftwerken bzw. Kreise mit einer engen funktionalen oder administrativen
48 Verflechtung zu diesen. Die Abgrenzung wurde auch der Studie des RWI Leibnitz-
49 Instituts für Wirtschaftsforschung zu Grunde gelegt.

50 Es bestand Einigkeit, dass die Abgrenzung pragmatisch ist und als Grundlage für die
51 weiteren Arbeiten verwendet werden kann. Insbesondere bei der Auswahl der
52 Maßnahmen für die Reviere sollte aber *innerhalb* dieser Abgrenzung besonderes
53 Augenmerk auf die vom Strukturwandel am stärksten betroffenen Landstriche bzw.
54 die jeweiligen Kernregionen der Reviere gerichtet werden.

55

56 **Strukturdaten der Reviere**

57 Anschließend diskutierten die Kommissionsmitglieder die Frage, ob die von RWI
58 erhobenen Daten grundsätzlich geeignet sind, um den Strukturwandel prägnant zu
59 beschreiben und darauf aufbauend Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

60 Der Vorsitz fasste die Diskussion anschließend wie folgt zusammen:

- 61 • Die von RWI erhobenen Daten sind grundsätzlich geeignet als Basis für die
62 weiteren Arbeiten der Kommission. In einzelnen Bereichen sind ggf.
63 zusätzliche Erhebungen oder Vertiefungen erforderlich (siehe unten).
64 • Hinsichtlich des Beschäftigungs-Multiplikators wird die Kommission ihrer
65 Arbeit die „Faustformel zu Grunde“ legen, dass das Verhältnis von direkter zu
66 indirekter und induzierter Beschäftigung etwa 1:1:1 beträgt.
67 • Die Geschäftsstelle bzw. BMWi werden gebeten, RWI zu beauftragen,
68 folgende zusätzliche Strukturdaten kurzfristig bereit zu stellen:
69 ○ Regionale Wertschöpfung durch die Kohlewirtschaft,
70 ○ Beitrag der Kohlewirtschaft zum Steueraufkommen in den Regionen und
71 ○ Altersstruktur und Altersentwicklung bis 2030 der in der Kohlewirtschaft
72 Beschäftigten.

73 Diese zusätzlichen Daten sollen jeweils sowohl für die Braun- als auch die
74 Steinkohlewirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

75

76 Mandat der Kommission

77 Ferner wurde diskutiert, ob der Arbeitsauftrag der Kommission die gesamte
78 Kohleverstromung umfasst oder nur die Braunkohleverstromung. Der Vorsitz stellte
79 klar, dass das Mandat der Kommission für die gesamte Kohleverstromung gilt.
80 Gleichwohl ist, aufgrund der regionalen Konzentration der Braunkohlewirtschaft und
81 deren Wertschöpfungstiefe, der strukturpolitische Auftrag der Kommission wesentlich
82 stärker auf die Braunkohle- denn auf die Steinkohlewirtschaft fokussiert. In diesem
83 Zusammenhang wurde an BMWi bzw. die Bundesregierung die Bitte formuliert, eine
84 Liste aller Kraftwerke (Braun- wie Steinkohle), möglichst inkl. der damit verbundenen
85 Arbeitsplätze und Verbundeffekte (z. B. Haushalte am Wärmenetz), vorzulegen.

86

87 TOP 4 bis TOP 6: Verständnis von Strukturwandel, Beiträge der 88 Kommissionsmitglieder, Instrumente und Maßnahmen

89 Die Tagesordnungspunkte wurden zusammen beraten, es fand ein erster Austausch
90 zu den Themen statt. Im Ergebnis bestand ein gemeinsames Verständnis darüber,
91 dass

- 92 • Strukturwandel ein Prozess ist, der sowohl kurz- als auch langfristige
93 Dimensionen hat und Strukturwandelhilfen und –mittel daher auch langfristig
94 anzulegen sind,
95 • Strukturwandel als Prozess institutionalisiert und unter starker Verantwortung
96 der Länder und Kommunen bewältigt und wissenschaftlich begleitet werden
97 muss,

- 98 • neben finanzieller Unterstützung von Investitionen, Infrastrukturen und
99 Innovationen vor allem ein wachstumsfördernder regulatorischer Rahmen
100 erforderlich ist und
101 • Wachstumsprozesse unter Einbeziehung der regionalen Partner strukturell
102 angegangen werden müssen, auch wenn einzelne Leuchtturmprojekte
103 kurzfristig attraktiv erscheinen.

104 Konsens war, dass die Kommission sowohl regulatorische als auch finanzielle
105 Ansatzpunkte zur Unterstützung des Strukturwandels identifizieren muss. Prozesse
106 müssen beschleunigt und bestehende regulatorische Vorgaben (z.B. Planungs- und
107 Baurecht) sowie Instrumente, wie z.B. die Gemeinschaftsaufgaben, hinterfragt
108 werden. Der Strukturwandel in den Revieren stellt dabei eine besondere
109 Herausforderung dar, die getrennt von der generellen Strukturförderung behandelt
110 und sich positiv von den weiteren Instrumenten im Rahmen der Förderung
111 gleichwertiger Lebensverhältnisse absetzen muss. Dabei wird sich die Kommission
112 auch mit den Vorgaben / dem Spielraum des EU-Rechts auseinandersetzen müssen.

113

114 **TOP 7: Vorbereitung des nächsten Plenums**

115 Für die nächste Plenumssitzung (Abschnitt Strukturwandel) werden Bund und
116 Ländern sowie ggf. ein Vertreter der EU-Kommission eingeladen, um

- 117 • zur Bilanz bestehender Förderinstrumente in den Revieren sowie
118 • zu geplanten strukturfördernden Maßnahmen sowie deren landespolitischer
119 Begleitung in den Revieren

120 vorzutragen.

121 Es wird außerdem geprüft, ob Vertreter der Kohlewirtschaft eingeladen werden, um
122 den Austausch zur regionalen Wertschöpfung der Branche zu vertiefen.

123 Die Vorsitzenden werden die übrigen Vorschläge der Kommissionsmitglieder für
124 anzuhörende Experten und Themen im weiteren Prozess prüfen, darunter auch die
125 Anhörung von Vertretern der Kohlewirtschaft.

126 Abschließend bat der Vorsitz insbesondere die Vertreter der Länder darum,
127 personelle Kontinuität bei der Sitzungsteilnahme sicherzustellen.

128

Ergebnisprotokoll

3. Sitzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

am 23. August 2018, 10:00 – 16:00 Uhr
im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Leitung der Sitzung: [REDACTED]

Anlagen:

- Anlage 1: Teilnehmerliste
- Anlage 2: Presseinformation vom 23.08.2018

BLOCK 1 und 2: Organisatorisches / Berichte

Organisatorische Fragen:

Personalie

Die Vorsitzende informierte die Kommission, dass [REDACTED] aus beruflichen Gründen aus der Kommission ausscheidet und dafür [REDACTED] in der Kommission mitarbeiten wird.

Protokolle

Die Vorsitzende wies darauf hin, dass für die Protokolle des letzten Plenums sowie der beiden AGs noch bis zum 24.08.2018 Anmerkungen möglich sind.

Sitzungen

Die Vorsitzende erläuterte das neue Sitzungsformat:

- Es solle mehr Raum für Diskussionen ermöglicht werden, indem die bisher als AG-Sitzungen vorgesehenen Termine für Plenumssitzungen genutzt werden.
- Die AG-Sitzungen seien aufgrund der sehr zahlreichen Teilnahme der Kommissionsmitglieder praktisch Plenarsitzungen gewesen.
- Der neue Ablauf sehe vor, dass die Sachverständigen zur besseren Vorbereitung deutlich vorab schriftliche Stellungnahmen, bzw. sonstige Materialien übersenden, in der Sitzung fünfminütige Statements vortragen und anschließend für ausführliche Diskussionen mit der Kommission zur Verfügung stehen.

Die Vorsitzende nannte die neuen Termine für die Revierbesuche. Die Geschäftsstelle wurde gebeten, die Reisen so zu planen, dass bei zweitägigen Sitzungen der zweite

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

Termin in Berlin später beginnt, um den Kommissionsmitgliedern die rechtzeitige Anreise zu ermöglichen. Die Vorsitzende lud die Kommissionsmitglieder dazu ein, Vorschläge für die Vor-Ort-Termine an die Geschäftsstelle zu übermitteln. Der Vorsitz bestätigte, dass bei Vor-Ort-Sitzungen der Kommission keine Beschlüsse gefasst werden.

Die Mitglieder der Kommission bringen ihre Erwartung zum Ausdruck, dass die Vorsitzenden zur Sitzung am 18. September einen Arbeitsplan für die weitere Kommissionsarbeit vorlegen. Zudem sollten ~~den entsprechenden Arbeitspaketen auch Sachverständige zugeordnet und ein~~ Modus zur Texterstellung vorgelegt werden. Die Vorsitzende erläuterte, dass zum Thema Strukturwandel bis Ende Oktober Vorschläge in Form eines vorläufigen Zwischenberichts vorliegen sollen. Die Diskussionen könnten dann aber wegen der engen Verknüpfung mit den Klima- und Energiethemen noch bis zum Schlussbericht weitergeführt werden.

Die Vorsitzende berichtete, dass bei der nächsten Plenarsitzung am 29.08.2018 die beiden thematischen Blöcke „Versorgungssicherheit“ sowie „Wertschöpfung und Beschäftigung“ behandelt werden sollen. Dabei sollen auch die Braunkohlekraftwerksbetreiber angehört werden.

Die Kommission führte eine ausführliche Diskussion zur Frage, ob sie das Thema Hambacher Wald in der Sitzungsplanung aufgreifen möchte. Die Vorsitzenden wiesen darauf hin, dass nach ihrer gemeinsamen Auffassung die Frage, ob der Hambacher Wald gerodet werden darf, nicht in das Mandat der Kommission falle und die Kommission deswegen dazu keine Empfehlungen abgeben solle. Die Kommission folgte dieser Ansicht. Einzelne Mitglieder warben für eine Behandlung in der Kommission. Aus der Mitgliedschaft wurde angeregt, beim Besuch des Rheinischen Reviers Betroffene zu hören, darunter einen Experten des BUND.

Einige Mitglieder der Kommission kritisierten die aus ihrer Sicht mangelnde Vertraulichkeit bei der Arbeit der Kommission sowie die Rolle der Länder. Die Länder verwiesen dabei nochmals auf ihre Sonderrolle in der Kommission und die Tatsache, dass sie keinen Zugang zum kommissionsinternen Server hätten.

Die Vorsitzende erklärte, dass sie davon ausgeht, dass die Regelung zur Verschwiegenheit über die Beratungen in nicht-öffentlicher Sitzung sowie bezüglich der als vertraulich bezeichneten Unterlagen (§ 4 der Geschäftsordnung vom 26.06.2018) von allen im Raum befindlichen Personen als verbindlich angesehen werde. Ansonsten müsse eine entsprechende Anpassung der Geschäftsordnung erfolgen.

Die Vorsitzende teilte mit, dass es zu einem späteren Zeitpunkt auch Sitzungen der Kommission geben werde, bei denen die Teilnehmerzahl begrenzt sein wird.

Berichte:

Der Bericht zum Beitrag zur Versorgungssicherheit von [REDACTED] wurde auf die 4. Plenarsitzung am 29.08.2018 verschoben, da das Thema dann ohnehin Gegenstand der Anhörung sein wird.

BLOCK 3: Klimaziele und Implikationen für die Kohlewirtschaft

Bericht der Bundesregierung

█ (BMU) erläutert die deutschen Klimaziele. Er stellte fest, dass das zentrale Ziel der Bundesregierung eine weitgehende Klimaneutralität Deutschlands zur Mitte des Jahrhunderts ist. Er betonte, dass für die Bekämpfung des Klimawandels vor allem die kumulierten Emissionen bis dahin wichtig seien. Die Bundesregierung habe in ihrem Klimaschutzplan 2050 allerdings rein quantitative sektorale Minderungsziele sowie Zwischenziele festgelegt. Für die Energiewirtschaft gelte das Ziel von – 62 bis 61 % Minderung bis 2030. Kohle mache dabei rund 70 % des Ausstoßes der Energiewirtschaft aus, genau lasse sich dies wegen methodischer Details nicht quantifizieren.

█ (BMW) nahm eine Einordnung vor, was das für den Stromsektor bedeutet. Wichtig sei dabei vor allem, die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Er merkte an, dass es in der Übergangsphase besonders auch um die Rolle von Gaskraftwerken und KWK-Kraftwerken gehen müsse. Auch sei zu prüfen, welche Minderungsbeiträge die anderen Sektoren leisten müssten. Er verwies auf eine Studie des BMW (r2b), die die Spannbreite des Budgets für die Kohle gerechnet habe. Die Studie sei aber nur eine unter vielen und nicht Position der Bundesregierung. Die Bundesregierung gehe von einer Spannbreite für das CO₂-Budget der Kohle von 84 bis 92 Mio. Tonnen aus.

Da nicht alle Kommissionsmitglieder die Ausführungen der Bundesregierung nachvollziehen konnten, bat die Kommission die Bundesregierung, ihre Stellungnahme und Zahlen in einem gesonderten Fachgespräch näher zu erläutern. Die Geschäftsstelle wurde gebeten, dieses Gespräch zu organisieren.

Kurzpräsentationen der Gutachter und Diskussion

Zum Thema Klimaziele und Implikationen für die Kohlewirtschaft gaben die Gutachter █ (Boston Consulting Group), █ (Technische Universität Berlin) und █ (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) ihre Kurzpräsentationen ab.

Gegenstand der anschließenden Diskussion waren unter anderem folgenden Punkte:

- die Rolle und Bedeutung von Minderungszielen und CO₂-Budgets (kumulierten Emissionen).
- Möglichkeiten des Herunterrechnens von CO₂-Budgets auf Kohleunternehmen im Zusammenhang mit deren Profitabilität,
- die Befreiung von der EEG-Umlage unter beihilferechtlichen Gesichtspunkten,
- die Unterstützung für Forschung zur Dekarbonisierung in der Industrie,
- die Entwicklung der CO₂-Preisentwicklung und Folgen daraus für die Kohleverstromung sowie
- eine mögliche Rolle von CCS und CCU.

Die Vorsitzende fasste abschließend zusammen, dass die Frage, wie das Energiesystem der Zukunft aussehen müsse, zu einem späteren Zeitpunkt in der Kommission noch vertieft werde.

BLOCK 4: Förderprogramme zur Unterstützung des Strukturwandels

Bericht der Bundesregierung und der Länder

Die Bundesressorts berichteten über ihre jeweiligen strukturwandelunterstützenden Fördermaßnahmen. Dazu gehören insbesondere:

- BMU: Nationale Klimaschutzinitiative,
- BMWi: allgemeine Strukturpolitik, GRW, Unternehmen Revier sowie beihilferechtliche Vorgaben,
- BMAS: arbeitsmarktpolitische Instrumente im SGB III,
- BMI: Städtebauprogramme in den Revieren,
- BMVI: Bundesverkehrswegeplan, Entflechtungsgesetz, Regionalisierungsmittel,
- BMEL: Beiträge in der Land- und Forstwirtschaft, bei ländlichen Räumen und für die ländliche Entwicklung,
- BMBF: Querschnittsforschungsprogramme, z.B. „Innovation und Strukturwandel“.

Über entsprechende Programme auf Länderebene berichteten Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen, das Saarland und Niedersachsen.

Als Ergebnis dieser Kurz-Vorstellungen und der übersandten Dokumentationen von Bund und Ländern lässt sich festhalten:

- Im Rahmen verschiedener Förderprogramme sind in den letzten Jahren im folgenden Umfang Mittel des Bundes in die Reviere geflossen:
 - Rheinisches Revier: rd. 5,1 Mrd. Euro
 - Lausitz: rd. 2,9 Mrd. Euro
 - Mitteldeutsches Revier: rd. 4,4 Mrd. Euro
 - Helmstedter Revier: rd. 1,4 Mrd. Euro
- Für die nächsten 10 Jahre wird im Rahmen von Bundesprogrammen mit einer Unterstützung für die Reviere in Höhe von 21 Mrd. Euro (über alle Reviere hinweg) gerechnet.
- Die Reviere profitieren zum Teil von Querschnittsmaßnahmen wie z.B. der aktiven Arbeitsförderung des SGB III mit seinen zahlreichen Programmen, allgemeinen Mittelstandsförderprogrammen oder auch Mitteln des ESF.
- Auf der anderen Seite gibt es auch eine Reihe von Programmen, die entweder zielgerichtet strukturschwache Regionen unterstützen (insbesondere die Gemeinschaftsaufgaben GRW, GAK) oder sogar ausschließlich die vier Braunkohlereviere ansprechen (das BMWi-Programm „Unternehmen Revier“).
- Bewährte Instrumente der Strukturpolitik, wie z. B. die GRW, werden grundsätzlich sowohl seitens des Bundes als auch seitens der Länder positiv bewertet.
- Die Länder wiesen jedoch darauf hin, dass zukünftige Maßnahmen zur Bewältigung des Strukturwandels in den Braunkohlerevieren nicht zu Lasten der finanziellen Ausstattung bestehender Förderinstrumente gehen dürften. Ferner wurde seitens der Länder betont, dass es zusätzlich zu bestehenden Programmen eines neuen zielgerichteten Instruments für die Braunkohlereviere bedürfte, unter anderem da bestehende Programme in ihrer thematischen Ausrichtung nur bedingt den besonderen Herausforderungen dort Rechnung trügen.

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

- Im Rahmen ihrer Kurz-Präsentationen machten mehrere Ministerien und Landesregierungen erste konkrete Vorschläge, wie bestehende Instrumente noch effektiver in den Revieren eingesetzt werden könnten.

Fragen und Diskussion

Aufgrund der kurzen verbleibenden Sitzungszeit wurden nur wenige Punkte diskutiert: Angesprochen wurde u.a., dass die Kommission auch Überlegungen zu einem regulatorischen Sonderrahmen (z.B. Vereinfachungen im Haushalts- und Planungsrecht, Steuerrecht) treffen, Maßnahmen zur Absicherung der Beschäftigten entwickeln sowie gesonderte und individuelle Leitbilder für die Regionen anstoßen sollte.

Ein Teilnehmer merkte an, dass die europäische und deutsche Strukturförderung erstens großen Veränderungen gegenüberstehe (angedachte Kürzungen bei den EU-Strukturfonds, Neuordnung GRW) und zweitens nie dafür ausgelegt gewesen sei, einen durch Klimaschutzmaßnahmen forcierten Strukturwandel zu begleiten. Vielmehr dienten diese Instrumente seit jeher der Angleichung strukturschwacher an strukturstarke Regionen. Vor diesem Hintergrund seien spezifische Instrumente mit adäquater Finanzierung notwendig.

Die Vorsitzende fasste abschließend zusammen, dass die heutige Sitzung nur eine erste Befassung mit dem Thema „Förderprogramme“ darstelle.

Presseinformation im Namen der vier Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

Berlin, 23. August 2018

Die vier Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ Matthias Platzeck, Ronald Pofalla, Prof. Barbara Praetorius und Stanislaw Tillich teilen im Nachgang zu heutigen dritten Sitzung der Kommission Folgendes mit:

Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat heute ihre Arbeit fortgesetzt. Eingangs hat die Kommission eine ausführliche Diskussion zur Frage geführt, ob sie das Thema Hambacher Wald in der Sitzungsplanung aufgreifen möchte. Die Vorsitzenden wiesen darauf hin, dass nach ihrer gemeinsamen Auffassung die Frage, ob der Hambacher Wald gerodet werden darf, nicht in das Mandat der Kommission fällt und die Kommission deswegen dazu keine Empfehlungen abgeben sollte. Die Kommission folgte dieser Ansicht. Einzelne Mitglieder warben für eine Behandlung in der Kommission.

Im Mittelpunkt der dritten Kommissionssitzung stand am Vormittag zudem die vertiefte Diskussion zu der Frage, welche Implikationen sich aus den Klimazielen konkret für die Kohlewirtschaft ergeben. Hierzu hat die Bundesregierung, vertreten durch die Herren Staatssekretäre Dr. Jochen Flasbarth und Dr. Ulrich Nussbaum, ihre Auffassung dargelegt. Darüber hinaus wurden folgende Sachverständige angehört:

- Dr. Jens Burchardt/Dr. Philipp Gerbert, Boston Consulting Group: Ergebnisse der Studie „Klimapfade für Deutschland“,
- Prof. Georg Erdmann, Technische Universität Berlin: Ergebnisse einer Folgenabschätzung von zwei Szenarien zur Verringerung der Kohleverstromung auf die Braunkohlewirtschaft mit besonderem Fokus auf die neuen Bundesländer,
- Prof. Andreas Löschel, Westfälische Wilhelms-Universität Münster: Vergleich verschiedener Studien zu Auswirkungen der Klimaschutzziele auf die Stromerzeugung.

Im Anschluss an die Stellungnahmen der Sachverständigen haben diese den Kommissionsmitgliedern für einen regen Austausch zur Verfügung gestanden.

Am Nachmittag standen das Thema Strukturwandel und hier vor allem die bereits zur Unterstützung des Strukturwandels bestehenden Förderprogramme auf der Tagesordnung der Kommission.

Hierzu haben verschiedene Bundesministerien sowie Vertreter der betroffenen Länder inhaltliche Impulse gegeben und dann für eine Diskussion zur Verfügung gestanden.

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

Die Kommission hat darüber hinaus einen Personalwechsel zu verzeichnen. Prof. Dr. Jutta Allmendinger hat um Entlassung aus der Kommission gebeten, da ihr Auslandsforschungsjahr keinen Raum für häufige transatlantische Flüge zu den Kommissionssitzungen lässt. An ihre Stelle wird Frau Christiane Schönefeld treten. Frau Schönefeld ist Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit und wird die Kommission mit ihrer Arbeitsmarktexpertise ergänzen.

Die Arbeit der Kommission wird am 29.08.2018 sowie am 18.09.2018 fortgesetzt. Die Kommission tagt bis auf Weiteres als Plenum. Darüber hinaus werden die Kommissionsmitglieder das Lausitzer Revier, das Mitteldeutsche Revier und das Rheinische Revier besuchen.

Weitere Informationen sowie Antworten auf häufig gestellte Fragen (FAQ) zur Kommission finden Sie unter www.kommission-wsb.de.

1

2

Ergebnisprotokoll

3

4. Sitzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

5

am 29. August 2018, 10:00 – 16:00 Uhr

6

im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

7

8 Anlagen:

- 9 • Anlage 1: Teilnehmerliste
- 10 • Anlage 2: Presseinformation vom 29.08.2018

11

12 Leitung der Sitzung [REDACTED]

13

14 Teilnehmer: siehe Anlage 1

15

16 BLOCK 1: Organisatorisches

17 Protokolle

18 Der Vorschlag der Vorsitzenden, Anträge künftig unter „weiteres Vorgehen“ aufzuführen, fand Zustimmung.

19

20

21 Der Vorsitz bat ausdrücklich darum, von einer Weitergabe von Zugangsdaten zum internen Informationsserver abzusehen. Ferner bestätigte er, dass die Bundesländer keinen Zugang zum internen Informationsserver der Kommission erhalten. Er erläuterte zudem, dass der § 4 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Rederecht für die Bundesländer regelt. Die Geschäftsordnung regelt darüber hinaus nicht, durch wen oder wie die Bundesländer vertreten sind.

22

23

24 Das Protokoll der 2. Plenumsitzung vom 13.07.2018 wurde unter Berücksichtigung der bereits eingegangenen Änderungen beschlossen.

25

26

27 Das Protokoll der 1. Sitzung der AG „Energiewirtschaft und Klimaziele“ vom 16.07.2018 wurde ohne Änderungen beschlossen.

28

29

30 Das Protokoll der 1. Sitzung der AG „Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in den Regionen“ vom 19.07.2018 wurde nach einer Diskussion über die eingegangenen Änderungsanträge wie folgt beschlossen:

31

32

33

34

35

36

37 Die Anträge zu den Zeilen 36-38, 94-95, 97, 99-100, 104, 109-110, 119, 121-122, 127-
38 128 sowie 24-25 und 72 wurden angenommen, die Anträge zu den Zeilen 38-39, 102-
39 103 wurden abgelehnt. Das somit geänderte Protokoll wurde beschlossen.

40

41 Sonstiges

42 Der Vorsitz wies darauf hin, dass die 5. Plenumsitzung am 18.09.2018 aus organisato-
43 rischen Gründen bereits um 09:00 Uhr beginne und um 15:00 Uhr ende.

44

45 **BLOCK 2: Anhörung von Braunkohleunternehmen, insbes. zu Beschäftigung und**
46 **Wertschöpfung in der Energieerzeugung**

47 Nach kurzen Statements von [REDACTED] (RWE), [REDACTED] (LEAG) und
48 [REDACTED] (MIBRAG) folgte eine Diskussion mit den Kommissionsmitgliedern.

49

50 Zu den Diskussionsschwerpunkten zählten:

- 51 • die Darstellung des Status Quo bei Beschäftigung und Wertschöpfung,
- 52 • Erfahrungen mit bereits vollzogenem Strukturwandel,
- 53 • die Problematik der energieintensiven Industrie,
- 54 • die Versorgungssicherheit und alternative Versorgung,
- 55 • die Strompreise sowie
- 56 • Dominoeffekte.

57

58 Hervorgehoben wurde durch die Kraftwerksbetreiber die Bitte um Planungssicherheit.

59

60 Die Kraftwerksbetreiber wurden gebeten, Zahlen zur Struktur der Beschäftigten und den
61 offen gebliebenen Punkten aus der Diskussion (v.a. bzgl. der Wertschöpfung) nachzu-
62 liefern.

63

64 [REDACTED] schlug vor, das Thema Dominoeffekt gesondert aufzuarbeiten.

65

66 Der Vorsitz bestätigte, dass das Thema Strompreise nochmal aufgenommen würde.

67

68 **BLOCK 3: Versorgungssicherheit**

69 Nach den kurzen Statements von [REDACTED] (BMW), [REDACTED] (BNetzA),
70 [REDACTED] (ENTSO-E), [REDACTED] (Amprion), [REDACTED] (50Hertz)
71 und [REDACTED] (EU-Kommission, GD Energie) folgte eine Diskussion mit
72 den Kommissionsmitgliedern.

73

74 Zu den Diskussionsschwerpunkten zählten:

- 75 • die Unterscheidung zwischen netzseitiger (Systemstabilität) und marktseitiger
76 (bedarfsgerechte Versorgung) Versorgungssicherheit,
- 77 • die differenzierte Betrachtung von Versorgungssicherheit kurz- (2020) und mittel-
78 fristig,
- 79 • methodische Aspekte zur Bewertung der Versorgungssicherheit (europäische vs.
80 nationale Betrachtung, probabilistischer Ansatz etc.),
- 81 • das Tempo eines Abbaus von Überkapazitäten sowie
- 82 • die Notwendigkeit von Absicherungs- bzw. Kapazitätsinstrumenten

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

- 83 • die künftige Bedeutung von Gaskraftwerken für die Versorgungssicherheit.
84

85 Zudem standen europarechtliche Regularien im Mittelpunkt der Diskussion.
86 Der Vertreter von Entso-E wurde gebeten, Zahlen zur Struktur der konventionellen
87 Kraftwerkskapazitäten (nach Brennstoffen) nachzuliefern.

88 Weitere organisatorische Hinweise

89 Der Vorsitz sprach die Einladung für eine Fahrt am 24.09.2018 ins mitteldeutsche Re-
90 vier aus. Für Anhörungen von Gästen aus dem Revier sei ein halber Tag vorgesehen,
91 am Nachmittag werde eine reguläre Sitzung im Stadthaus in Halle bis 16:00 Uhr statt-
92 finden. Die Geschäftsstelle werde die organisatorischen Details in Kürze mitteilen.
93

94 Ferner bestätigte der Vorsitz, dass weitere, ganztägige Reisen in das Rheinische und in
95 das Lausitzer Revier stattfinden würden. Er wies darauf hin, dass für den Besuch ins
96 Lausitzer Revier ein Bus organisiert werde. Vor diesem Hintergrund sei es notwendig,
97 die Teilnahme auf die Mitglieder der Kommission oder gegebenenfalls deren Vertretung
98 zu beschränken.

106

Anlage 2

107 **Presseinformation im Namen der vier Vorsitzenden der Kommission**
108 **„Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“**

109

110

111 Berlin, 29. August 2018

112

113 Die vier Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
114 Matthias Platzeck, Ronald Pofalla, Prof. Barbara Praetorius und Stanislaw Tillich teilen
115 im Nachgang zur heutigen vierten Plenumsitzung der Kommission Folgendes mit:
116

117 Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat sich heute Vormit-
118 tag ausführlich mit Fragen der Beschäftigung und Wertschöpfung in der Energieerzeu-
119 gung in den deutschen Braunkohlerevieren auseinandergesetzt. Hierfür wurden auf
120 Wunsch der Kommissionsmitglieder folgende Unternehmensvertreter angehört:
121

122

➤ Dr. Markus Krebber, Finanzvorstand, RWE AG,

123

➤ Dr. Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung, Mitteldeutsche Braunkoh-
124 lengesellschaft (MIBRAG), sowie

124

125 ➤ Dr. Helmar Rendez, Vorstandsvorsitzender, Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG).

126

127 Am Nachmittag widmete sich die Kommission ausführlich dem Thema Versorgungssi-
128 cherheit. Dazu wurden folgende Sachverständige angehört:

129

130 ➤ Urban Rid, Abteilungsleiter Energiepolitik - Strom und Netze, Bundesministerium
131 für Wirtschaft und Energie (Christoph Maurer, Consentec, für Nachfragen),

132

➤ Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur,

133

➤ Robert Schroeder, Leiter des Bereichs System Development beim Verband Euro-
134 päischer Übertragungsnetzbetreiber ENTSO-E,

135

➤ Dr. Klaus Kleinekorte, Mitglied der Geschäftsführung, Amprion,

136

➤ Boris Schucht, Vorsitzender der Geschäftsführung, 50Hertz, sowie

137

➤ Prof. Dr. Klaus-Dieter Borchardt, Direktor Energiebinnenmarkt, Generaldirektion
138 Energie der EU-Kommission.

139

140 Alle Gäste standen der Kommission für eine engagierte Diskussion zur Verfügung. Der
141 Austausch der Kommissionsmitglieder verlief trotz teilweise unterschiedlicher Sichtwei-
142 sen zu beiden Themenbereichen sehr sachlich und konstruktiv.

143

144 Die nächste Sitzung der Kommission findet am 18.09.2018 in Berlin statt. Im Anschluss
145 werden die Kommissionsmitglieder das Lausitzer Revier, das Mitteldeutsche Revier und
146 das Rheinische Revier besuchen.

147

148

Ergebnisprotokoll

5. Sitzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

am 18. September 2018, 09:00 – 15:00 Uhr
im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Leitung der Sitzung [REDACTED]

Anlagen:

- Anlage 1: Teilnehmerliste
- Anlage 2: Arbeitsplanung (Tischvorlage)
- Anlage 3: Presseinformation vom 18.09.2018

BLOCK 1: Organisatorisches

Protokolle und Teilnehmer

Der Vorsitz informierte über den Versand der Protokolle vom 23.08.2018 und 29.08.2018. Gemäß Geschäftsordnung bestünden nunmehr zwei Wochen Zeit für Anmerkungen. Ferner bat der Vorsitz die Kommissionsmitglieder, sich aus organisatorischen Gründen auf die Anmeldung von höchstens einem Sherpa für die Kommissionsitzungen zu beschränken.

Arbeitsplanung

Auf Wunsch verschiedener Mitglieder der Kommission wurde eine Arbeitsplanung als Tischvorlage ausgelegt (Anlage). Der Vorsitz erläuterte zum weiteren Verfahren, dass mit der heutigen Sitzung das Ende der Fact Finding-Phase erreicht sei. Die kommenden Revierfahrten dienen den Anhörungen in den Regionen. Die übrige Sitzungszeit solle für Diskussionen der Kommissionsmitglieder untereinander bzw. Textarbeit genutzt werden. Eine Ausnahme bilde der Termin im mitteldeutschen Revier, an dem auch eine halbtägige Beratung durchgeführt werde. Der Vorsitz bat um Verständnis, dass trotz weitgehender Komprimierung der eingereichten Vorschläge für die Revierfahrten ein sehr dichtes Programm bestehe.

Berichterstattung

Der Vorsitz teilte folgendes, zwischen den Vorsitzenden vereinbartes Verfahren mit: Auf Basis der Gliederung, die am 24.09.2018 in Halle beraten werden soll, werden die Vorsitzenden eine Reihenfolge zur Abarbeitung der Themen vorschlagen. Textentwürfe für Zwischen- und Abschlussbericht werden von den Vorsitzenden in die Kommission eingebracht. Konsens- und Dissenspunkte werden darin deutlich gekennzeichnet. Von Mitgliedern eingesandte Textvorlagen für relevante Kernaussagen und Eckpunkte wer-

51 den auf dem internen Server eingestellt. Wenn notwendig, bestimmen die Vorsitzende
52 geeignete Personen für die Texterstellung zu einzelnen Themen. Die Auswahl der Per-
53 sonen wird transparent gemacht. Alle Textentwürfe werden im Plenum diskutiert und
54 verabschiedet.

55

56 Datenschutz

57

58 Aus Anlass der mailing-Aktion einer Entwicklungshilfeorganisation bat Kommissionsmit-
59 glied [REDACTED], die Weitergabe von persönlichen Daten zu unterlassen. Die Ge-
60 schäftsstelle führt aus, dass die E-Mail-Adressen der Kommissionsmitglieder von der
61 Organisation nach eigenen Angaben selbstständig recherchiert worden seien.

62

63 Die Vorsitzenden wiesen erneut auf die in der Geschäftsordnung vorgesehene Ver-
64 schwiegenheit und Vertraulichkeit sowie die gebotene Zurückhaltung aller Kommissi-
65 onsmitglieder und Teilnehmern hin.

66

67 Spiegel-Berichterstattung

68

69 Aus Anlass der aktuellen Spiegel-Berichterstattung berichtete der Vorsitz, dass der [REDACTED]
[REDACTED] in der kommenden Sitzung am 24.09.2018 für die weitere Diskussi-
71 on zur Verfügung stehe.

72

73 [REDACTED] nahm kurzfristig an der Sitzung teil und stellte für die Bundesregierung
74 klar, dass es keine Festlegungen innerhalb der Bundesregierung gebe, die den Ergeb-
75 nissen der Kommission vorgeifen würden. Die Kommission müsse aus seiner Sicht
76 zunächst Vorschläge zur Gestaltung des Strukturwandels erarbeiten, ehe über die kli-
77 mapolitischen Fragen entschieden werde. Er führte ferner aus, dass die Bundesregie-
78 rung sich eindeutig zu den Klimaschutzzielen von Paris bekenne. Auch der Vorsitz be-
79 stätigte, dass es keinerlei Vorfestlegungen hinsichtlich der Ergebnisse der Kommission
80 gebe.

81

82 **BLOCK 2: Instrumente und Auswirkungen auf die Energiepreise**

83

84 Die Sachverständigen [REDACTED] [REDACTED] (SRU); [REDACTED] [REDACTED] (Agora
85 Energiewende), [REDACTED] [REDACTED] (EWI) und [REDACTED] [REDACTED] (TRIMET Aluminium SE)
86 gaben kurze Eingangsstatements ab.

87

88 Zu den Schwerpunkten der sich anschließenden Diskussion zählten:

89

• Vor- und Nachteile der Instrumente zur Verringerung der Kohleverstromung (Still-
90 legung, Begrenzung der Volllaststundenstunden, CO₂-Bepreisung),

91

• Bedeutung des Europäischen Emissionshandels (ETS) für die Erreichung des
92 Minderungsziels im Energiesektor,

93

• Entwicklung der Strompreise mit und ohne Kohlemaßnahme an der Börse sowie
94 für private Haushalte,

95

• Vereinbarkeit der Ausstiegspfade und Instrumente mit den Zielen des Pariser
96 Klimaschutz-Abkommens,

97

• Bedeutung der Wettbewerbsfähigkeit im Weltmarkt für die energieintensive In-
98 dustrie (Aluminium) und

99

• Kompensation der Auswirkung einer Maßnahme zur Verringerung der Kohlever-
100 stromung auf die Strompreise (EU-Beihilferahmen).

101

102 **BLOCK 3: Beispielhafte Ansätze für neue regionale Wertschöpfung**

103

104 Nach kurzen Statements von [REDACTED] sowie [REDACTED] (beide
105 IASS Potsdam), [REDACTED] (TU Clausthal und GEFRA), [REDACTED]
106 (WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH und WSW mobil GmbH), [REDACTED]
107 [REDACTED] (Innovationsregion Lausitz GmbH) folgte eine Diskussion mit den Kommissions-
108 mitgliedern.

109

110 Zu den Diskussionsschwerpunkten zählten:

111

- 112 • Beispiele für Strukturwandel und gelungene Transformationsprozesse im In- und
- 113 Ausland sowie Übertragbarkeit der Erfahrungen,
- 114 • Erfolgsbedingungen des Strukturwandels,
- 115 • Governance-Struktur, Prozesssteuerung und Leitbildprozesse in den Revieren,
- 116 • Partizipation der Menschen in den Revieren
- 117 • Regionale Entwicklungspotentiale und Beispiele für konkrete Initiativen in den
- 118 Revieren, insbesondere in der Lausitz, und
- 119 • Bedeutung guter Arbeit und von Qualifizierungsinitiativen.

120

121

122 Der Vorsitz wies abschließend darauf hin, dass die nächste Sitzung am 24.09.2018 im
123 Rahmen der Revierfahrt im mitteldeutschen Revier in Halle stattfindet.

135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146

Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

Arbeitsplan, Stand: September 2018

Der vorliegende Plan enthält eine Übersicht der Sitzungen sowie der zentralen Themen und der geplanten Sitzungen und Beschlüsse in Umsetzung des Einsetzungsbeschlusses der Bundesregierung.

26.06.2018	1. Sitzung des Plenums: Auftakt und Geschäftsordnung
13.07.2018	2. Sitzung des Plenums: Anhörungen zu den Themen Versorgungssicherheit im Strommarkt; Strukturdaten Energiewirtschaft und Kohleverstromung; Klimapolitische Rahmenbedingungen; Bestandsaufnahme zu den Braunkohlerevieren, Strukturdaten und Abgrenzung der Reviere, Sozioökonomische Bedeutung der Braunkohle in den Revieren, Infrastrukturelle Rahmenbedingungen
16.07.2018	Arbeitsgruppe Energiewirtschaft und Klimaziele: Vertiefung der Themen Versorgungssicherheit im Strommarkt; Strukturdaten Energiewirtschaft und Kohleverstromung; Klimapolitische Rahmenbedingungen
19.07.2018	Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in den Regionen: Vertiefung der Themen Bestandsaufnahme zu den Braunkohlerevieren, Strukturdaten und Abgrenzung der Reviere, Sozioökonomische Bedeutung der Braunkohle in den Revieren, Infrastrukturelle Rahmenbedingungen
23.08.2018	3. Sitzung des Plenums: Befragung von Bundesregierung und Experten zur Ableitung der Klimaziele für die Kohlewirtschaft; Bericht von Bund und Ländern zu strukturpolitischen Maßnahmen
29.08.2018	4. Sitzung des Plenums: Anhörung der Braunkohleunternehmen zu Beschäftigung und Wertschöpfung in der Energieerzeugung; zweite Vertiefung des Themas Versorgungssicherheit
18.09.2018	5. Sitzung des Plenums: Anhörung von Experten zu Instrumenten und Auswirkungen auf die Energiepreise; Inputs zu beispielhaften Ansätzen für neue regionale Wertschöpfung

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

24.09.2018 Mitteldeutsches Revier	1. Revierfahrt: Mitteldeutsches Revier Anhörung lokaler Akteure; Diskussion der Gliederung von Zwischen- und Abschlussberichten
11.10.2018 Lausitzer Revier	2. Revierfahrt: Lausitzer Revier Anhörung lokaler Akteure
12.10.2018	6. Sitzung des Plenums: 1. Diskussion über den ersten Zwischenbericht (Thema: Strukturwandel)
24.10.2018 Rheinisches Revier	3. Revierfahrt: Rheinisches Revier Anhörungen lokaler Akteure
25.10.2018	7. Sitzung des Plenums: 2. Diskussion und Beschluss des ersten Zwischenberichts (Thema: Strukturwandel)
15.11.2018 und 16.11.2018	8. Sitzung des Plenums: 1. und 2. Diskussion und Textarbeit zu Klimaschutz und Energie
26.11.2018	9. Sitzung des Plenums: 3. Diskussion und Textarbeit zu Klimaschutz und Energie
28.11.2018	10. Sitzung des Plenums Beschluss des zweiten Zwischenberichts (Thema: kurzfristige Klimamaßnahmen 2020) 1. Diskussion und Textarbeit zum Abschlussbericht
11.12.2018	11. Sitzung des Plenums der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung 2. Diskussion und Textarbeit zum Abschlussbericht Beschluss des Abschlussberichts

148

149

150

151 **Presseinformation der vier Vorsitzenden der Kommission „Wachs-**
152 **tum, Strukturwandel und Beschäftigung“**

153

154

155 Berlin, 18. September 2018

156

157 Die Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
158 Matthias Platzeck, Ronald Pofalla, Prof. Barbara Praetorius und Stanislaw Tillich teilen
159 im Nachgang zur heutigen fünften Kommissionssitzung Folgendes mit:

160 „Es gibt zwischen den Vorsitzenden keinerlei Vorfestlegungen hinsichtlich der Ergeb-
161 nisse der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Unser Ziel ist
162 es, gemeinsam Empfehlungen zu formulieren, die sowohl dem Strukturwandel in den
163 betroffenen Regionen als auch den Klimaschutzziele Rechnung tragen. Dabei arbeiten
164 wir vertrauensvoll zusammen.“

165 Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier stellte in der Sitzung ebenfalls klar, dass es
166 keine Festlegungen innerhalb der Bundesregierung gebe, die den Ergebnissen der
167 Kommission vorgreifen würden. Die Kommission müsse aus seiner Sicht zunächst Vor-
168 schläge zur Gestaltung des Strukturwandels erarbeiten, ehe über die klimapolitischen
169 Fragen entschieden werde.

170 Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat sich zudem heute
171 mit dem Thema „*Instrumente und deren Auswirkungen auf die Energiepreise*“ ausei-
172 nandergesetzt. Hierfür wurden folgende Sachverständige angehört:

- 173 • Prof. Dr. Wolfgang Lucht, Sachverständigenrat für Umweltfragen
- 174 • Dr. Patrick Graichen, Direktor Agora Energiewende
- 175 • Dr. Lindenberger, Energiewirtschaftliches Institut, Universität zu Köln – EWI
- 176 • Dr. Martin Iffert, Vorstandsvorsitzender der TRIMET Aluminium SE

177 Ein zweiter inhaltlicher Block widmete sich dem Thema „*Beispielhafte Ansätze für neue*
178 *regionale Wertschöpfung*“. Dazu wurden folgende Sachverständige angehört:

- 179 • Prof. Dr. Ortwin Renn, wissenschaftlicher Direktor am Institute for Advanced
180 Sustainability Studies e.V. (IASS), Potsdam, sowie Dr. Jeremias Herberg, wis-
181 senschaftlicher Mitarbeiter am IASS
- 182 • Prof. Dr. Gerhard Untiedt, TU Clausthal, und GEFRA – Gesellschaft für Finanz-
183 und Regionalanalysen, Münster
- 184 • Andreas Feicht, Vorsitzender der Geschäftsführung der WSW Wuppertaler
185 Stadtwerke GmbH und WSW mobil GmbH

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

186 • Dr. Hans Rüdiger Lange, Geschäftsführer Innovationsregion Lausitz GmbH

187 Die nächste Sitzung der Kommission findet am 24.09.2018 im Mitteldeutschen Revier
188 statt. Im Anschluss werden die Kommissionsmitglieder in das Lausitzer Revier und nach
189 einer weiteren Sitzung in Berlin auch in das Rheinische Revier fahren.

1

2

Ergebnisprotokoll

3

4

Sitzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

5

im Mitteldeutschen Revier

6

am 24. September 2018, 09:30 – 16:30 Uhr

7

im Stadthaus Halle (Saale)

8

9 Anlagen:

- 10 • Anlage 1: Teilnehmerliste
11 • Anlage 2: Presseinformation
12 • Anlage 3: Gliederung und erste Anmerkungen durch Kommissionsmitglieder

13 Leitung der Sitzung: [REDACTED]

14

15 Teilnehmer: siehe Anlage 1

16 Begrüßungen: [REDACTED]
[REDACTED]

18

19 BLOCK 1: Anhörungen

20 Nach kurzen Statements durch [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED] sowie [REDACTED] Haus
[REDACTED] Dis
[REDACTED]

26 Zu den Diskussionsschwerpunkten zählten u. a.:

- 27 • die Situation der Beschäftigten in der Braunkohlewirtschaft,
28 • mögliche Lösungen zur wirtschaftlichen Nutzung erneuerbarer Energien in Tage-
29 bauregionen,
30 • die stoffliche Nutzung von Braunkohle,
31 • die Problematik der energieintensiven Industrie (Chemie),
32 • das Pro und Contra der Umsiedelung im Zuge von Tagebauerschließungen.

33 [REDACTED] übergab [REDACTED] eine an die Kom-
34 mission gerichtete Petition sowie eine an die Bundesregierung gerichtete Petition zum
35 Thema Zwangsenteignungen. [REDACTED] bestätigte, dass er die Petition an die Bun-
36 desregierung weiterleiten werde.

37

38 **BLOCK 2: Interne Sitzung der Kommission (nur Mitglieder)**

39 Es erfolgte eine vertrauliche Aussprache.

40

41 **BLOCK 3: Plenarsitzung der Kommission**

42 [REDACTED] schlug folgenden Schreibprozess vor:

- 43
- 44 • Die vier Vorsitzenden legen der Kommission im Oktober Textteile des Zwischen-
 - 45 bericht vor, welche zuvor untereinander abgestimmt wurden.
 - 46 • Sofern Mitglieder eigene Textvorschläge beitragen möchten, werden diese auf
 - 47 dem Server eingestellt.

48 Anschließend erläuterte [REDACTED] den als Tischvorlage ausgelegten Gliederungs-

49 entwurf. Die Kommissionmitglieder diskutierten den Entwurf und machten erste Anmer-

50 kungen hierzu (siehe Anlage 3).

62

Anlage 2

63 **Presseinformation der vier Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Struktur-**
64 **wandel und Beschäftigung“**

65

66 Die Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
67 Matthias Platzeck, Ronald Pofalla, Prof. Barbara Praetorius und Stanislaw Tillich teilen
68 im Nachgang zur heutigen Fahrt ins Mitteldeutsche Revier Folgendes mit:

69 „Die Kommission arbeitet weiterhin konzentriert die Sachfragen ihres Auftrags ab. Der
70 Besuch im Mitteldeutschen Revier war wichtig, um die Besonderheiten der Region und
71 ihre Perspektiven aus Sicht der Sachverständigen und Betroffenen im Zusammenhang
72 zu erörtern. Wir bedanken uns bei der Landesregierung Sachsen-Anhalts und der Stadt
73 Halle für ihre Unterstützung und bei den Sachverständigen für die Einblicke in die ver-
74 schiedenen Herausforderungen, die sich im Mitteldeutschen Braunkohlerevier stellen.“

75 Die Kommission hat sich heute intensiv mit dem Thema „Wachstum, Strukturwandel
76 und Beschäftigung im Mitteldeutschen Revier“ auseinandergesetzt. Hierfür wurden fol-
77 gende Sachverständige angehört:

- 78 • Volker Jahr, Betriebsratsvorsitzender, MIBRAG AG Zeitz,
- 79 • Chris Döring, Geschäftsführer, GETEC green energy GmbH,
- 80 • Ralf Irmert, Geschäftsführer, Trinseo Deutschland GmbH, Werk Schkopau,
- 81 • Rena Eichhardt, Vorstand, Romonta Bergwerke Holding AG,
- 82 • Götz Ulrich, Landrat, Burgenlandkreis und Aufsichtsratsvorsitzender der Metro-
83 polregion Mitteldeutschland Management GmbH,
- 84 • Henry Graichen, Landrat, Landkreis Leipzig,
- 85 • Prof. Dr. Andreas Berkner, Leiter Planungsstelle, Regionaler Planungsverband
86 Leipzig-Westsachsen,
- 87 • Jens Hausner, Sprecher der Bürgerinitiative Pro Pödelwitz, sowie
- 88 • Daniela und Kai Hildebrandt aus Groitzsch.

89 Der nächste Termin der Kommission findet am 11.10.2018 im Lausitzer Revier statt.
90 Unmittelbar im Anschluss tagt die Kommission am 12.10.2018 in Berlin.

91

92

93

Gliederung und erste Anmerkungen durch Kommissionsmitglieder

94

95

Anmerkungen:

96

Die gelb hinterlegten Anmerkungen beziehen sich auf die Inhalte des Berichtes, nicht auf die Überschriften.

97

98

Die Änderungen im Korrekturmodus beziehen sich auf die Überschriften

99

100

1 Einleitung

101

102

2 Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

103

2.1 Einsetzungsbeschluss und Auftrag

104

2.2 Zusammensetzung

105

2.3 Beratungsverlauf und Sachverständige

106

2.4 Bewertungsmaßstäbe der Kommission WSB

107

- *Energiepolitisches Zieldreieck (Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit)*

108

109

110

[redacted] „kumulierte CO₂-Emissionen sollten als Kriterium irgendwo genannt werden.“]

111

112

- *Strukturentwicklung, Vermeidung von Strukturbrüchen, Sicherung der Wertschöpfung neue Perspektiven für Innovation, neue Geschäftsmodelle und sozialer Zusammenhalt* [redacted]

113

114

[redacted] *nachträglich*

115

116

[redacted] Die Betroffenen müssen auch berücksichtigt werden.“]

117

118

- *Chancen (Gemeinschaftsanstrengungen von Bund, Ländern, Kommunen, Interessengruppen)*

119

120

[redacted] *nachträglich*

121

122

[redacted] *nachträglich dazu: „Ziele v.a.: Ansiedlung von Zukunftstechnologien, arbeitsmarktpolitische Potenziale heben, Sicherung freiheitlich-demokratische Grundordnung.“]*

123

124

3 Ausgangslage

125

3.1 Klimapolitische Ausgangslage

126

127

[redacted] *nachträglich: „Orientiert am Einsetzungsbeschluss: Lösung beschreiben und Bezug zum Paris-Abkommen herstellen. Daraus ergibt sich anfänglich ambitioniertes Vorgehen, um Flexibilität zu späteren Zeitpunkten zu ermöglichen.“]*

128

129

- *Klimawissenschaftliche Einordnung, Globale Entwicklung und völkerrechtliche Einordnung*

130

131

[redacted] *nachträglich*

132

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

- 133
- Europäische Entwicklung und Emissionshandel
- 134
- Referenzentwicklung
- 135
- 136 [redacted] nachträglich:
- 137 „Entwicklung seit 1990; Referenzentwicklung, Zielpfad; Zielabweichungen; Energiewirtschaft
- 138 hat ihr Soll 2020 weitgehend erreicht. Andere Sektoren müssen viel deutlicher reduzieren.
- 139 Energiewirtschaft allein wird nicht in der Lage sein, Ziele zu erreichen.“
- 140
- 141 [redacted] Auch bisheriger Verlauf soll erwähnt werden.“]
- 142
- Nationale Ziele
 - ~~und~~ Handlungsoptionen [redacted] nachträglich: „Handlungsoptionen ist ein (bedeuten-

144 des) Kapitel für sich und sollte in einem eigenen Abschnitt abgehandelt werden. Instrumen-

145 tenkasten beschreiben, der in nachfolgenden Kapiteln zu Maßnahmen wieder aufgegriffen

146 wird.“]

147

148

149 3.2 Energiewirtschaftliche Ausgangslage

 - Energiemärkte

150

151

152 [redacted] nachträglich: „Noch zu klären, was hier gemeint ist. Strommarkt? Deutscher

153 oder europäischer Strommarkt?“]

154

 - Strompreise und Stromkosten [redacted] unterstützt durch [redacted] nachträglich]
 - Versorgungssicherheit

155

156

157 [redacted] auch Wärmeversorgung berücksichtigen]

158

159 [redacted] der Beschreibung der energiewirtschaftlichen Ausgangslage 3.2 und

160 vor allem in den Punkten 4.1.1, 4.2.1 und 4.3.1 (Energemarkt und Strompreise...) sollte der

161 Aspekt Strompreise analog zur Definition der European Energy Community zum Aspekt der

162 Wettbewerbsfähigkeit („competitiveness“) erweitert werden. Damit schließt er auch das

163 Thema Innovation mit ein.]

164

165 [redacted] „Blackouts sollten thematisiert werden.“]

166

167 [redacted] nachträglich: „Verweis auf Protokoll aus Arbeitsgruppe und dortige Empfeh-

168 lungen: Ausgehen von europäischem Binnenmarkt, LOLE-Wert.“]

169

170

 - Revierpläne
 - Europäische Rahmenbedingungen

171

172

173 [redacted] nachträglich: „Nach oben (vor Energiemärkte“)“]

174

175

176 3.3 Ausgangslage Wachstum und Beschäftigung

177

178 [redacted] nachträglich: „Was ist hier gemeint? Redundanz mit Punkt 3.4?“]

179

180

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

181 3.4 Strukturpolitische Ausgangslage

182

183 [redacted] Man hat unterschiedliche Ausgangslagen in den Regionen, das soll berücksichtigt
184 werden."

185

- 186 • Wirtschaftliche Bedeutung der Energiewirtschaft

187

188 [redacted] nachträglich: „Hier ist der gesamte Sektor gemeint oder bezieht sich dies auf die BK-
189 Reviere? Kommen die SK-Standorte auch vor? Nach meinem Verständnis: Verkoppelung der
190 Energiewirtschaft mit der Volkswirtschaft/Industrie.“]

191

- 192 • Wertschöpfungsaspekte der Braunkohlewirtschaft, Steinkohlewirtschaft, Industrie und
193 Handwerk, energieintensive Industrie

194

195 [redacted] nachträglich: „Zuliefererbranchen, Wartung und Service, Logistik etc.“]

196

- 197 • direkte und indirekte Beschäftigung

198

199 [redacted] nachträglich: „...auch Steinkohle?“]

200

- 201 • Markt- und Unternehmensstrukturen
- 202 • Infrastruktur

203

204 [redacted] nachträglich: „Nach meinem Verständnis Verkehr, Dateninfrastruktur, soziale Infra-
205 struktur.“]

206

207 3.5 Rechtliche Rahmenbedingungen

208 [redacted] nachträglich: „Empfehlenswert hier: auf die relevanten Themen (klima-, eigentums-
209 rechtlich, skstrukturpolit.) knapp einzugehen.“]

210

211 4 Maßnahmen des im Energiesektors [redacted]

212

213 [redacted] „Energie und nicht insg. Klimaschutz. Aber wenn wir Energiewirtschaft sagen,
214 sollten wir die gesamte Energiewirtschaft betrachten, auch wenn im Gasbereich wahrscheinlich
215 nicht viel passieren sollte.“]

216 [redacted] Es fehlt unter „Maßnahmen“ ein Kapitel zum Ausbau der erneuerbaren Energien
217 (65% bis 2030).“]

218 [redacted] Hier fehlt die Elektromobilität“. Und nachträglich: „Bei den Maßnahmen in
219 den Abschnitten 4.1 und 4.2 sollte der Aspekt der Sektorkopplung (Wärmemarkt, Verkehr, In-
220 dustrie) ergänzt werden.“]

221 [redacted] nachträglich:

222 „Es fehlen Abschnitte zu Instrumenten mit Begründung in den Abschnitten 4.1-4.“

223 „Hier sollten mehrere Pfade zum Vergleich gestellt und Auswahl begründet werden → Errei-
224 chung Sektorziel als Prämisse.“]

225

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

- 226 4.1 Maßnahmen 2020
227
228 [redacted] nachträglich:
229 „Nach meinem Verständnis folgende Gliederung sinnvoll:
230 4.1. Maßnahme bis 2020 (Maßnahmenpaket mit jeweiliger Maßnahmenbegründung, z.B. ord-
231 nungsrechtl. Maßnahmen, CO2-Bepreisung, Fuel-Switch, ambitionierter Ausbau Erneuerbarer
232 Energien, grüne Transformation sowie Monitoring)
233 4.1. Beschreibung/Ausmaß der Maßnahmen
234 4.1.2. Auswirkungen der Maßnahmen – analog auf 4.2 und 4.3 anwenden.“]
235
- 236 4.1.1 Begründung und Auswirkungen hinsichtlich
237 • *Beitrag zum Klimaschutz*
238
239 [redacted] nachträglich: „Hier zählt auch Sicherung des Erneuerbaren-Ausbaus, analog auch
240 bei Maßnahmen 2030 und Enddatum“]
241
242 • *Energiemarkt und Strompreise für Industrie und private Abnehmer*
243 • *Versorgungssicherheit*
244
245 [redacted] nachträglich: „Sollte in Bezug auf Strom- und Wärmeauskopplung gelten, ggf. eige-
246 nen Punkt für Wärme hinzufügen. Zudem konkrete Punkte aus Papier der Arbeitsgruppe ver-
247 wenden wie z.B. KWK/Gasinfrastruktur, Sicherung Netzausbau.“]
248
249 • *Wertschöpfung und Beschäftigung*
250 • *Rechtliche Umsetzbarkeit/Umsetzung* [redacted]
251 4.2 Maßnahmen, die das -2030-er Ziel zuverlässig erreichen [redacted] Vor-
252 schlag von [redacted], unterstützt durch [redacted], Formulierung des Einsetzungsbe-
253 schluss zu übernehmen]
254
255 [redacted] nachträglich: „Hier müsste der Pfad beschrieben werden, da ansonsten der Klima-
256 schutzeffekt nicht quantifizierbar wäre.“]
257
- 258 4.2.1 Begründung und Auswirkungen hinsichtlich
259 • *Beitrag zum Klimaschutz*
260 • *Energiemarkt und Strompreise für Industrie und private Abnehmer*
261
262 [redacted] nachträglich: „Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen erhalten
263 und über Neujustierung des Steuer-, Abgaben- und Umlagensystems nachdenken“]
264
265 • *Versorgungssicherheit*
266 • *Wertschöpfung und Beschäftigung*
267 • *Rechtliche Umsetzbarkeit/Umsetzung* [redacted]
268 • *Berücksichtigung des Tagebaubetriebes und sichere Nachsorge der Tagebaue*
- 269 4.3 Enddatum für die Kohleverstromung
270
271 [redacted] nachträglich:

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

- 272 „Im Einsetzungsbeschluss „Abschlussdatum“
273 „Auch hier wäre der Pfad zu beschreiben, um den Klimaeffekt quantifizieren zu können“]
274
275 4.3.1 Begründung und Auswirkungen hinsichtlich
276 • Beitrag zum Klimaschutz
277 • Energiemarkt und Strompreise für Industrie und private Abnehmer
278
279 [redacted] Sind auch die „Ewigkeitskosten“ und die Grundwasserproblematik berück-
280 sichtigt?“]
281 • Versorgungssicherheit
282 • Wertschöpfung und Beschäftigung
283 [redacted] nachträglich: „Im Einsetzungsbeschluss „soziale Begleitmaßnahmen“]
284
285 • Rechtliche UmsetzbarkeitUmsetzung [redacted]
286 • Berücksichtigung des Tagebaubetriebes und sichere Nachsorge der Tagebaue
287
288 5 Perspektiven für neue, zukunftssichere Arbeitsplätze
289
290 [redacted]: „Es geht nicht nur um Arbeitsplätze, sondern um mehr“]
291 [redacted]: „Eine Szenarienanalyse wäre sinnvoll. Was würde in den Revieren oh-
292 ne ambitionierten Klimaschutz passieren?“]
293 5.1 Auswirkungen, strukturpolitische Effekte und Zukunftsvisionen für die Reviere“ [redacted]
294 [redacted]
295
296 [redacted] Hier reden wir im Wesentlichen über die Braunkohle. Was macht man mit der
297 Steinkohle?“]
298
299 [redacted]: „Wir sollten uns mit den Beschäftigten aus den verschiedenen Bereichen befas-
300 sen“]
301
302 [redacted] Hier spielen auch Stromkosten/Strompreise eine Rolle.]
303
304 [redacted] nachträglich: „des Ausstiegs aus Braun- und Steinkohle“]
305
306 5.1.1 Helmstedter Revier
307 5.1.2 Lausitz
308 5.1.3 Mitteldeutsches Revier
309 5.1.4 Rheinisches Revier
310 5.1.5 Im gesamten Bundesgebiet
311
312 5.2 Grundzüge Grundsätze für eine Strukturentwicklungsstrategie [redacted] nach-
313 trächlich]
314
315 5.3 Maßnahmen zur Begleitung des Strukturwandels
316

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

- 317 [REDACTED] „Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen explizit genannt
318 werden. Neben Transfergesellschaften sind das auch Beratungsmaßnahmen für Umschulungen.
319 Auch fallen mit den Unternehmen viele Ausbildungsplätze weg. Das muss thematisiert wer-
320 den.“]
- 321
- 322 [REDACTED]: „Die strenge Aufteilung zwischen Maßnahmen des Bundes, der Länder, der EU etc.
323 werden wir nicht immer durchhalten können“]
- 324
- 325 [REDACTED] „Steuerliche Maßnahmen sollten auch berücksichtigt werden.“]
- 326
- 327 5.3.1 Maßnahmen des Bundes
- 328 • *Industriepolitik*
- 329
- 330 [REDACTED] „Auch Strompreiskompensation sollte erwähnt werden]
- 331
- 332 • *Infrastrukturausbau und -ausbaubeschleunigung*
- 333 • *Forschungseinrichtungen und Innovationsregionen*
- 334 • *Ansiedlung von Bundesbehörden und Bundeseinrichtungen*
- 335 • *Integrierte Strukturförderung und Finanzierungsinstrumente*
- 336 • *Institutionelle Verankerung* [REDACTED]
- 337
- 338 [REDACTED] nachträglich: Diese Verankerung kann unterschiedlich aussehen für die verschie-
339 denen Regionen]
- 340
- 341 • *Experimentierklauseln*
- 342
- 343 [REDACTED] „Was heißt das?“]
- 344
- 345 5.3.2 Maßnahmen der Länder und Kommunen
- 346 • *Integrierte Strukturförderung und Finanzierungsinstrumente*
- 347 • *Infrastruktur und Mobilität*
- 348
- 349 [REDACTED] „Unter Infrastrukturen fallen Verkehrsinfrastrukturen, digitale Infrastruktu-
350 ren, soziale Infrastrukturen.“]
- 351
- 352 • *Bildungseinrichtungen und Qualifizierung*
- 353 • *Regionale Verankerung*
- 354 5.3.3 Europäische Rahmenbedingungen
- 355 • *Beihilferecht*
- 356 • *Förderprogramme*
- 357 • *Infrastruktur im europäischen Verbund*
- 358 • *Europäische Modellregionen*
- 359
- 360 6 Monitoring und Revisionsklauseln
- 361
- 362 7 Anhang

1

2

Ergebnisprotokoll

3

4

Sitzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

5

im Lausitzer Revier

6

am 11. Oktober 2018, 10:40 – 17:30 Uhr

7

Sitzungsort vormittags: TELUX, Weißwasser

8

nachmittags: SeeHotel, Großräschen

9

10 Anlagen:

- 11 • Anlage 1: Teilnehmerliste
- 12 • Anlage 2: Presseinformation

13 Leitung der Sitzung: [REDACTED]

14 Teilnehmer: siehe Anlage 1

15

16 Moderierte Transferfahrt mit dem Reisebus

17 Der Lausitzbeauftragte des Landes Brandenburg, [REDACTED] moderierte
18 verschiedene Teilstrecken der Busfahrt, um strukturwandelrelevante Orte und Aspekte
19 beider Bundesländer zu erläutern. Insbesondere hob er die Bedeutung der Region als
20 Energiestandort hervor sowie die geographische Lage der Lausitz als Standortvorteil für
21 Transport und Logistik in Richtung Ost- und Südeuropa oder Asien. Neben der histori-
22 schen und demografischen Entwicklung der Region stellte er insbesondere positive
23 Beispiele für den Strukturwandel in der Lausitz anhand von Unternehmensansiedlungen
24 und –konzepten dar.

25 [REDACTED] (Bundesvorsitzender Grüne Liga) moderierte die Teilstrecke der Durch-
26 fahrt durch Proschim. Er wies auf die Betroffenheit der Tagebaurandgemeinden hin.

27

28 BLOCK 1: Kurzvorträge & Befragung Sachverständiger (Weißwasser)

29 Begrüßungen:

- 30 • [REDACTED], Oberbürgermeister der Stadt Weißwasser,
- 31 • [REDACTED], Ministerpräsident des Freistaates Sachsen,
- 32 • [REDACTED], Ministerpräsident des Landes Brandenburg.

33

34 Vertreter der Gewerkschaft IG BCE übergaben einen gemeinsam mit der IG Metall or-
35 ganierten Revier-Appell an die Kommissionsvorsitzenden, in dem 11.364 Unterzeich-
36 ner aus dem Lausitzer Revier belastbare und nachhaltige Zukunftskonzepte für das
37 Lausitzer Revier fordern.

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

38 Nach kurzen Statements durch [REDACTED] (Geschäftsführer, KSC Anlagenbau), [REDACTED]
39 [REDACTED] (Vorsitzende der Geschäftsführung, Stadtwerke Weißwasser GmbH, Mit-
40 glied im Vorstand der Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V.), [REDACTED] (LEAG Jugend-
41 vertreter, IG BCE) und [REDACTED] (Nadebor Firmengruppen) folgte eine Diskussi-
42 on mit den Kommissionsmitgliedern.

43 Zu den Diskussionsschwerpunkten zählten u. a.:

- 44 • Bedeutung der Infrastruktur für die Region und weiterer Ausbaubedarf,
- 45 • Internationale Exportquote und Anteil der regionalen Wertschöpfung der Unter-
46 nehmen,
- 47 • Fragen der Absorptionsfähigkeit von Fördermitteln und Planungskapazitäten in
48 der Region,
- 49 • Auswirkungen eines Auslaufens der Braunkohleförderung auf die Trinkwasser-
50 und Wärmeversorgung der Region und
- 51 • Erfahrungen mit der Verlagerung von Behörden in ländliche Regionen.

52
53 Der Vorsitzende [REDACTED] stellte klar, dass auch nach Vorlage des Zwischenberichts wei-
54 tere Vorschläge und Maßnahmen aus den Regionen im Hinblick auf den Abschlussbe-
55 richt der Kommission willkommen seien.

56

57 **BLOCK 2: Kurzvorträge und Befragung Sachverständiger (Großräschen)**

58 Nach kurzen Statements durch [REDACTED] (Pfarrer der evgl. Kirche Berlin-
59 Brandenburg – schlesische Oberlausitz), [REDACTED] (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Domowina), [REDACTED] (Landrat des Landkreises Görlitz), [REDACTED]
60 [REDACTED] (Vizepräsidentin für Forschung und wiss. Nachwuchs, BTU Cottbus-
61 Senftenberg), [REDACTED] (Prorektor Forschung, FH Görlitz-Zittau),
62 [REDACTED] (Projektleiter Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung) und
63 [REDACTED] (Bürgermeister der Stadt Guben) folgte eine Diskussion mit den Kommissi-
64 onsmitgliedern.
65

66 Zu den Diskussionsschwerpunkten zählten u. a.:

- 67 • Institutionelle Verankerung, Prozesssteuerung und Monitoring des Strukturwan-
68 dels in der Region,
- 69 • Herausforderungen im seelsorgerischen Bereich der Kirche vor Ort,
- 70 • Rolle von Wissenschaft und Forschung für den Strukturwandel in der Region,
- 71 • Verstetigung der grenzüberschreitende Kooperation mit PL und CZ,
- 72 • Bedeutung von Bundesförderprogrammen für die Entwicklung der Region (ins-
73 bes. WIR-Förderprogramm),
- 74 • Stärkung Zivilgesellschaft und der sorbischen Identität (Fonds/Stiftung) und
- 75 • Auswirkungen des Revierkonzept Welzow II auf Proschim.

76

77 **BLOCK 3: Organisatorisches**

78

79 Für die Besprechung organisatorischer Fragen wurde die Plenumssitzung am 12. Okto-
80 ber 2018 vorgesehen.

81

89

Anlage 2

90

91

**Presseinformation im Namen der vier Vorsitzenden der Kommission
„Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“**

92

93

94

95

Berlin, 11. Oktober 2018

96

97

Die Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

98

Matthias Platzeck, Ronald Pofalla, Prof. Barbara Praetorius und Stanislaw Tillich teilen

99

zur heutigen Fahrt in das Lausitzer Revier Folgendes mit:

100

Die Kommission hat sich heute im sächsischen sowie im brandenburgischen Teil des

101

Lausitzer Reviers intensiv mit den Potenzialen von Wachstum, Strukturwandel und Be-

102

schäftigung im Lausitzer Revier auseinandergesetzt. Um beiden Bundesländern mit

103

seinen jeweils spezifischen Anforderungen gerecht zu werden, hat die Kommission

104

nacheinander im sächsischen Weißwasser und im brandenburgischen Großräschen

105

getagt.

106

„Die Besonderheit des Lausitzer Reviers, das sich über zwei Bundesländer erstreckt,

107

hat uns heute einen guten Einblick in die Wünsche der Menschen und Notwendigkeiten

108

für die Strukturentwicklung ermöglicht. Allen Kommissionsmitgliedern ist bewusst, dass

109

die Sorgen der Beschäftigten und ihrer Familien besonders im Fokus stehen müssen,

110

wenn der nachhaltige Umbau der Energieversorgung gelingen soll. Das gilt in der Lau-

111

sitz genauso wie in den anderen Revieren.

112

Für die Gastfreundschaft bedanken wir uns bei den Landesregierungen Sachsens und

113

Brandenburgs sowie den Bürgermeisterern der Städte Weißwasser und Großräschen.

114

Insbesondere aber gilt der Dank den Lausitzexpertinnen und -experten, mit denen wir

115

heute im Gespräch über Arbeit, Wirtschaft, Umwelt und sozialen Zusammenhalt waren.

116

Sie haben uns fundierte Einblicke ermöglicht.“

117

Folgende Expertinnen, Experten und Sachverständige waren eingeladen:

118

- Michael Stein, KSC Anlagenbau

119

- Katrin Bartsch, Stadtwerke Weißwasser und Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V.

120

- Marco Bedrich, LEAG Jugendvertreter, IG BCE

121

- Nancy Nadebor, Nadebor Firmengruppen

122

- Pfarrer Burkhard Behr, Evgl. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

123

- Marko Klimann, Domowina

124

- Winfried Böhmer, Aktionsbündnis Klare Spree

125

- René Schuster, Grüne Liga

126

- Thomas Wagner, Knauf Deutsche Gipswerke KG

127

- Bernd Lange, Landrat des Landkreises Görlitz

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

- 128 • Siegurd Heinze, Landrat des Landkreises Oberspreewald-Lausitz
 - 129 • Prof. Dr. Christiane Hipp, Dekanin der Fakultät für Maschinenbau, Elektrotechnik
130 und Wirtschaftsingenieurwesen an der BTU Cottbus-Senftenberg,
 - 131 • Prof. Dr.-Ing. Ingo Zschunke, FH Görlitz-Zittau, Fachgebiet Kraftwerks- und
132 Energietechnik
 - 133 • Dr. Peter Wirth, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR)
 - 134 • Fred Mahro, Bürgermeister der Stadt Guben
 - 135 • Manfred Heine, Bürgermeister der Stadt Spreetal und Vorsitzender des Zweck-
136 verbands Lausitzer Seenland Sachsen
- 137 Der nächste Termin der Kommission findet morgen, am 12.10.2018, in Berlin statt. Die
138 dritte und letzte Revierfahrt der Kommission führt am 24.10.2018 ins Rheinische Revier.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Ergebnisprotokoll

6. Sitzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

am 12. Oktober 2018, 10:00 – 16:00 Uhr

im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Anlagen:

- Anlage 1: Teilnehmerliste
- Anlage 2: Presseinformation vom 12.10.2018
- Anlage 3: Gliederung
- Anlage 4: Am 12.10.2018 beschlossene Änderungen der Gliederung

Leitung der Sitzung [REDACTED]

Teilnehmer: siehe Anlage 1

BLOCK 1: Organisatorisches

Protokolle

Erörtert wurden die Protokolle der Sitzungen vom 23.08.2018 und 29.08.2018. Zum Protokoll der Sitzung vom 29.08.2018 gab es keine Anmerkungen, es wurde wie vorgelegt angenommen.

Das Protokoll der Sitzung vom 23.08.2018 wurde nach Diskussion ebenfalls wie vorgelegt angenommen. Im Rahmen der Diskussion wurde klargestellt, dass die Planung der Fahrt in das Rheinische Revier die Möglichkeit beinhalten soll, Tagebau-Betroffene anzuhören, darunter einen Experten des BUND.

Sonstiges

Der Vorsitzende kündigte an, dass der Tagungsort der Kommission während der Fahrt ins Rheinische Revier Bergheim sein wird. Die weitere Planung wird kurzfristig erfolgen. Der Vorsitzende bittet noch einmal um Verständnis, dass es nicht möglich sein wird, alle Wünsche für Vortragende, Besuchspunkte etc. zu berücksichtigen.

Nach kurzer Diskussion einigte sich die Kommission, an ihrem Sitzungskalender bis auf Weiteres keine Änderungen vorzunehmen.

38 [REDACTED] bot an, bei Bedarf für interessierte Kommissionsmitglieder zusätzliche,
39 nicht-öffentliche Besuche in Tagebau und Kraftwerken beziehungsweise Gespräche mit
40 den dortigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zu organisieren. [REDACTED] erklärte
41 sich bereit, ihn hierbei zu unterstützen.
42

43 **BLOCK 2: Beschluss der Gliederung des Abschlussberichts**

44 Die Mitglieder diskutierten intensiv die seit der letzten Sitzung eingegangenen Änderungen
45 und Ergänzungen der Gliederung, und machten auch während der Sitzung weitere
46 Vorschläge für Anpassungen. Die auf Basis dieser Diskussion geänderte Gliederung
47 wurde anschließend einstimmig angenommen (keine Enthaltungen, keine
48 Gegenstimmen).

49
50 Die beschlossene Gliederung ist als Anlage beigefügt, ebenso wie eine Übersicht der
51 wichtigsten Änderungen.
52

53

54 **BLOCK 3: Diskussion über den ersten Vorentwurf des Zwischenberichts zum**
55 **Strukturwandel**

56 Auf Antrag wurde die Sitzung als geschlossene Sitzung fortgesetzt (nur
57 Kommissionsmitglieder sowie Geschäftsstelle).

58

59 Im Ergebnis wurde folgendes weitere Vorgehen vereinbart:

60

- 61 • Die Kommissionsmitglieder haben bis Donnerstag, den 18.10.2018 (abends) die
62 Gelegenheit, Textbausteine sowie Änderungen und Ergänzungen zum aktuellen
63 Entwurf des Zwischenberichts zu übermitteln.
- 64 • Die Vorsitzenden versenden eine auf dieser Grundlage erstellte konsolidierte
65 Fassung.
- 66 • Dieser Text wird bei der nächsten Plenumsitzung am 25.10.2018 mit dem Ziel
67 der Verabschiedung eines Zwischenberichts beraten.

68

69 Parallel hierzu fanden sich Kommissionsmitglieder zu einer Arbeitsgruppe zur
70 Erstellung des Berichtsentwurfs einzelner Kapitel bzw. von Eckpunkten zum Klima- und
71 Energieteil zusammen.
72

81 **Presseinformation im Namen der vier Vorsitzenden der Kommission**
82 **„Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“**

83

84

85

Berlin, 12. Oktober 2018

86

87

88 Die vier Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
89 Matthias Platzeck, Ronald Pofalla, Prof. Barbara Praetorius und Stanislaw Tillich teilen
90 im Nachgang zur heutigen sechsten Plenumsitzung der Kommission Folgendes mit:

91

92 Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat heute die
93 Gliederung für den Abschlussbericht beschlossen. Zudem arbeitet sie nun an den
94 Berichten, die Empfehlungen und Vorschläge zur schrittweisen Reduzierung und
95 Beendigung der Kohleverstromung sowie zu notwendigen rechtlichen, wirtschaftlichen,
96 sozialen und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen und der finanziellen Absicherung
97 des notwendigen Strukturwandels enthalten.

98

99 Auf der Fahrt der Kommission ins Rheinische Revier am 24.10.2018 werden
100 voraussichtlich zum letzten Mal Sachverständige gehört. Am 25.10.2018 folgt eine
101 weitere Sitzung in Berlin.

102

103

Anlage 3

104 **Gliederung des Abschlussberichts**

105

106 **1 Einleitung**

107

108 **2 Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung**

109 2.1 Einsetzungsbeschluss und Auftrag

110 2.2 Zusammensetzung

111 2.3 Beratungsverlauf und Sachverständige

112 2.4 Bewertungsmaßstäbe der Kommission WSB

113 • Energiepolitisches Zieldreieck (Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit,
114 Wirtschaftlichkeit)

115 • Strukturentwicklung, Vermeidung von Strukturbrüchen, Sicherung der
116 Wertschöpfung neue Perspektiven für Innovation, neue Geschäftsmodelle
117 und sozialer Zusammenhalt

118

119 **3 Ausgangslage (inkl. bisherige Entwicklung und zukünftige**
120 **Referenzentwicklung)**

121 3.1 Klimapolitische Ausgangslage

122 • Globale Entwicklung und völkerrechtliche Einordnung

123 • Europäische Entwicklung und Emissionshandel

124 • Nationale Ziele

125 3.2 Energiewirtschaftliche Ausgangslage

126 • Europäische Rahmenbedingungen

127 • Energiemärkte

128 • Strompreise und Stromkosten

129 • Versorgungssicherheit

130 • Revierpläne

131 3.3 Ausgangslage Wachstum, Beschäftigung und Innovationspotenziale

132 3.4 Strukturpolitische Ausgangslage

133 • Wirtschaftliche Bedeutung der Energiewirtschaft

134 • Wertschöpfungsaspekte der Braunkohlewirtschaft, Steinkohlewirtschaft,
135 Industrie und Handwerk, energieintensive Industrie,

136 • direkte und indirekte Beschäftigung

137 • Markt- und Unternehmensstrukturen

138 • Infrastrukturen

139 3.5 Rechtliche Rahmenbedingungen

140

141 **4 Klimaschutz und sozialverträgliche Gestaltung des Strukturwandels**

142 4.1 Vorgehen, um die Lücke zur Erreichung des 2020-Ziels so weit wie möglich zu
143 reduzieren (Handlungsoptionen, zentrale und begleitende Maßnahmen,
144 Instrumentenmix)

145 4.1.1 Begründung und Auswirkungen hinsichtlich

146 • Beitrag zum Klimaschutz

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

- 147 • Energiemarkt und Strompreise für Industrie, gewerbliche Wirtschaft und
148 private Endverbraucher
149 • Versorgungssicherheit
150 • Wertschöpfung und Beschäftigung
151 • Rechtliche Umsetzbarkeit
152 • Berücksichtigung des Tagebaubetriebes und sichere Nachsorge der
153 Tagebaue
- 154 4.2 Maßnahmen zur zuverlässigen Erreichung des 2030-er Ziels
- 155 4.2.1 Begründung und Auswirkungen hinsichtlich
- 156 • Beitrag zum Klimaschutz
157 • Energiemarkt und Strompreise für Industrie, gewerbliche Wirtschaft und
158 private Endverbraucher
159 • Versorgungssicherheit
160 • Wertschöpfung und Beschäftigung
161 • Innovationspotenziale und Sektorkopplung
162 • Rechtliche Umsetzbarkeit
163 • Berücksichtigung des Tagebaubetriebes und sichere Nachsorge der
164 Tagebaue
- 165 4.3 Abschlussdatum für die Kohleverstromung
- 166 4.3.1 Begründung und Auswirkungen hinsichtlich
- 167 • Beitrag zum Klimaschutz
168 • Energiemarkt und Strompreise für Industrie, gewerbliche Wirtschaft und
169 private Endverbraucher
170 • Versorgungssicherheit
171 • Wertschöpfung und Beschäftigung
172 • Rechtliche Umsetzbarkeit
173 • Schrittweise Beendigung der Kohleverstromung
174 • Berücksichtigung des Tagebaubetriebes und sichere Nachsorge der
175 Tagebaue
176
- 177 **5 Perspektiven für bestehende, neue, zukunftssichere Arbeitsplätze**
- 178 5.1 Auswirkungen, strukturpolitische Effekte und Zukunftsvisionen für die Reviere
- 179 5.1.1 Helmstedter Revier
- 180 5.1.2 Lausitz
- 181 5.1.3 Mitteldeutsches Revier
- 182 5.1.4 Rheinisches Revier
- 183 5.1.5 Im gesamten Bundesgebiet (inkl. Steinkohlekraftwerksstandorte)
- 184 5.2 Grundsätze für eine Strukturentwicklungsstrategie
- 185 5.3 Maßnahmen zur Begleitung des Strukturwandels
- 186 5.3.1 Maßnahmen des Bundes
- 187 • Integrierte Strukturförderung und Finanzierungsinstrumente
188 • Experimentierklauseln
189 • Industriepolitik
190 • Arbeitsmarktpolitik
191 • Infrastrukturausbau und -ausbaubeschleunigung
192 • Forschungseinrichtungen und Innovationsregionen

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

193		• Ansiedlung von Bundesbehörden und Bundeseinrichtungen
194	5.3.2	Maßnahmen der Länder und Kommunen
195		• Integrierte Strukturförderung und Finanzierungsinstrumente
196		• Infrastrukturen
197		• Bildungsangebote und Qualifizierung
198		• Regionale Verankerung und Beteiligung der Zivilgesellschaft
199	5.3.3	Europäische Rahmenbedingungen
200		• Beihilferecht
201		• Förderprogramme
202		• Infrastruktur im europäischen Verbund
203		• Europäische Modellregionen
204	5.3.4	Institutionelle Verankerung
205		
206	6	Monitoring und Revisionsklauseln
207		
208	7	Anhang
209		

211 **Am 12.10.208 beschlossene Änderungen der Gliederung**

212

213 Unter Ziffer 2.4. wurde der Begriff „Sozialverträglichkeit“ durch die Formulierung „neue
214 Perspektiven für Innovation, neue Geschäftsmodelle und sozialer Zusammenhalt“
215 ersetzt. Es bestand zudem ein gemeinsames Verständnis, dass unter dem Begriff
216 „Umweltverträglichkeit“ in Ziffer 2.4. auch der Klimaschutz erfasst ist.

217

218 Die Überschrift zu Ziffer 3 „Ausgangslage“ wurde ergänzt um den Klammerzusatz „(inkl.
219 bisherige Entwicklung und zukünftige Referenzentwicklung)“. In Ziffer 3.1. erfolgte eine
220 redaktionelle Anpassung durch Streichung der Punkte „bisherige Entwicklung und
221 zukünftige Referenzentwicklung“ und „Handlungsoptionen“. In Ziffer 3.2. wurde der
222 Punkt „Europäische Rahmenbedingungen“ der Aufzählung vorangestellt und der Punkt
223 „Strompreise“ um den Begriff „Stromkosten“ erweitert. In Ziffer 3.4. wurde das Wort
224 „Infrastruktur“ zum Plural geändert, um klarzustellen, dass auch Infrastrukturen der
225 Daseinsvorsorge hiervon erfasst werden sollen.

226

227 Unter Ziffer 4. wurde die Überschrift als „Klimaschutz und sozialverträgliche Gestaltung
228 des Strukturwandels“ neu gefasst. Ziffer 4.1. wurde wie folgt formuliert: „Vorgehen, um
229 die Lücke zur Erreichung des 2020-Ziels so weit wie möglich zu reduzieren
230 (Handlungsoptionen, zentrale und begleitende Maßnahmen, Instrumentenmix).“ Ziffer
231 4.2 wurde präzisiert zu: „Maßnahmen zur zuverlässigen Erreichung des 2030-er Ziels“.
232 In Ziffer 4.2 wurde der Punkt „Innovationspotentiale und Sektorkopplung“ neu
233 aufgenommen. In Ziffern 4.1. bis 4.3. wurde jeweils der zweite Punkt neu gefasst als
234 „Energemarkt und Strompreise für Industrie, gewerbliche Wirtschaft und private
235 Endverbraucher“ sowie jeweils ein letzter Punkt „Berücksichtigung des
236 Tagesbaubetriebes und sichere Nachsorge der Tagebaue“ angefügt.
237 In der Überschrift zu Ziffer 4.3. wurde das Wort „Enddatum“ zu „Abschlussdatum“
238 geändert und in Ziffer 4.3 der Punkt „Schrittweise Beendigung der Kohleverstromung“
239 ergänzt.

240

241 In die Überschrift zu Ziffer 5 wurde das Wort „bestehende“ eingefügt. In Ziffer 5.1.
242 wurde die Angabe „Zukunftsvisionen für die Reviere“ neu aufgenommen; in Ziffer 5.1.5.
243 wurde der Klammerzusatz „(inkl. Steinkohlekraftwerksstandorte)“ ergänzt.
244 In Ziffer 5.3.1. wurden die Punkte „Integrierte Strukturförderung und
245 Finanzierungsinstrumente“ sowie „Experimentierklauseln“ der Aufzählung vorangestellt
246 und der Punkt „Arbeitsmarktpolitik“ neu eingefügt. In Ziffer 5.3.2. wurde der Begriff
247 „Infrastruktur“ in den Plural geändert (s.o.) und der Punkt „Regionale Verankerung und
248 Beteiligung der Zivilgesellschaft“ ergänzt. Als neue Ziffer 5.3.4. wurde die „Institutionelle
249 Verankerung“ aufgenommen.

1

2

Ergebnisprotokoll

3

4

Sitzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

5

im Rheinischen Revier

6

am 24. Oktober 2018, 10:00 – 15:30 Uhr

7

Sitzungsort Kreistag Rhein-Erft-Kreis in Bergheim

8

Anlagen:

9

- Anlage 1: Teilnehmerliste

10

- Anlage 2: Presseinformation

11

Leitung der Sitzung: [REDACTED]

12

Teilnehmer: siehe Anlage 1

13

14

Begrüßungen:

15

- [REDACTED]

16

- [REDACTED]

17

18

[REDACTED] Vertreter Campact, überreichte den Vorsitzenden eine Petition zum Kohleausstieg bis 2030. Die Petition enthält ca. 213.792 Unterschriften.

19

20

21

22

BLOCK 1: „Industrie und Energie im Wandel“, Kurzvorträge & Befragung Sachverständiger

23

24

Nach kurzen Statements durch [REDACTED] (IHK Aachen),

25

[REDACTED] (Zukunftsagentur

26

Rheinisches Revier GmbH), [REDACTED]

27

STEAG GmbH), [REDACTED] (Uniper SE), [REDACTED]

28

[REDACTED] (Gebr. Grünewald GmbH & Co. KG) und [REDACTED]

29

[REDACTED] (Institut für Berg- und Ener-

30

gierecht, Ruhr-Universität Bochum) folgte eine Diskussion mit den Kommissionsmitgliedern.

31

32

33

Zu den Diskussionsschwerpunkten zählten u. a.:

34

- die Herausforderungen der Unternehmen im Gebiet IHK Aachen, Köln, Mittlerer Niederrhein, welche überproportional energieabhängig im Vergleich zum Bundesgebiet und zu NRW sind;

35

36

- wettbewerbsfähige Strompreise und die Notwendigkeit von Planungssicherheit durch Ausnahmeregelungen, die mit dem europäischem Beihilferecht konform sind;

37

38

- die Problematik eines fehlenden Netzausbaus und Wertschöpfungsverluste durch Spannungsschwankungen;

39

40

41

- 42 • Leitbilder, Innovationsstrategien und Handlungskonzepte zur Unterstützung des
43 Strukturwandels im Rheinischen Revier (EnergieRevier der Zukunft, Innovation
44 Valley Rheinland, Internationale Bau- und Technologieausstellung) und
45 • der rechtliche Rahmen des Kohleausstiegs.
46

47 **Moderierte Rundfahrt durch das Rheinische Revier**

48 [REDACTED]
49 [REDACTED] moderierte die Rundfahrt durch Teile des Rheinischen Reviers. Dabei wurden u. a.
50 angesprochen: SME – virtuelles Kraftwerk „QUIRINUS, Tagebau Hambach, die Ham-
51 bachbahn, Bürgewälder & Bruch als Teil des Kerpener Naturschutzgebietes, der Filter-
52 hersteller Boll & Kirch, der Chemiepark Knapsack, das landesplanerisch gesicherte Vil-
53 leseesengebiet, die Brikettfabrik in Frechen-Wachtberg, die vom Braunkohleabbau be-
54 troffene Ortschaft Quadrath-Ichendorf sowie der Produzent chemischer Spezialproduk-
55 ten auf Basis von Aluminium: das Martinswerk.

56 Am Tagebau Hambach erfolgte am Ausblick Terra Nova ein Ausstieg aus dem Bus.
57

58 **BLOCK 2: „Nach der Braunkohle“ Kurzvorträge und Befragung Sachverständiger**

59 Nach kurzen Statements durch [REDACTED] Nachwuchsforschungsgrup-
60 pe CoalExit, Fakultät für Wirtschaft und Management, Technische Universität Berlin),
61 [REDACTED] (Kirchkreis Jülich), [REDACTED]
62 [REDACTED] Institut für Solarforschung, Deutsches Zentrum für Luft-
63 und Raumfahrt) [REDACTED] Forschungszentrum Jü-
64 lich) [REDACTED] PRIOGO AG), [REDACTED] Umwelt-
65 und Naturschutzpolitik, BUND NRW e.V.) und [REDACTED] folgte eine
66 Diskussion mit den Kommissionsmitgliedern.
67

68 Zu den Diskussionsschwerpunkten zählten u. a.:

- 69 • Klimaschutz durch den zügigen Kohleausstieg in Deutschland und NRW,
70 • strukturelle Voraussetzungen für einen vernünftigen und sozialverträglichen Aus-
71 stieg aus der Braunkohleförderung,
72 • die Rolle von Solarwärme für Industrieprozesse,
73 • die Potenziale von Energieumwandlungs- und Speichertechnologien (Wasser-
74 stoff/Brennstoffzellen, Batterien etc.),
75 • ganzheitliche Ansätze (Wärmequellenanlagen, Wärmepumpen) zur Anwendung in
76 privaten Haushalten/KMU,
77 • Argumente gegen die Rodung des Hambacher Waldes und
78 • Herausforderungen einer betroffenen Familie durch Umsiedelung im Zuge von
79 Tagebauerschließungen.
80

81

82

83

84

94

Anlage 2

95

96 **Presseinformation im Namen der vier Vorsitzenden der Kommission**
97 **„Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“**

98

99

100 Berlin, 24. Oktober 2018

101

102 Die Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
103 Matthias Platzeck, Ronald Pofalla, Prof. Dr. Barbara Praetorius und Stanislaw Tillich
104 teilen zur heutigen Fahrt in das Rheinische Revier Folgendes mit:

105 Ziel der heutigen Fahrt der Kommission ins Rheinische Revier war die Kreisstadt Berg-
106 heim im Rhein-Erft-Kreis. Wie bereits bei den Reisen in das Lausitzer und in das Mittel-
107 deutsche Revier standen Fragen der künftigen Strukturentwicklung im Vordergrund des
108 Programms.

109 Die Vorsitzenden der Kommission erklären: „Am heutigen Tag wurde in zahlreichen
110 Gesprächen deutlich, dass das Rheinische Revier einen wichtigen Beitrag für eine si-
111 chere Energieversorgung, auch über Nordrhein-Westfalen hinaus, leistet. Als Rückgrat
112 für den hochentwickelten Industriestandort Rheinland sichert sie die Strom- und Wär-
113 meversorgung für die energieintensive Industrie, die ganz besonders auf Unterbre-
114 chungsfreiheit und eine sehr hohe Versorgungssicherheit angewiesen ist. Zudem wur-
115 den der Kommission eindrucksvolle Beispiele dafür gezeigt, dass viele Unternehmen im
116 Rheinland sich bereits aktiv mit innovativen Entwicklungen auf die Energiewende und
117 die Anforderungen des Klimaschutzes eingestellt haben. Vor diesem Hintergrund gilt es
118 zudem, die breit gefächerte Forschungslandschaft des Rheinischen Reviers zu nutzen
119 und auszubauen.“

120 Folgende Expertinnen, Experten und Sachverständige haben am Vormittag zum Thema
121 „Industrie und Energie im Wandel“ Impulse gegeben:

- 122 • Michael F. Bayer, Hauptgeschäftsführer, IHK Aachen,
- 123 • Staatssekretär Christoph Dammermann, Aufsichtsratsvorsitzender, Zu-
124 kunftsagentur Rheinisches Revier GmbH,
- 125 • Joachim Rumstadt, Vorsitzender der Geschäftsführung, STEAG GmbH,
- 126 • Eckhardt Rümmler, Chief Operating Officer, Uniper SE,
- 127 • Dr. Christopher Grünewald, Geschäftsführer, Gebr. Grünewald GmbH & Co. KG,
128 und
- 129 • Prof. Dr. Johann-Christian Pielow, Geschäftsführender Direktor, Institut für Berg-
130 und Energierecht, Ruhr-Universität Bochum.

131 Nach diesem ersten Diskussionsblock hat die Kommission eine Fahrt durch das Rheini-
132 sche Revier unternommen, die von Dr. Reimar Molitor, Geschäftsführendes Vor-
133 standsmitglied des Region Köln/Bonn e.V., fachkundig moderiert wurde. Dabei konnte
134 sich die Kommission ein Bild vom Tagebau Hambach und seiner Umgebung sowie der
135 Langfristigkeit von Strukturwandelprozessen machen.

Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung"

136 Am Nachmittag hat die Kommission mit folgende Expertinnen, Experten und Sachver-
137 ständigen zum Thema „Nach der Braunkohle“ diskutiert:

- 138 • Dr. Pao-Yu Oei, Leiter der Nachwuchsforschungsgruppe CoalExit, Fakultät für
139 Wirtschaft und Management, Technische Universität Berlin,
- 140 • Pfarrer Jens Sannig, Superintendent, Evangelischer Kirchkreis Jülich,
- 141 • Prof. Dr.-Ing. Bernhard Hoffschmidt, Direktor Institut für Solarforschung, Deut-
142 sches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR),
- 143 • Prof. Dr.-Ing. Harald Bolt, Vorstandsmitglied, Forschungszentrum Jülich,
- 144 • Sebastian Pönsgen, Vorstand, PRIOGO AG,
- 145 • Dirk Jansen, Geschäftsleiter Umwelt- und Naturschutzpolitik, BUND NRW e.V.,
146 und
- 147 • Norbert Winzen, Keyenberg.

148 Der nächste Termin der Kommission findet morgen, am 25.10.2018, in Berlin statt. Auf
149 dieser Sitzung wird die Kommission über den Entwurf des Zwischenberichts zum Struk-
150 turwandel beraten.

151

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Ergebnisprotokoll

7. Sitzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

am 25. Oktober 2018, 10:00 – 17:00 Uhr

im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Anlagen:

- Anlage 1: Teilnehmerliste
- Anlage 2: Presseinformation vom 25.10.2018
- Anlage 3: Zwischenbericht zum Strukturwandel

Leitung der Sitzung [REDACTED]

Teilnehmer: siehe Anlage 1

BLOCK 1: Organisatorisches

Protokolle

Erörtert wurden die Protokolle der Sitzungen vom 18.09.2018 und 24.09.2018. Hierzu gab es keine Anmerkungen, beide Protokolle wurden wie vorgelegt angenommen.

Sonstiges

Der Vorsitzende kündigte an, dass es bei dem geplanten Zeitplan der Kommissionssitzungen bleibe. Danach finden weitere Sitzungen am 15./16.11., am 28.11. sowie am 11.12.2018 statt. Der Vorsitzende kündigte darüber hinaus an, dass die Sitzungstage am 28.11. sowie am 11.12. mit zeitlich offenem Ende eingeplant werden sollen.

BLOCK 2: Diskussion und Beschluss des Zwischenberichts

Die Mitglieder diskutierten intensiv die seit der letzten Sitzung eingegangenen Änderungen und Ergänzungen des Entwurfs des Zwischenberichts zum Strukturwandel und machten auch während der Sitzung weitere Vorschläge für Anpassungen. Der auf Basis dieser Diskussion geänderte Zwischenbericht wurde schließlich einstimmig angenommen (keine Enthaltungen, keine Gegenstimmen).

36 Darüber hinaus wurde festgehalten:

37

- 38 • Der Fokus des Zwischenberichts liegt, wie es im Einsetzungsbeschluss der
39 Kommission festgelegt ist, auf dem Strukturwandel in den Braunkohlerevieren.
40 Energie- und strukturpolitische Aspekte in Bezug auf die Steinkohleverstromung
41 werden im Abschlussbericht diskutiert.
- 42 • Die Länder können weitere Ergänzungen (Maßnahmen) für den Strukturteil des
43 Endberichts noch im Laufe des Novembers an die Geschäftsstelle übermitteln.
44 Dort erfolgt eine Konsolidierung der Vorschläge, die dann von der Kommission
45 im Rahmen des Endberichts diskutiert wird.
- 46 • Mehrere Mitglieder betonten nochmals, dass die struktur- sowie klima- und
47 energiepolitischen Teile des Kommissionsberichts im Zusammenhang betrachtet
48 werden müssen. Da die beiden Bereiche eng miteinander verknüpft sind, können
49 in allen Teilen die Texte des Schlussberichts nur gemeinsam und im
50 Zusammenhang beschlossen werden.

51

52 Der Vorsitzende erklärte, dass zur endgültigen redaktionellen Konsolidierung des
53 Zwischenberichts redaktionelle Anmerkungen noch bis zum 31.10.2018 an die
54 Geschäftsstelle übermittelt werden können. Der Bericht wird dann fristgerecht der
55 Steuerungsgruppe den Staatssekretären der vier federführenden Bundesressorts
56 übermittelt.

57

58 Der beschlossene und endgültig überarbeitete Zwischenbericht ist als Anlage beigefügt.

59

69

Anlage 2

70

71 **Presseinformation der vier Vorsitzenden der Kommission „Wachstum,**
72 **Strukturwandel und Beschäftigung“**

73 Berlin, 25.10.2018

74 Die Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
75 Matthias Platzeck, Ronald Pofalla, Prof. Dr. Barbara Praetorius und Stanislaw Tillich
76 teilen zur heutigen Sitzung Folgendes mit:

77 „Die Kommission hat heute einstimmig erste strukturpolitische Empfehlungen vor allem
78 für die Braunkohlereviere beschlossen, damit diese die Herausforderungen der
79 anstehenden Strukturentwicklung bewältigen können.

80

81 Die konstruktive Diskussion zeigt, dass alle Mitglieder der Kommission die ihnen
82 übertragene Verantwortung gegenüber den Menschen in den Kohleregionen sehr ernst
83 nehmen. Mit dem heutigen Beschluss hat sich die Kommission darüber hinaus eine
84 gute Grundlage geschaffen, auch die nun anstehenden klima- und energiepolitischen
85 Diskussionen erfolgreich zu führen.“

86

87 Die inhaltlichen Arbeiten am Bericht konnten in der heutigen Sitzung erfolgreich
88 abgeschlossen werden. Der Zwischenbericht wird nun in den nächsten Tagen
89 redaktionell überarbeitet und anschließend, wie im Einsetzungsbeschluss der
90 Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vorgesehen, an den
91 Staatssekretärsausschuss übermittelt.

92 Die Kommission tagt wieder am 15. und 16.11.2018 in Berlin. In dieser zweitägigen
93 Sitzung wird sie intensiv über klima- und energiepolitische Fragen beraten.

94

95

96

97

98

Anlage 3

99

100 **Der Zwischenbericht Strukturentwicklung ist als pdf-Dokument beigefügt.**

Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

**Zwischenbericht
zu möglichen Maßnahmen zur
sozialen und strukturpolitischen Entwicklung der Braunkohleregionen**

Beschluss vom 25.10.2018

1 **1. Einleitung**

2 Mit dem Einsetzungsbeschluss vom 6. Juni 2018 hat die Bundesregierung der Kommission „Wachstum,
3 Strukturwandel und Beschäftigung“ einen konkret formulierten Auftrag erteilt und einen Zeitplan vorge-
4 geben. Im Einsetzungsbeschluss heißt es:

5 *„Die Bundesregierung bekennt sich zu den national, europäisch und im Rahmen des Pariser Klimaab-*
6 *kommens vereinbarten Klimaschutzzielen bis zum Jahre 2050. Der Klimaschutzplan der Bundes-*
7 *regierung aus dem Jahre 2016 beschreibt hierzu den schrittweisen Weg in Richtung einer weitgehend*
8 *treibhausgasneutralen Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland bis Mitte des Jahrhunderts.“*

9 *„Mit der Umsetzung des Klimaschutzplanes wird sich der Strukturwandel in vielen Regionen und Wirt-*
10 *schaftsbereichen beschleunigen, insbesondere im Sektor der Energieerzeugung. Die damit einherge-*
11 *henden Veränderungen dürfen nicht einseitig zu Lasten der kohlestromerzeugenden Regionen gehen,*
12 *müssen vielmehr Chancen für eine nachhaltige wirtschaftliche Dynamik mit qualitativ hochwertiger*
13 *Beschäftigung eröffnen. Diese wollen wir aktiv nutzen und so Strukturbrüche sowie Einschränkungen*
14 *der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vermeiden.“*

15 Um diesem Auftrag gerecht zu werden, legt die Kommission hiermit den Zwischenbericht zur Struk-
16 turentwicklung vor. Mit diesem Zwischenbericht soll den Menschen vor Ort in den betroffenen Struk-
17 turentwicklungsregionen frühzeitig eine Perspektive aufgezeigt werden.

18 Die Energiewende beschreibt einen Pfad einer politisch getriebenen, strukturellen Veränderung des
19 Energiesystems. Diese durch klimapolitische Weichenstellungen im nationalen, europäischen und inter-
20 nationalen Rahmen, aber auch im Rahmen eines rapiden technologischen Wandels entstehenden Ver-
21 änderungen betreffen Technologien jeglicher Art. Darüber hinaus sind ökonomische, Unternehmens-
22 und Beschäftigungsstrukturen sowie die grundlegende räumliche Entwicklung tangiert.

23 Der Erfolg der Energiewende im Kontext der globalen Herausforderungen wird sich vor diesem Hinter-
24 grund nicht nur an der Frage entscheiden, ob und wie die großen Chancen durch neue Technologien,
25 und Geschäftsmodelle genutzt werden, sondern auch an der Frage, ob Entwicklungen wie der beschleu-
26 nigte Ausstieg aus der Kohleverstromung fair und ohne unbeherrschbare Strukturbrüche vollzogen wer-
27 den kann.

28 Die Beschäftigten der Kohlewirtschaft haben historisch maßgeblich zum Aufbau Deutschlands als
29 Industrienation beigetragen und leisten noch heute einen substanziellen Beitrag für den Wohlstand
30 unserer Gesellschaft und eine sichere Energieversorgung. Dies schafft die Grundlage dafür, unsere
31 Industriegesellschaft nachhaltig umzubauen und einen adäquaten, an den Klimazielen orientierten
32 Umbaupfad zu gestalten.

33 Der Strukturwandel in den Braunkohlerevieren hat zum Teil bereits begonnen. In den ostdeutschen
34 Bundesländern ist zudem der flächendeckende Strukturwandel nach der deutschen Wiedervereinigung
35 noch immer nicht abgeschlossen. Die Braunkohlereviere stehen vor der Herausforderung, bestehende
36 Wertschöpfungsketten zu sichern und neue Wertschöpfungsketten aufzubauen, und gleichzeitig vor der
37 Chance, den anstehenden Strukturwandel durch Innovationen zukunftsfähig zu gestalten.

38 Der Zusammenbruch großer Teile der ostdeutschen Industrie nach der Deutschen Einheit hat Wunden
39 hinterlassen. Betriebliche Umstrukturierungen in der Energiewirtschaft in den folgenden Jahren haben
40 zudem einen weiteren starken Abbau der Beschäftigung jenseits öffentlicher Aufmerksamkeit zur Folge
41 gehabt. Strukturpolitische Maßnahmen müssen deshalb in besonderer Weise die Erfahrungen der Men-
42 schen in den ostdeutschen Bundesländern aufgreifen.

43 Der Kommission ist bewusst, dass eine erfolgreiche Strukturentwicklung ein andauernder Prozess ist.
44 Auch Jahrzehnte nach dem Beginn des Endes des Kohlebergbaus liegt beispielsweise im Ruhrgebiet die
45 Wirtschaftskraft weiter deutlich hinter der gesamtdeutschen Entwicklung zurück. Das Beispiel zeigt
46 exemplarisch, dass eine reaktive Strukturpolitik nicht ausreichend ist. Dies darf sich in den Braunkoh-
47 lerevieren nicht wiederholen. Vielmehr benötigen die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen eine
48 proaktive Strukturentwicklung. Dafür gibt es bereits vielfältige Ansätze und Initiativen von Wirtschaft
49 und Wissenschaft, Gebietskörperschaften und Zivilgesellschaft, um diese Herausforderungen nachhaltig
50 und innovativ, aber auch sozial gerecht zu gestalten. Um diese Entwicklung selbst zu gestalten, brauchen
51 Einwohner, Beschäftigte, Kommunen und Unternehmen einerseits eine breite gesamtgesellschaftliche
52 und staatliche Unterstützung von EU, Bund und Ländern mit verlässlichen, langfristig wirksamen Rah-
53 menbedingungen sowie andererseits möglichst breit verankerte regionale Perspektiven für die zukünftigen
54 Entwicklungen.

55 Die Beschleunigung der Energiewende, im Falle einer politischen Entscheidung für einen schnelleren
56 Ausstieg aus der Kohleverstromung, begründet auch eine politische Verantwortung für die damit ver-
57 bundenen Folgen. Eine politische Verantwortung ergibt sich nicht nur für Deutschland, sondern auch im
58 europäischen und internationalen Kontext, zum Beispiel aus dem völkerrechtlich verbindlichen Abkom-
59 men von Paris. Der Erfolg der Energiewende hat damit nicht nur eine energie-, klima- und industriepoli-
60 tische Dimension, sondern ist auch mit Blick auf regionalen Strukturwandel und gute Arbeit zu bewer-
61 ten.

62 Ziel ist die Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze in den verschiedenen Regionen mindestens
63 in einem Umfang, in dem diese Regionen durch den Wegfall von Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie
64 betroffen sind. Der Strukturwandel erfasst dabei nicht nur die Energiewirtschaft, sondern in besonde-
65 rem Maße auch die energieintensive Industrie. Ein besonderes Augenmerk muss dafür auf den Erhalt
66 der internationalen Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Branchen und auf der Gestaltung der dafür
67 erforderlichen industriepolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland liegen. In den weiteren Berich-
68 ten der Kommission werden zudem die Folgen eines Kohleausstiegs auf die industriellen Wertschöp-
69 fungsketten abgeschätzt und Voraussetzungen für den Erhalt energieintensiver Branchen in Deutschland
70 definiert.

71 Die Kommission ist der Überzeugung, dass die konkreten Maßnahmen für eine erfolgreiche Struk-
72 turentwicklung intensiv im Zusammenhang mit den klima- und energiepolitischen Empfehlungen disku-
73 tiert werden müssen. Die Inhalte des Zwischenberichts werden deshalb im Abschlussbericht im Lichte
74 der weiteren Beratungen konkretisiert und angepasst werden. Das Ziel dieses Zwischenberichtes ist es
75 vor allem, die komplexen Fragen von Strukturwandel und Beschäftigung im Kontext des Auslaufens der
76 Kohleverstromung in Deutschland zu strukturieren. Dies betrifft einerseits die Ausgangslage und die
77 Rahmenbedingungen sowie die Beschreibung der Problem- und Handlungsfelder. Die Kommission wird
78 sich in ihren weiteren Berichten mit einer Vielzahl von konkreten Maßnahmen zur Flankierung des
79 Struktur- und Beschäftigungswandels beschäftigen. Vielfältige Detailvorschläge aus der Mitte der Kom-
80 mission sind noch nicht abschließend beraten worden. Im Endbericht der Kommission soll auch der gro-
81 ßen Detailtiefe und Bandbreite der Vorschläge, die der Kommission vorgelegt worden sind, Rechnung
82 getragen werden. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache zu verstehen, dass eine ganze
83 Reihe dieser Maßnahmen nur im engen Zusammenhang mit den angestrebten bzw. erwartbaren Ent-
84 wicklungen im Bereich der Kohleverstromung belastbar diskutiert werden können. Die Kommission wird
85 in ihrem Abschlussbericht die Perspektiven mit Empfehlungen für konkrete Maßnahmen unterlegen.

86 Die Arbeit der Kommission umfasst die gesamte Kohleverstromung, das heißt sowohl Braun- als auch
87 Steinkohle. Laut Einsetzungsbeschluss vom 6. Juni 2018 fokussiert der Zwischenbericht zum Struktur-

88 wandel auf die Braunkohlereviere. Die Kommission ist sich jedoch einig darüber, dass die mit der Stein-
89 kohleverstromung verknüpften Themenfelder im Rahmen der anstehenden Beratungen und bei der
90 Erstellung der weiteren Berichte vertieft diskutiert und adressiert werden müssen. Dies umfasst sowohl
91 die klima- und energiepolitische Dimension als auch die beschäftigungs- und strukturpolitischen Aspek-
92 te.

93 Alle Mitglieder der Kommission sind sich ihrer gemeinsamen Verantwortung für die historische Aufgabe
94 bewusst. Die Ergebnisse der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ müssen diese
95 einmalige Chance nutzen, ambitionierten Klimaschutz mit einem nachhaltigen, industriellen Aufbruch in
96 den von der Kohle geprägten Regionen und an den entsprechenden Standorten zu verbinden. Das Po-
97 tential der betroffenen Regionen, zu Vorreitern für einen gelungenen Strukturwandel zu werden und
98 beispielgebend für den Transformationsprozess in Europa hin zu einer klimaneutralen Industriegesell-
99 schaft zu sein, muss genutzt werden.

100

101 **2. Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung**

102 2.1. Einsetzungsbeschluss und Auftrag

103 2.2. Zusammensetzung

104 2.3. Beratungsverlauf und Sachverständige

105 2.4. Bewertungsmaßstäbe der Kommission WSB

106 • Energiepolitisches Zieldreieck (Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Wirtschaft-

107 lichkeit)

108 • **Strukturentwicklung, Vermeidung von Strukturbrüchen, Sicherung der Wertschöpfung,**

109 **neue Perspektiven für Innovation, neue Geschäftsmodelle und sozialer Zusammenhalt**

110 Aus Sicht der Kommission zeichnen die folgenden Kriterien einen erfolgreichen Strukturentwicklungspro-

111 zess aus. Dabei stellt die Reihenfolge der Nennung keine Priorisierung dar. Aus Sicht der Kommission sind

112 alle Punkte gleichrangig:

113 • Strukturbrüche in den Braunkohlerevieren und ggf. im Bereich der Steinkohleverstromung müssen

114 vermieden werden.

115 • Eine gelungene Strukturentwicklung leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der freiheitlich

116 demokratischen Grundordnung.

117 • Strukturentwicklung ist vorausschauend und richtet sich gleichermaßen an den Zielen der wirtschaft-

118 lichen Leistungsfähigkeit, Umwelt- und Klimaschutz, sozialem Zusammenhalt, kultureller Identität

119 und der Lebensqualität in den Regionen für alle Menschen aus.

120 • Die Menschen und Akteure in den betroffenen Regionen gestalten den Strukturwandel in ihrer Hei-

121 mat durch ihr Engagement und ihre Ideen. Die Politik unterstützt diese Entwicklung und belässt die

122 notwendigen Freiräume.

123 • Strukturentwicklung ist eine langfristige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie liegt in der gemein-

124 samen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen sowie den Sozialpartnern, Unternehmen

125 und Menschen vor Ort und wird von diesen gemeinsam gestaltet und getragen.

126 • Strukturentwicklung erfolgt sozialverträglich. Sie sichert bestehende, hochwertige, mitbestimmte

127 Arbeitsplätze oder schafft neue, hochwertige, und zukunftssichere Arbeitsplätzen. Langfristig ge-

128 braucht werden Arbeitsplätze aller Qualifikationsstufen. Damit wird eine positive Beschäftigungsbi-

129 lanz sichergestellt.

130 • Strukturentwicklung macht die Regionen zukunftsfähig und eröffnet ihnen neue Perspektiven. Sie

131 unterstützt die Regionen dabei, sich für die Zukunft neu aufzustellen und sich bietende Chancen zu

132 nutzen. Die Regionen werden damit zu Vorreitern für einen gelungenen Strukturwandel und bei-

133 spielgebend für den Transformationsprozess in Europa hin zu einer weitgehend klimaneutralen In-

134 dustriegesellschaft.

135 • Betriebsbedingte Kündigungen werden verhindert und den Beschäftigten entstehen keine unbilligen

136 sozialen und ökonomischen Nachteile.

137 • Die mit einem Ausstieg aus der Kohleverstromung verbundenen Effekte auf den Wirtschaftsstandort

138 Deutschland, beispielsweise mit Blick auf die Verbundindustrien und vor Ort bestehende Wertschöp-

- 139 funsketten, sollen so weit wie möglich vermieden und ansonsten kompensiert werden. Die wirt-
140 schaftliche Weiterentwicklung soll auf den bestehenden Industriekernen aufbauen.
- 141 • Parallel zur Weiterentwicklung bestehender Wertschöpfungsketten werden neue aufgebaut, wobei
142 auf in den Revieren bestehende Stärken aufgebaut und die Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten
143 gefördert wird. Die Chancen, neue und innovative Wertschöpfungsketten aufzubauen, werden genutzt.
- 144 • Investitionen in eine moderne Infrastruktur dürfen nicht allein bestehende Lücken zum bundesdeut-
145 schen Durchschnitt schließen, sondern setzen auch neue Standards. Attraktive infrastrukturelle Bedin-
146 gungen sind Grundvoraussetzung für private Investitionen.
- 147 • Soziale wie kulturelle Infrastrukturen werden im Strukturwandel gesichert und weiterentwickelt.
- 148 • Strukturentwicklung muss auf die Besonderheiten der Regionen eingehen. Sie berücksichtigt die un-
149 terschiedlichen Ausgangslagen und Perspektiven der Reviere und folgt revierspezifischen Strategien.
150 Strukturentwicklung unterstützt und stärkt die kulturelle Identität der Regionen. Die kurz-, mittel-
151 und langfristigen Dimensionen der Strukturentwicklung sind ausgewogen zu berücksichtigen.
- 152 • Der Prozess des Strukturwandels selbst schafft Vertrauen in Veränderung und neue Identifikation.
- 153 • Monitoring und professionelle Steuerung ermöglichen Anpassungen im Prozess des Strukturwandels.
- 154 • Die Gestaltung des Strukturwandels erfordert gleichermaßen Respekt vor den Motiven, die der Ener-
155 giewende zugrunde liegen, und auch Respekt vor den Menschen und den Lebensleistungen der Men-
156 schen, die vom Strukturwandel in besonderer Weise betroffen sind.
- 157 • Die bestehenden strukturpolitischen Instrumente dienen insbesondere der Angleichung struktur-
158 schwacher Regionen an strukturstarke Regionen und leisten einen Beitrag zur Herstellung gleich-
159 wertiger Lebensverhältnisse. Ein klimapolitisch forcierter Strukturwandel erfordert deshalb nen-
160 nenswerte zusätzliche strukturpolitische Fördermaßnahmen. Diese müssen bedarfsgerecht finan-
161 ziert werden. Neben öffentlichen Investitionen etwa in die soziale, kulturelle und nachhaltige Ver-
162 kehrsinfrastruktur sind prioritär zielgerichtete Anreize für private, industrielle Investitionen in den
163 Revieren und an Kraftwerksstandorten notwendig.
- 164 • Die finanzielle Absicherung des Strukturwandels muss die klimapolitisch veranlassten Eingriffe in die
165 Energieerzeugung angemessen berücksichtigen.
- 166 • Ziel der strukturpolitischen Maßnahmen muss die nachhaltige Weiterentwicklung der industriellen
167 Wertschöpfungsketten in Deutschland sein. Es muss das Ziel sein, für die sinkende bzw. wegfallende
168 Wertschöpfung aus der Kohle adäquaten Ersatz bei Wertschöpfung und Beschäftigung in den Revi-
169 eren zu schaffen. Ziel ist die nachhaltige Modernisierung des Industrielandes Deutschland, die Siche-
170 rung und Schaffung tarifvertraglich abgesicherter, mitbestimmter Arbeit und eine weitgehend treib-
171 hausgasneutrale Gesellschaft im Jahr 2050.
- 172
- 173

174 Die Kommission legt ihrer Arbeit folgende Revierabgrenzung zugrunde:
 175 Die 2017 zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und den betroffenen Ländern abgestimmte
 176 geographische Abgrenzung der vier Braunkohlereviere wird übernommen. Die Kommission hat sich
 177 somit bewusst für eine breite Abgrenzung der Reviere entschieden, um auch solche Gebiete zu er-
 178 fassen, die eine enge Verflechtung zur Braunkohlewirtschaft haben. Innerhalb der Reviere kann
 179 noch nach tatsächlicher Betroffenheit und überregionalen Auswirkungen des Strukturwandels dif-
 180 ferenziert werden.
 181 Darüber hinaus war sich die Kommission einig, dass im Ausnahmefall auch Projekte in die Förde-
 182 rung aufgenommen werden oder andere Unterstützungsmaßnahmen erhalten können, die nicht im
 183 Revier selbst liegen, aber für die Entwicklung im Revier hohe Bedeutung haben.

Region des Lausitzer Reviers

Brandenburg:

- Kreis Dahme-Spreewald
- Kreis Elbe-Elster
- Kreis Oberspreewald-Lausitz
- Kreis Spree-Neiße
- Stadt Cottbus

Sachsen:

- Kreis Bautzen
- Kreis Görlitz

Region des Mitteldeutschen Reviers

Sachsen:

- Stadt Leipzig
- Kreis Leipzig
- Kreis Nordsachsen

Sachsen-Anhalt:

- Burgenlandkreis
- Saalekreis
- Stadt Halle
- Kreis Mansfeld-Südharz
- Kreis Anhalt-Bitterfeld

Thüringen:

- Kreis Altenburger Land

Region des Helmstedter Reviers

Niedersachsen:

- Stadt Braunschweig
- Kreis Helmstedt
- Kreis Wolfenbüttel
- Stadt Wolfsburg

Region des Rheinischen Reviers

Nordrhein-Westfalen:

- Rhein-Kreis Neuss
- Kreis Düren
- Rhein-Erft-Kreis
- Städteregion Aachen
- Kreis Heinsberg
- Kreis Euskirchen
- Stadt Mönchengladbach

184 In den Betrachtungshorizont einer Förderung müssen auch solche Gebiete fallen, in denen eine
 185 Häufung von Steinkohleverstromungskraftwerken einen relevanten Beitrag zur Wertschöpfung lei-
 186 stet.

187 **3. Ausgangslage (inkl. bisherige Entwicklung und zukünftige Referenzentwicklung)**

188 3.1. Klimapolitische Ausgangslage

- 189 • Globale Entwicklung und völkerrechtliche Einordnung
- 190 • Europäische Entwicklung und Emissionshandel
- 191 • Nationale Ziele

192

193 3.2. Energiewirtschaftliche Ausgangslage

- 194 • Europäische Rahmenbedingungen
- 195 • Energiemärkte
- 196 • Strompreise und Stromkosten
- 197 • Versorgungssicherheit
- 198 • Revierpläne

199

200 **3.3. Ausgangslage Wachstum und Beschäftigung und Innovationspotenziale**

201 Deutschland zeichnet sich durch eine stabile gesamtwirtschaftliche Ausgangslage aus. So stellte das Bun-
202 deswirtschaftsministerium vor kurzem fest: „Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem stetigen und
203 breit angelegten Aufschwung mit einem soliden binnenwirtschaftlichen Fundament. Die Kapazitäten sind
204 gut ausgelastet, die Beschäftigung ist auf Rekordniveau und die Verbraucherpreise sind stabil.“¹

205 Seit dem Ende der Finanzkrise befindet sich Deutschland in einem Wirtschaftsaufschwung. In den vergange-
206 nen Jahren verzeichnete Deutschland ein stetiges und anhaltendes Wirtschaftswachstum von zuletzt 2,2%
207 im Jahr 2017.²

208 Allerdings trübt sich das weltwirtschaftliche Klima derzeit ein, u.a. wegen der sich verschärfenden weltweiten
209 Handelskonflikte. Dies beeinträchtigt die deutsche Konjunkturentwicklung. Vor diesem Hintergrund hat die
210 Bundesregierung ihre Wachstumsprognose für 2018 von 2,3% auf 1,8% und für 2019 Jahr von 2,1% auf 1,8%
211 gesenkt.³

212 Getragen vom Wirtschaftswachstum hat sich auch die Lage am Arbeitsmarkt positiv entwickelt. Bundesweit
213 sank die Arbeitslosenquote in den letzten Jahren und lag im Durchschnitt des letzten Jahres bei 5,7%.⁴ Ak-
214 tuell (Oktober 2018) beträgt sie 4,9%. Bei zugleich verhaltener demographischer Entwicklung wächst in
215 einigen Branchen und Regionen die Zahl der unbesetzten Stellen, zumeist verbunden mit einem Mangel an
216 qualifizierten Fachkräften.

217 Dieser Fachkräftemangel wird immer mehr zu einem Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung.⁵ Weitere
218 Probleme des Standorts Deutschland sind Investitionsschwächen und langwierige Planungs- und Genehmi-
219 gungsverfahren.

220 **Bedeutung der Industrie für Wachstum und Wohlstand**

221 In der Bundesrepublik erwirtschaftet die Industrie fast ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes – mehr als in
222 den meisten anderen Ländern. Der industrielle Kern bildet dabei den Ausgangspunkt für die enge Verflech-
223 tung von Produzenten, Zulieferern und Dienstleistern und ist eine wichtige Voraussetzung für Innovation,
224 Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Deutschland hat die Herausforderungen der Finanzkrise

¹ Herbstprojektion der Bundesregierung von Oktober 2018.

² Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Jahreswirtschaftsbericht 2018.

³ Herbstprojektion der Bundesregierung von Oktober 2018.

⁴ Ebenda.

⁵ DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2018.

225 2008 auch deshalb besser als andere Länder gestemmt, weil es einen im internationalen Vergleich der
226 OECD-Staaten hohen Industrialisierungsgrad hat. Der Beitrag der Industrie zur volkswirtschaftlichen Wert-
227 schöpfung in Deutschland lag 2017 bei 22,9%.⁶

228 Ein zentraler Standortfaktor für die deutsche Industrie ist das Vorhandensein vollständiger industrieller
229 Wertschöpfungsketten. Das Fundament dieser Wertschöpfungsketten bilden die energieintensiven Indust-
230 rien, die die Grund- und Werkstoffe herstellen, auf denen die weiteren Fertigungsprozesse aufbauen. Sie
231 stehen in einem internationalen Wettbewerb und sind daher in besonderem Maße abhängig von einer
232 wettbewerbsfähigen, preisgünstigen und sicheren Energieversorgung.

233 Entwicklung energieintensive Industrien

234 Trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklung muss festgehalten werden, dass Deutschland zumindest in den
235 energieintensiven Branchen vor besonderen Herausforderungen steht und teilweise von der Substanz lebt.
236 Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass private Investitionen generell am Standort Deutschland nur zu-
237 rückhaltend getätigt werden.⁷ Exemplarisch dafür stehen die nominalen Nettoanlageinvestitionen der
238 energieintensiven Branchen – das sind die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen. Diese
239 sind im Schnitt der vergangenen Jahre (2000 bis 2014) deutlich negativ. Nur in den Jahren 2000 und 2008
240 hatten diese Branchen positive Nettoinvestitionen.⁸

241 Auch der Strukturwandel der energieintensiven Industriebranchen, die als Hersteller von Grundstoffen
242 vielfach Ausgangspunkt langer industrieller Wertschöpfungsketten sind, hat bereits begonnen. Einer schlei-
243 chenden De-Industrialisierung muss entgegengewirkt werden. Weitere Kostensteigerungen durch die Ab-
244 schaltung von Kohlekraftwerken drohen diesen Prozess zu beschleunigen.

245 Gerade aufgrund der engen Verknüpfung mit der Grundstoffindustrie drohen in den betroffenen Regionen
246 erhebliche negative Effekte durch Strukturbrüche, wenn es nicht gelingt, die bestehenden Wertschöp-
247 fungsketten und Industrieverbünde zwischen Energie und Industrie zu erhalten. Wie oben aufgezeigt, ist
248 das reale Nettoanlagevermögen in allen energieintensiven Sektoren (Papier-, Chemie-, Baustoffindustrie,
249 Metallerzeugung) fast durchgängig jedes Jahr gesunken. Die Gesamtindustrie verzeichnet hingegen ein
250 kleines Plus. Der Rückgang ist umso gravierender, da auch die aktivierten Ausgaben für Forschung und
251 Entwicklung der jeweiligen Branchen umfasst sind.⁹

252 Innovationspotenziale

253 Der größte Anteil der Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung wird in Deutschland durch die In-
254 dustrie bereitgestellt.¹⁰ Dadurch entwickelt sie innovative Technologien, effiziente Verfahren und markiert
255 die Basis von Wertschöpfungsketten. Sie trägt damit auch zur Lösung von Umweltproblemen und zum
256 nachhaltigen Umgang mit Ressourcen bei. Ihre gute Marktstellung und umfassende Kompetenz prädesti-
257 nierten deutsche Unternehmen als Entwickler, Anbieter und Leitanwender von neuen Technologien wie
258 der Sektorkopplung, der zirkulären Wirtschaft, nachhaltiger Mobilität, nachhaltiger, digitalisierter Wert-

⁶ Vergleiche auch Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2016: Unsere Industrie: Intelligent. Innovativ. International. Zahlen für 2017 aktualisiert.

⁷ Fratzscher-Kommission 2015: Stärkung von Investitionen in Deutschland.

⁸ Statistisches Bundesamt 2017, Energieintensive Branchen: Papier, Chemie, Glas/Keramik, sowie Metallerzeugung und -bearbeitung.

⁹ IW 2017: Energiepolitische Unsicherheit verzögert Investitionen in Deutschland. IW policy paper 13/2017.

¹⁰ Stifterverband 2016: Wissenschaftsstatistik des Stifterverbandes, Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft.

259 schöpfungssysteme und Industrie 4.0. Sie benötigen für die Umsetzung allerdings langfristig stabile und
260 berechenbare Rahmenbedingungen, vor allem Planungs- und Investitionssicherheit.

261 Von besonderer Bedeutung ist dabei die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft, sowohl mit Hoch-
262 schulen, universitären wie außer-universitären Forschungseinrichtungen. In dieser Art investierte Mittel
263 induzieren Innovation und leisten einen erheblichen Beitrag zur Steigerung des Bruttoinlandsproduktes.¹¹

264 Regionale Wirtschaftsentwicklung

265 Die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass erhebliche regio-
266 nale Unterschiede beim Wirtschaftswachstum bestehen. So ist das Wachstum der Bundesländer, in denen
267 sich die Braunkohlereviere befinden, seit 2010 meist unterdurchschnittlich im Vergleich zum nationalen
268 Durchschnitt, was auch den Strukturwandel in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen in diesen Län-
269 dern erschwert. In Nordrhein-Westfalen lag das Wirtschaftswachstum sogar in allen Jahren seit 2010 unter
270 dem deutschen Durchschnitt.¹²

271 Es bestehen weiterhin deutliche Unterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb Deutschlands.
272 Seit 1990 befinden sich die ostdeutschen Länder flächendeckend in einem wirtschaftlichen Strukturent-
273 wicklungsprozess mit dem Ziel, hinsichtlich der Wirtschaftskraft an das westdeutsche Niveau aufzuschlie-
274 ßen. So erreichte die Wirtschaftskraft in Ostdeutschland im Jahr 2017 nur 73,2% des westdeutschen Ni-
275 veaus.¹³ Auch andere ökonomische Größen wie Kaufkraft, Bruttowertschöpfung, Forschungs- und Entwick-
276 lungstätigkeit der Privatwirtschaft, Exportorientierung, Unternehmensgrößen oder Lohnniveau weisen auf
277 einen nach wie vor bestehenden Nachholbedarf hin.¹⁴

278 Der aktuelle Deutschland Report der Prognos AG bestätigt diesen Trend und prognostiziert, dass die Wirt-
279 schaftskraft bis 2045 auf zwei Drittel des Durchschnitts der westdeutschen Bundesländer absinkt – auf das
280 Niveau zur Jahrtausendwende.¹⁵ Insbesondere eine ungünstige demographische Entwicklung der ostdeut-
281 schen Flächenländer sowie die dort relativ geringen privaten FuE-Aktivitäten belasten die wirtschaftliche
282 Entwicklung.

283 Zudem befinden sich die Standorte der Braunkohleindustrie überwiegend in Regionen, die bereits in der
284 Vergangenheit teilweise tiefgreifende Strukturwandelprozesse durchlaufen haben. Vor dem Hintergrund
285 dieser Ausgangslage werden die Überlegungen in der Kommission daher von der Auffassung getragen, dass
286 erneute Strukturbrüche sowie soziale und demographische Verwerfungen für die Menschen in allen Revie-
287 ren dringend zu vermeiden sind und Wertschöpfungsketten vor Ort erhalten bleiben müssen.

288

¹¹ So induziert zum Beispiel die Zusammenarbeit von Unternehmen mit Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft einen Anstieg des Umsatzwachstums von 21% sowie des Produktivitätswachstums von 11%. Aus makroökonomischer Sicht führt jeder Euro an Auftragsforschung an die Fraunhofer Institute zu einer Steigerung des BIP von bis zu 18 Euro. Siehe auch Comin et al. 2018: Do Companies Benefit from Public Research Organizations? The Impact of the Fraunhofer Society in Germany; Studie des CIRCLE - Center for Innovation, Research and Competences in the Learning Economy, Universität Lund.

¹² Vergleiche beispielsweise die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (<https://www.statistik-bw.de/VGRdL/>). Eine Ausnahme bildet hier Niedersachsen (Helmstedter Revier). Dort lag das Wirtschaftswachstum seit 2010 zumeist über dem Bundesdurchschnitt.

¹³ Bundesregierung 2018: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018.

¹⁴ Fehlende große Unternehmenszentralen wirken sich dabei ganz unmittelbar auf die eigenständige Leistungsfähigkeit der Kommunen aus.

¹⁵ Prognos (2018).

289 **3.4. Strukturpolitische Ausgangslage**

290 **Wirtschaftsstruktur in den Revieren und Wertschöpfung**

291 Die Wirtschaftskraft der betroffenen Regionen wird maßgeblich durch die Wettbewerbsfähigkeit des
292 Standortes Deutschland insgesamt beeinflusst. Strukturpolitik kann sich nur in einem wachstumsfreundli-
293 chen Umfeld vollumfänglich und erfolgreich entfalten.

294 Die heute in den Revieren vorherrschenden Sektoren- und Branchenstrukturen sind maßgeblich dafür, wie
295 groß die Herausforderungen des Strukturwandels sein werden. Sie stehen gleichzeitig für die wirtschaftli-
296 chen Chancen, die aus den jeweiligen Stärken der Reviere entstehen können.

297 Die Wirtschaftsstruktur der Reviere ist nicht einheitlich. Gemeinsam ist ihnen aber, dass die Braunkohle-
298 wirtschaft in drei der vier Revieren – dem Lausitzer, dem Mitteldeutschen und dem Rheinischen Revier –
299 eine herausgehobene Rolle spielt.

300 Der Industrialisierungsgrad ist in diesen drei Revieren eher schwächer ausgeprägt als im Rest Deutschlands.
301 Eine Ausnahme bilden die sogenannten Vorleistungsgüter im Rheinischen Revier (z.B. chemische Industrie
302 und andere energieintensive Industrien).

303 Im Dienstleistungssektor weisen die Reviere jeweils unterschiedliche Stärken und Schwächen auf. Gemein-
304 sam ist allen Revieren aber eine geringere Bedeutung der höher entlohnten Finanz- und Versicherungs-
305 dienstleistungen sowie der Dienstleistungen rund um Information und Kommunikation.¹⁶

306 **Beschäftigungssituation in den Revieren**

307 Die Kommission hat sich intensiv und wiederholt mit der Arbeitsmarktlage in den Revieren befasst. Insbe-
308 sondere die Arbeitslosigkeit, die Verfügbarkeit von Fachkräften und die Rolle der Braunkohlewirtschaft als
309 regionaler Arbeitgeber waren für sie von großer Bedeutung.

310 Positiv ist, dass vor dem Hintergrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre aber gerade
311 auch aufgrund des mit der Alterung einhergehenden deutlichen Rückgangs des Erwerbspersonenpotentials
312 die Arbeitslosigkeit in den Braunkohlerevieren deutlich zurückgegangen ist. Dabei stellt das rückläufige
313 Erwerbspersonenpotential gleichzeitig ein Wachstumshemmnis dar. Die Aussagekraft der Arbeitslosenquote
314 ist vor diesem Hintergrund nur begrenzt.

315 Die Braunkohlewirtschaft hat eine herausgehobene Rolle als Arbeitgeber in den Revieren. So sind im Lau-
316 sitzer Revier im Wirtschaftszweig „Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Energiewirtschaft“, zu wel-
317 chem die Braunkohlewirtschaft gezählt wird, gegenüber dem Bundesdurchschnitt mehr als doppelt so
318 viele Menschen beschäftigt. Aktuell gibt es in allen vier Revieren zusammen rd. 20.000 direkt Beschäftig-
319 te.¹⁷ Überwiegend handelt es sich dabei um Arbeitsplätze mit hohem Qualifikationsniveau. Die Entlohnung

¹⁶ Siehe RWI Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung 2018a: Erarbeitung aktueller vergleichender Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen; Projektbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

¹⁷ Nach den letzten veröffentlichten Zahlen der Statistik der Kohlewirtschaft e.V. waren zum Ende des ersten Halbjahres 2018 exakt 20.751 Menschen in der Braunkohlewirtschaft beschäftigt. Hierzu gehören 991 Auszubildende. Hinzugerechnet werden hier auch die Beschäftigten der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV). Diese Mitarbeiter sind vor allem mit Arbeiten der Rekultivierung ehemaliger Braunkohlegebiete befasst. Aktuell arbeiten rd. 730 Mitarbeiter und Auszubildende bei der LMBV.

Zur Beschäftigungssituation in der Braunkohlewirtschaft hat die Kommission die Braunkohleunternehmen selber angehört sowie das RWI-Leibniz-Institut mit einer Abschätzung beauftragt (Anhörung der vier Braunkohleunternehmen LEAG, MIBRAG und RWE am 29.08.2018 sowie RWI 2018a. Die vom RWI ermittelten Zahlen basieren ebenfalls auf Angaben Statistik der Kohlewirtschaft e.V.

320 ist in Relation zu den weiteren Beschäftigten in der Region sowie zu den meisten anderen Branchen deut-
321 lich überdurchschnittlich.

322 Der Anteil der im Braunkohlesektor direkt Beschäftigten an den insgesamt sozialversicherungspflichtig Be-
323 schäftigten liegt im Lausitzer Revier bei ca. 2,0% und im Rheinischen Revier bei 1,2%. In den beiden ande-
324 ren Revieren lag der Anteil mit 0,3% (Mitteldeutsches Revier) bzw. 0,1 % (Helmstädter Revier) deutlich
325 niedriger.¹⁸

326 Aufgrund der Verbindungen zur Vorleistungs-, Konsum- und Investitionsgüterindustrie sowie weiterer
327 Kaufkrafteffekte geht die Kommission davon aus, dass von jedem direkten Arbeitsplatz in der Braunkohle-
328 wirtschaft je ein weiterer indirekter oder induzierter Arbeitsplatz direkt im Revier und ein weiterer außer-
329 halb der engeren geographischen Abgrenzung abhängt. Insgesamt ist daher von rd. 60.000 Arbeitsplätzen
330 auszugehen, die im Zusammenhang mit der Braunkohlewirtschaft stehen.

331 Die Fachkräftesituation in den Revieren ist ambivalent. Die Zahl der MINT-Angestellten, d.h. die Zahl der-
332 jenigen, die in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik beschäftigt sind,
333 liegt in den Revieren meist im bundesdeutschen Durchschnitt oder sogar darüber.¹⁹ Hierzu trägt insbeson-
334 dere die Energiewirtschaft mit ihrem relativ hohen Anteil an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern bei.

335 Der Kommission ist bewusst, dass insbesondere im Lausitzer Revier und zum Teil im Mitteldeutschen Revier
336 viele dieser MINT-Beschäftigten in den nächsten Jahren aus dem Berufsleben ausscheiden werden. Die
337 Unternehmen der Braunkohlewirtschaft haben in ihrer Anhörung durch die Kommission klar zum Ausdruck
338 gebracht, dass freiwerdende Stellen in ihren Unternehmen kontinuierlich nachbesetzt werden müssen, um
339 den laufenden Betrieb aufrecht zu erhalten. Unter anderem aus diesem Grund investieren die Unterneh-
340 men der Braunkohlewirtschaft auch erheblich in die Ausbildung junger Leute. Sie sind somit ein wichtiger
341 Anker für junge Menschen, die in den Revieren eine Ausbildungsstelle suchen, und spielen eine wichtige
342 Rolle für die Bereitstellung überbetrieblicher Einrichtungen des dualen Systems. In der Aufrechterhaltung
343 des Stamms an Facharbeitern in der Region (vorhandenes Personal, Weiterführung der Ausbildung ggf. be-
344 reits heute mit neuen Schwerpunkten) liegt angesichts des deutschlandweiten Fachkräftemangels ein kaum
345 zu unterschätzender Standortvorteil.

346 Die Kommission hat in den Anhörungen zur Kenntnis genommen, dass die sozialversicherungspflichtige
347 Beschäftigung in allen Revieren in den vergangenen Jahren gestiegen ist und neue Beschäftigungsmöglich-
348 keiten außerhalb der Braunkohlewirtschaft entstanden sind. Ein hohes Beschäftigungswachstum ist vor
349 allem im Dienstleistungsbereich zu beobachten. Aber auch in bestimmten Bereichen des Verarbeitenden
350 Gewerbes steigt die Zahl der Beschäftigten in den Revieren.

351 **Beitrag zum Steueraufkommen**

352 Eine weitere wichtige Größe für die Abschätzung der strukturpolitischen Ausgangslage ist der Anteil des
353 Braunkohlesektors zum Steueraufkommen. Hierfür stützt sich die Kommission auf eine unabhängige wis-
354 senschaftliche Erhebung.²⁰

355 Der Anteil des Braunkohlesektors am kommunalen Einkommensteueraufkommen bestätigt die grundle-
356 genden Befunde zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Braunkohle. Einschließlich der indirekten und
357 induzierten Beschäftigung wird das den Kommunen in den jeweiligen Revieren zukommende Volumen der

¹⁸ RWI 2018a.

¹⁹ Die einzige Ausnahme hier ist das Mitteldeutsche Revier.

²⁰ Vgl. Fußnote 17.

358 Einkommensteuer aus der Braunkohlewirtschaft 2016 auf 12 Mio. Euro in der Lausitz, 19 Mio. im Rheinischen Revier und 3 Mio. Euro im Mitteldeutschen Revier geschätzt. Der Anteil am gesamten Einkommensteueraufkommen in den Revieren liegt bei 0,7% (Mitteldeutsches Revier), 2,0% (Rheinisches Revier) beziehungsweise 4,6% (Lausitzer Revier).

362 Ebenso muss der Landesanteil am Einkommensteueraufkommen berücksichtigt werden (42,5%), da über den Landeshaushalt ebenfalls Investitions- und Fördermaßnahmen in der Region finanziert werden. Somit trägt beispielsweise die LEAG im Lausitzer Revier mit 96 Mio. Euro zum Steueraufkommen bei. Gleiches gilt für MIBRAG im Mitteldeutschen und RWE im Rheinischen Revier entsprechend.

366 Die Kommission hat zur Kenntnis genommen, dass sich mit Blick auf das Gewerbesteuererwerb in den verschiedenen Revieren ein unterschiedliches Bild ergibt. Eine besonders herausfordernde Situation ergibt sich hier mit Blick auf das Lausitzer Braunkohlerevier, in dem die Kommunen mit erheblichen Steuerrückforderungen des vormaligen Eigentümers Vattenfall konfrontiert sind.

370 Die teilweise komplizierte Situation der Kommunen im Bereich des Steueraufkommens bedarf nach Auffassung der Kommission einer besonderen Aufmerksamkeit mit Blick auf die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Fördermitteln etc.

373 Innovationskraft der Reviere

374 Die Kommission hat außerdem die Innovationskraft der Reviere betrachtet. Hierbei handelt es sich um einen wichtigen Treiber für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Die Innovationskraft wird üblicherweise geschätzt anhand von indirekten Größen wie z.B. der Zahl der Patentanmeldungen oder der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung (FuE-Beschäftigte).

378 Wie bei vielen anderen Indikatoren zeigen sich auch hier deutliche Unterschiede zwischen den Revieren. So liegt das Helmstedter Revier nach den üblichen Kennziffern deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Das Rheinische Revier liegt leicht darunter. Besonders schwach ist die Innovationskraft im Lausitzer Revier und im Mitteldeutschen Revier ausgeprägt. So beträgt beispielsweise der Anteil der FuE-Beschäftigten an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier nur ca. 0,33%. Der Bundesdurchschnitt liegt hier bei 1,32%. Auch die Zahl der durchschnittlich angemeldeten Patente ist in den ostdeutschen Revieren deutlich geringer als in den westdeutschen.

385 Dies liegt auch daran, dass die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten hauptsächlich in den Konzernzentralen durchgeführt werden und diese in Ostdeutschland kaum vorhanden sind. Die nach der Wiedervereinigung privatisierten Unternehmen verzichteten vielfach aus Kostengründen auf eigene FuE-Abteilungen und entwickelten sich zu „verlängerten Werkbänken“.²¹ Die wenigen Konzernzentralen in Ostdeutschland gehören traditionell zur (fossilen) Energiewirtschaft, zur energieintensiven sowie zur optischen Industrie. Daher muss für die Steigerung der Innovationstätigkeit gerade in Ostdeutschland das endogene Potenzial berücksichtigt und mit neuen Fördermechanismen unterstützt werden.

392 Auch bei der Gründungstätigkeit, einem weiteren Maßstab für die Innovationskraft, zeigt sich ein deutliches Gefälle zwischen den Revieren. Im Rheinischen Revier liegt die Zahl der Gründungen pro 10.000 Erwerbsfähige nur knapp unter dem bundesweiten Durchschnitt, bei so genannten High-Tech-Gründungen im produzierenden Gewerbe oder im Dienstleistungssektor (z.B. neue Software-Entwicklungen) verschwindet der Abstand sogar ganz. Hingegen finden im Mitteldeutschen Revier und noch einmal besonders im

²¹ U. Blum, U. Ludwig, C. Lang, P. Marek: Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland: Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Halle 2011

397 Lausitzer Revier wesentlich weniger Gründungen statt als im Rest der Republik. So liegen vier der sieben
398 Landkreise und kreisfreien Städte im Lausitzer Revier im unteren Viertel der Gründungstätigkeit in Deutsch-
399 land. Im Mitteldeutschen Revier gilt dies flächendeckend mit Ausnahme von Leipzig.²²

400 Aus Sicht der Kommission sind die Gründe hierfür vielschichtig. Vor allem in der Lausitz spielt die kleinbe-
401 triebliche Struktur der Wirtschaft eine Rolle.²³ Auch die relativ geringe Dichte von Universitäten und ande-
402 ren öffentlichen Forschungseinrichtungen in den ostdeutschen Revieren im Vergleich zu den westdeut-
403 schen mag eine Ursache sein. Dazu passt, dass es, dort wo die Bedingungen stimmen, auch innerhalb der
404 Lausitz Orte wie Görlitz mit deutlich überdurchschnittlicher Gründungstätigkeit gibt. Konkret gilt das für die
405 Stadt Cottbus, welche mit der BTU Cottbus-Senftenberg über eine tiefe und breit gefächerte Forschungsinf-
406 rastruktur verfügt.

407 Demographische Entwicklung der Reviere

408 Legt man die aktuellen Trends zu Grunde, wird die demographische Entwicklung in den beiden westdeut-
409 schen Revieren bis 2035 in etwa der von Deutschland insgesamt folgen. Umgekehrt schlägt der demogra-
410 phische Wandel stärker auf das Mitteldeutsche Revier und besonders das Lausitzer Revier durch. Es ist
411 damit zu rechnen, dass in den nächsten ca. zwanzig Jahren die Zahl der Menschen, die in den beiden ost-
412 deutschen Revieren leben, weiter schrumpfen wird. Gleichzeitig findet eine deutliche Alterung der Gesell-
413 schaft statt. Die Kommission geht davon aus, dass bis 2035 der Anteil der über 60jährigen an der Gesamt-
414 bevölkerung in der Lausitz etwa 45% betragen wird. Zum Vergleich: In Gesamtdeutschland wird der Anteil
415 dieser Gruppe in 2035 auf ca. 36% geschätzt.²⁴

416 Da insbesondere die Gruppe der 20-60jährigen besonders aktiv am Arbeitsleben teilnimmt, erschwert der
417 demographische Wandel den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier und besonders im Lausitzer Re-
418 vier. Aus Sicht der Kommission ist daher entscheidend, vor allem junge Menschen zu halten, zurück zu ge-
419 winnen oder neu für die Region zu begeistern. Erfolgsbestimmend hierfür ist eine leistungsfähige Bildungs-
420 infrastruktur mit guten Ausbildungschancen und -bedingungen im dualen wie im akademischen Bereich
421 sowie attraktive Zukunftsperspektiven in den Revieren, die aufzuzeigen oder neu zu schaffen sind.

422 Kritische Auswirkungen des demographischen Wandels werden für den stark ländlich geprägten Raum wie
423 folgt gesehen: Alterung der Gesellschaft, fehlende Versorgung in kleineren Ortsteilen, Ungleichgewicht bei
424 der Verfügbarkeit von Mobilitäts-, Versorgungs-, Kultur- und Freizeitangeboten, Ausweisungen neuer
425 Wohnbauflächen nicht ausreichend an Bedarf orientiert, Überkapazitäten im Bereich der Versorgungsinfra-
426 strukturen (Wasser, Abwasser, Wärme), Mangel an Möglichkeiten für die Nachnutzung leerstehender Ge-
427 bäude, Gefahr von sterbenden Dörfern, Identitätsverlust sozialer Gefüge, Reduzierung auf Wohnstandorte,
428 starke Pendlerbeziehungen, Gefahr einer Bevölkerungs-Abwanderung, Zersiedelung.²⁵

429 Zentralisierungsgrade der Reviere

430 Aus Sicht der Kommission sind die Lage und die Siedlungsstruktur einer Region wichtige Rahmenbedingun-
431 gen für deren wirtschaftliche Entwicklung. In dünn besiedelten Regionen mit einer kleinteiligen Wirt-
432 schaftsstruktur stellt der Strukturwandel grundsätzlich eine größere Herausforderung dar als für urban
433 geprägte. Die Ursachen sind vielfältig: Positive Wachstumsfaktoren wie die Anbindung an überregionale

²² Vgl. Institut für Mittelstandsforschung: Regionales Gründungsgeschehen auf Basis des NUI-Indikators. www.ifm-bonn.org.

²³ Vergleiche beispielsweise die Anhörung der Innovationsregion Lausitz GmbH am 18.09.2018.

²⁴ Vergleiche auch RWI 2018a.

²⁵ https://www.indeland.de/assets/userfiles/Downloads/1-2015-03-23_Masterplan-indeland.pdf.

434 Märkte, ein breit gefächertes Fachkräfteangebot, die Vernetzung prägender Unternehmen oder zum Bei-
435 spiel eine internationale Anbindung sind in diesen Regionen weniger stark ausgeprägt.

436 Die Reviere haben hier sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen. So sind die beiden ostdeutschen Regi-
437 onen flächenmäßig größer, weitestgehend ländlich geprägt und zum überwiegenden Teil peripher gelegen.
438 Dem gegenüber sind das Rheinische Revier und das Helmstedter Revier stark eingebunden in die sie umge-
439 benden Ballungsräume:²⁶

- 440 • **Lausitzer Revier** (sechs Kreise und die Stadt Cottbus): Alle Kreise der Region einschließlich
441 der Stadt Cottbus als Oberzentrum werden von den Gutachtern als ländlich klassifiziert. Le-
442 diglich der nördliche Teil des Kreises Dahme-Spreewald profitiert von der Nähe zu Berlin.
- 443 • **Rheinisches Revier** (fünf Kreise, Städteregion Aachen, Stadt Mönchengladbach): Die Braun-
444 kohletagebaue liegen, wie in den anderen Revieren auch, im ländlichen Raum. Die sie um-
445 gebenden Kreise werden jedoch alle als sehr zentral und städtisch eingestuft. Zu nennen
446 sind die Städteregion Aachen und Mönchengladbach als Oberzentren innerhalb der Region,
447 zudem besteht eine Nähe zu Düsseldorf und Köln und anderen Oberzentren des Rhein-
448 lands.
- 449 • **Mitteldeutsches Revier** (sieben Kreise, Städte Leipzig und Halle): Das Mitteldeutsche Revier
450 zeichnet sich durch meist ländliche Kreise aus, die peripher gelegen sind. Es umfasst mit
451 Leipzig jedoch auch eine Großstadt und mit Halle ein weiteres Oberzentrum.
- 452 • **Helmstedter Revier** (zwei Kreise, Städte Braunschweig und Wolfsburg): Das Helmstedter
453 Revier ist die kleinste der vier Regionen. Mit Ausnahme des Kreises Helmstedt befindet es
454 sich in einer städtisch geprägten Region, die zentral gelegen ist. Wolfsburg und Braun-
455 schweig sind Oberzentren in der Region.

456

457 **Infrastrukturausstattung der Reviere (Straßen und Schienen, digitale Infrastruktur, energiewirtschaftliche** 458 **Infrastruktur)**

459 Ein angebotsorientierter Neu- und Ausbau der Straßen- und Schieneninfrastruktur, verbunden mit entspre-
460 chenden Mobilitätskonzepten (z. B. gut abgestimmte Taktungen, umweltfreundliche Verkehrsträger) ist vor
461 allem in den ländlich geprägten Revierräumen eine grundlegende Rahmenbedingung für eine erfolgreiche
462 Strukturentwicklung. Optimale Erreichbarkeiten innerhalb der Reviere (Nahverkehr), aber auch die überre-
463 gionale Anbindung der Reviere an umliegende Ballungsräume (Fernverkehr) sind entscheidend für die
464 Fachkräftegewinnung oder Anreize für Wirtschaftsansiedlungen sowie die generelle Lebensqualität der
465 Menschen vor Ort. Durch eine bessere Anbindung kann die Attraktivität einer Region erhöht werden, durch
466 die Verknüpfung mit regionalen Wachstumskernen können Wachstumsimpulse auf die Reviere ausstrahlen.
467 Durch eine passgenaue Einbindung von Regionen in Verkehrsnetze können diese Regionen zudem in über-
468 regionale Wertschöpfungsketten eingebunden werden.²⁷

469 Die Zukunft ist digital – in der Wirtschaft und Industrie, in der Mobilität, in der Verwaltung sowie auch im
470 Bildungswesen und Privatleben. Dafür ist die digitale Infrastruktur von zentraler Bedeutung. Je höher deren
471 Qualität bzw. Leistungsfähigkeit ist, desto größer sind die Chancen für die Reviere, wirtschaftliche Potenzia-
472 le zu erschließen. Flächendeckende Breitbandabdeckung ist ein wesentlicher Standortfaktor. Auch nach
473 Abschluss der laufenden Förderprojekte werden Gebiete verbleiben, die zwar mit mindestens 30 Mbit/s,

²⁶ Für eine Übersicht siehe auch RWI 2018a.

²⁷ Vergleiche hierzu beispielsweise die Anhörung des Sachverständigen Prof. Gerhard Untiedt am 18.09.2018.

474 jedoch keiner gigabitfähigen Infrastruktur versorgt sind. Der Zugang zu hochleistungsfähiger digitaler Infra-
475 struktur bietet Chancen und Entwicklungspotenzial. Hier wird der Ausbau der Breitbandnetze auf Glasfa-
476 serbasis und die Ertüchtigung der Mobilfunknetze entscheidend sein.

477 Die Reviere haben als Standorte von Tagebauen und Kraftwerken eine im besonderen Maße ausgebaute
478 und auf den Sektor „Energie“ zugeschnittene Infrastrukturausstattung, die auch für die künftige Entwick-
479 lung moderner, intelligenter und nachhaltiger Energieerzeugungsanlagen und Energietechnologien An-
480 knüpfungspunkte bietet.²⁸

481 Insbesondere die Standorte von Kohlekraftwerken haben, unter anderem wegen der auf sie ausgerichte-
482 ten Netzinfrastruktur, einen hohen energiewirtschaftlichen Wert. Gleichzeitig werden die Kraftwerke mit
483 Personal betrieben, das hohe Kompetenzen beim Betrieb von energietechnischen Anlagen und Prozessen
484 hat. Die im Rahmen der Reduktion der Kohleverstromung notwendige Umgestaltung des Kraftwerksparks
485 bietet auch Chancen. Einerseits können die regionalen Potentiale und teilweise sogar wesentliche Kompo-
486 nenten der Bestandsanlagen weiter genutzt werden. Andererseits können Energiewende-Technologien
487 erstmals großtechnisch eingesetzt werden. Die Regionen werden zu Vorreitern. Über die strukturpolitische
488 Betrachtung hinaus liegt hier auch die Chance einer Signalwirkung. Andere Standorte und Regionen, die
489 zukünftig vom Umbau der Stromerzeugung betroffen sein werden, können hiervon profitieren und bieten
490 damit zukünftig auch Exportpotential für die deutschen Hersteller solcher Technologien.

491 **Betroffene von Tagebauumsiedlungen und Tagebaurandgemeinden**

492 In allen Revieren hat die Kommission Menschen aus den Tagebauregionen angehört, die ihre Betroffenheit
493 zum Ausdruck gebracht haben. Dabei gab es sowohl Familien, die ihre Heimat auf keinen Fall verlassen
494 wollen, als auch solche, die in neu gegründete Orte umgezogen sind.

495 Braunkohletagebaue sind der größte Eingriff in die Landschaft Deutschlands. Sie zwingen Menschen dazu,
496 ihre Heimat aufzugeben und ihre Häuser zu räumen, die oft schon seit Jahrhunderten im Eigentum der
497 Familien sind. Damit beeinträchtigen Tagebaue sehr stark die wirtschaftliche und soziale Struktur der Dör-
498 fer. Nur ein Teil der Bevölkerung geht mit an die Umsiedlungsstandorte. Die Landwirte, viele Handwerker
499 und Läden verlassen die Dorfgemeinschaft, oft schon Jahre vor der endgültigen Umsiedlung. Ein Teil der
500 ortsansässigen Unternehmen sieht sich durch drohende Umsiedlung in seiner Existenz bedroht.

501 Im Rheinischen Revier wurden mehr als 45.000 Menschen umgesiedelt, im Lausitzer Revier mehr als
502 25.000. Dies belastet insbesondere die Minderheit der Sorben und Wenden im Lausitzer Revier in ihrem
503 Bestreben, ihre Kultur und Identität zu erhalten.

504 Tagebaurandkommunen leiden unter dem Wegfall von Wegeverbindungen und wirtschaftlichen Bezügen in
505 die Nachbarkommunen. Sie werden über Jahrzehnte direkt beeinträchtigt, etwa durch Lärm und Staub aus
506 dem Tagebaubetrieb, aber auch durch den Verlust der Naherholungsmöglichkeiten in der Natur und des
507 Landschaftsbildes. Dies macht diese Kommunen wenig attraktiv als Wohnort für Neubürger oder als An-
508 siedlungsstandort für Unternehmen. Erst weit in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts werden die Seen
509 aus den jetzigen Großtagebauen wie Garzweiler, Inden, Hambach, Nochten und Welzow-Süd fertiggestellt
510 sein.

511 Deswegen sieht es die Kommission als besondere Aufgabe an, gerade zur Verbesserung der Lebensbedin-
512 gungen der Kommunen in der Tagebaurandlage beizutragen. Der Ausbau des schnellen Internet, die er-

²⁸ Bisläng noch unveröffentlichtes Gutachten von IFOK et al 2018: Erneuerbare Energien-Vorhaben in den Tagebauregionen – Ein Beitrag für den Strukturwandel?

513 leichterte Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten, eine gute Verkehrsanbindung und auch die Mi-
514 nimierung der Auswirkungen der laufenden Tagebaubetriebe auf diese Kommunen sind aus Sicht der
515 Kommission vordringliche Aufgaben.

516 **Kulturelle Prägung der Reviere**

517 Neben anderen regionalen Besonderheiten prägt die Braunkohleförderung die Regionen seit Jahrzehnten
518 auch kulturell und identitätsstiftend. Dies schlägt sich nieder im Vereinsleben, dem lokalen Brauchtum und
519 zahlreichen weiteren Facetten des gesellschaftlichen Lebens. Dabei leisten die Unternehmen der Braunkoh-
520 lewirtschaft durch Spenden und Sponsoring einen Beitrag dazu, die Region für ihre Bewohnerinnen und
521 Bewohner attraktiv zu machen.

522

523 **3.5. Rechtliche Rahmenbedingungen Strukturpolitik**

524 **Finanzverfassungs- und beihilferechtliche Rahmenbedingungen**

525 Für die Förderung strukturschwacher Regionen gelten in Deutschland besondere verfassungsrechtliche
526 Rahmenbedingungen.

527 Zur Unterstützung des Strukturwandels ist der Bund grundsätzlich durch die Grundgesetzartikel 91a und
528 104b ermächtigt. Auf Grundlage des Artikel 91a GG beteiligt sich der Bund an den Gemeinschaftsaufgaben
529 „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und „Verbesserung der Agrarstruktur und Küs-
530 tenschutz“ (GAK). Dabei ist die GRW das zentrale Instrument der nationalen Regionalpolitik. Ziel ist es, über
531 die Stärkung der regionalen Investitionstätigkeit dauerhaft wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der Region
532 zu schaffen und zu sichern. Strukturschwache Regionen werden so gezielt aktiviert statt alimentiert.

533 Daneben ist der Bund durch Artikel 104b GG ermächtigt, Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investiti-
534 onen der Länder und Gemeinden bzw. Gemeindeverbände zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschafts-
535 kraft im Bundesgebiet oder zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums zu leisten. Die Gewährung die-
536 ser Finanzhilfen setzt jedoch unter anderem voraus, dass eine entsprechende Gesetzgebungskompetenz
537 des Bundes für den Verwendungszweck vorliegt. Finanzhilfen des Bundes für Bereiche, die in der aus-
538 schließlichen Gesetzgebungskompetenz der Länder liegen, sind in der Regel unzulässig.

539 **Beihilferechtliche Rahmenbedingungen innerhalb der Europäischen Union**

540 Im Rahmen der GRW werden die Arbeitsmarktregionen Deutschlands nach ihrer wirtschaftlichen Leistungs-
541 fähigkeit abgegrenzt. Ausgangspunkt der Förderung der gewerblichen Wirtschaft in strukturschwachen
542 Regionen ist das über die EU-Regionalleitlinien beihilferechtlich definierte Regionalfördergebiet. Europa-
543 weit wird in den Mitgliedsstaaten zwischen sogenannten A-, C- und D- Fördergebieten unterschieden, in
544 denen Interventionen zu Gunsten der Wirtschaft möglich sind. Deutschland verfügt seit 2014 nicht mehr
545 über Höchstfördergebiete (A-Gebiete). Über den vorgegebenen C-Bevölkerungspflafond hinaus wurde in
546 der GRW mit den D-Gebieten eine weitere Fördergebietskulisse eingeführt. Die Förderung der gewerbli-
547 chen Wirtschaft in diesen Gebieten unterliegt horizontalen beihilferechtlichen Vorgaben.

548

549 Für Deutschland gelten derzeit folgende Höchstfördersätze:

Fördergebiet	Höchstfördersatz
	1.1.2018 bis 31.12.2020 (kleine/ mittlere/ große Unternehmen)
Prädefinierte und nicht prädefinierte C-Fördergebiete	30%/ 20%/ 10%
Prädefinierte C-Fördergebiete mit Grenzüberschlag (Gebiete, die an A-Fördergebiet angrenzen, Förderabstand zwischen diesen Gebieten darf nicht mehr als 15% betragen)	40%/ 30%/ 20%
D-Fördergebiete	20 % / 10% / bis zu 200.000 Euro

550 Besondere Regelungen bestehen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bzw. für Investitionsbeihilfen
551 für lokale Infrastrukturen.

552

553 Beihilfen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben:

Bereiche	Große Unternehmen	Mittlere Unternehmen	Kleine Unternehmen
Grundlagenforschung	100%	100%	100%
Industrielle Forschung	65%	75%	80%
Experimentelle Entwicklung	40%	50%	60%
Durchführbarkeitsstudien	50%	60%	70%

554 Im Falle der Investitionsbeihilfen für lokale Infrastrukturen darf der Beihilfebetrag nicht höher sein als die
555 Differenz zwischen den beihilfefähigen Kosten und dem Betriebsgewinn der Investition. Der Betriebsge-
556 winn wird vorab, auf der Grundlage realistischer Projektionen oder über einen Rückforderungsmechanis-
557 mus von den beihilfefähigen Kosten abgezogen.

558 Die wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen schränken somit die Fördermöglichkeiten in Abhängig-
559 keit des Gebietsstatus ein.

560 Die ostdeutschen Braunkohleregionen (Lausitz und Mitteldeutschland) zählen in Deutschland noch immer
561 zu den strukturschwächsten Regionen (C-Gebiete) mit den höchsten Förderintensitäten. Bei den westdeut-
562 schen Braunkohleregionen (Rheinisches Revier und Helmstedter Revier) handelt es sich überwiegend um
563 nicht strukturschwache Regionen im Sinne der Gemeinschaftsaufgabe bzw. der EU-Regionalleitlinien.²⁹
564 Lediglich der Kreis Helmstedt und die Stadt Mönchengladbach sind als strukturschwach eingeordnet (C-
565 Gebiete). Somit sind die Ausgangslagen für regionalpolitische Interventionen zu Gunsten der Braunkohlere-

²⁹ Als D-Gebiete sind der Kreis Heinsberg und die Städteregion Aachen ausgewiesen

566 gionen verschieden, entsprechend sind die Interventionsmöglichkeiten und Förderintensitäten unter-
567 schiedlich.

568 Die derzeitigen Beihilferegelungen laufen Ende 2020 aus. Die zukünftige Ausgestaltung der Beihilferegelun-
569 gen ab 2021 ist noch unklar. Es ist demnach noch offen, in welchen Beihilfestatus die Reviere bzw. einzelne
570 Branchen (stromintensive Industrien, KWK-Anlagen etc.) künftig fallen werden. Die Bundesregierung hat
571 dies bei ihren Gesprächen mit den europäischen Institutionen zu berücksichtigen.

572 Bei der auf europäischer Ebene neu festzulegenden Fördergebietskulisse hält es die Kommission für erfor-
573 derlich, dass der bevorstehende Strukturwandel schon für die kommende Förderperiode berücksichtigt
574 wird.

575	4. Maßnahmen im Energiesektor für Klimaschutz und Sozialverträglichkeit
576	4.1. Vorgehen, um die Lücke zur Erreichung des 2020-Ziels so weit wie möglich zu reduzieren (Handlungsoptionen, zentrale und begleitende Maßnahmen, Instrumentenmix)
577	
578	4.1.1. Begründung und Auswirkungen hinsichtlich
579	• Beitrag zum Klimaschutz
580	• Energiemarkt und Strompreise für Industrie, gewerbliche Wirtschaft und private Endverbraucher
581	
582	• Versorgungssicherheit
583	• Wertschöpfung und Beschäftigung
584	• Rechtliche Umsetzbarkeit
585	• Berücksichtigung des Tagebaubetriebs und sichere Nachsorge der Tagebaue
586	4.2. Maßnahmen zur zuverlässigen Erreichung des 2030er-Ziels
587	4.2.1. Begründung und Auswirkungen hinsichtlich
588	• Beitrag zum Klimaschutz
589	• Energiemarkt und Strompreise für Industrie, gewerbliche Wirtschaft und private Endverbraucher
590	
591	• Versorgungssicherheit
592	• Wertschöpfung und Beschäftigung
593	• Rechtliche Umsetzbarkeit
594	• Berücksichtigung des Tagebaubetriebes und sichere Nachsorge der Tagebaue
595	4.3. Abschlussdatum für die Kohleverstromung
596	4.3.1. Begründung und Auswirkungen hinsichtlich
597	• Beitrag zum Klimaschutz
598	• Energiemarkt und Strompreise für Industrie, gewerbliche Wirtschaft und private Endverbraucher
599	
600	• Versorgungssicherheit
601	• Wertschöpfung und Beschäftigung
602	• Rechtliche Umsetzbarkeit
603	• Berücksichtigung des Tagebaubetriebes und sichere Nachsorge der Tagebaue
604	
605	

606 **5. Perspektiven für bestehende, neue und zukunftssichere Arbeitsplätze**

607 **5.1. Auswirkungen, strukturpolitische Effekte und Zukunftsvisionen für die Reviere**

608 Regionale Strukturentwicklung bedeutet, neue Perspektiven für die Regionen auf Basis ihrer Stärken zu
609 entwickeln und frühzeitig mit Hilfe konkreter Maßnahmen umzusetzen. Denn das vorgezogene Ende der
610 Nutzung der Braunkohle hat erhebliche Auswirkungen auf die Regionen. Sie stehen vor der Herausfor-
611 derung, die langfristig ohnehin notwendige Strukturentwicklung früher anzugehen, als dies auf Basis der
612 Revierpläne zu erwarten wäre.

613 Eine Grundvoraussetzung für gelingenden Strukturwandel ist ein eigenständiges, fortschreibungsfähiges
614 und evaluierbares regionales Entwicklungskonzept, das das jeweilige Revier ganzheitlich und in seinen
615 Wechselwirkungen mit der umgebenden Region zukunftsfest aufstellt.

616 Die Kommission hat sich bei Anhörungen in den Revieren ein Bild vor Ort gemacht, vor welchen Heraus-
617 forderungen die Regionen bereits jetzt stehen und welche Auswirkungen der vorgezogene Ausstieg aus
618 der Kohleverstromung in den Regionen haben kann. Darüber hinaus hat sich die Kommission darüber
619 informiert, welche Potenziale in den Regionen bestehen, um mit diesen Herausforderungen erfolgreich
620 umzugehen und die Chancen des Strukturwandels für sich zu nutzen. Sie ist zu ersten Einschätzungen
621 gelangt, die insbesondere im Abschlussbericht noch weiter zu konkretisieren sind.

622 Deutschland hat mit der Bewältigung des Strukturwandels im Kohlebergbau bereits umfassend Erfah-
623 rung gesammelt. Die Erfahrungen in den ostdeutschen Revieren sind vor allem vom teilweisen Zusam-
624 menbruch der Braunkohleindustrie in den Jahren nach der Wiedervereinigung geprägt. Auch in West-
625 deutschland bestehen Erfahrungen mit Strukturbrüchen (siehe Ruhrgebiet). Erklärtes Ziel der Kommissi-
626 on ist es deshalb, aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu lernen und Strukturentwicklung frühzeitig,
627 schrittweise und planbarer zu gestalten. Nur so können Strukturbrüche in den Regionen vermieden
628 werden.

629 Obwohl die Ausgangslage in den Regionen jeweils unterschiedlich ist, starten die Regionen nicht bei null.
630 Denn der Wandel hat bereits begonnen und die Regionen der Braunkohlereviere sind dabei, sich aktiv
631 auf die Zeit nach der Braunkohleverstromung einzustellen. Die Regionen verfügen über vielfältige Po-
632 tenziale, die es zu heben gilt. Zahlreiche Akteure haben Vorstellungen für ihre Regionen, denn sie wollen
633 sie zukunftsfest, wirtschaftlich stark, attraktiv und lebenswert machen. Diese vorhandenen Potentiale
634 bilden eine wichtige Basis, den anstehenden Wandel erfolgreich zu bewältigen.

635

636 **5.1.1. Helmstedter Revier**

637 Im Helmstedter Revier hat die Braunkohleindustrie heute nur noch geringe Bedeutung. Im August 2016
638 ist der Braunkohletagebau mit der Stilllegung des Tagebaus Schöningen beendet worden. Das Kraftwerk
639 Buschhaus wurde 2016 in die Sicherheitsbereitschaft überführt. Weitere Braunkohlekraftwerke o-
640 der -tagebaue sind nicht in Betrieb. Vor diesem Hintergrund ist von rund 200 direkt Beschäftigten aus-
641 zugehen. Damit verbunden sind weitere 400 indirekt oder induzierte Beschäftigte innerhalb oder außer-
642 halb der hier vorgenommenen Revierabgrenzung.³⁰

643 Die regionalen Oberzentren und die Automobilindustrie bilden derzeit eine stabile Basis für die wirt-
644 schaftliche Entwicklung dieses kleinsten der deutschen Braunkohlereviere. Die Herausforderungen be-
645 stehen darüber hinaus darin, eigene Wachstums- und Entwicklungskerne zu schaffen und somit die Ab-
646 hängigkeit von den Industriezentren beispielsweise in Braunschweig und in Wolfsburg zu verringern.

³⁰ Vgl. Ableitung der Beschäftigtenzahlen in Kap. 3.4.

647 Das Revier hat vor kurzem das Helmstedter Regionalmanagement gegründet, welches die Rolle einer
648 zentralen Koordinierungsstelle für die Gestaltung des Strukturwandels übernehmen soll. Die finanzielle
649 Absicherung des Regionalmanagements ist jedoch noch nur bis 2020 gegeben.

650

651 5.1.2. Lausitzer Revier

652 Der Wirtschaftsstandort Lausitz unterscheidet sich von den anderen Revieren in Nordrhein-Westfalen
653 und Mitteldeutschland insofern, als dass hier von einer historisch gewachsenen besonderen Bedeutung
654 der Braunkohlewirtschaft gesprochen werden kann. Exemplarisch kann hier die Wirtschaftsstruktur des
655 Landkreises Görlitz betrachtet werden, wo im Jahr 2015 946 Mio. Euro oder 16,2% der gesamten Brut-
656 towertschöpfung im Energiesektor erwirtschaftet wurden. Im Bereich des produzierenden Gewerbes
657 (ohne Bauhauptgewerbe) erwirtschaftete der Energiesektor sogar die Hälfte (48,6%) der Wertschöp-
658 fung.³¹ Im nördlich gelegenen Landkreis Spree-Neiße sehen die Zahlen ähnlich aus. Dort macht aufgrund
659 der Bergbau- und Energiewirtschaft das produzierende Gewerbe 68% der gesamten Bruttowertschöp-
660 fung aus.³²

661 Insgesamt erzielte die Braunkohlewirtschaft im Lausitzer Revier in 2016 nach derzeit vorliegenden Be-
662 rechnungen des RWI eine Bruttowertschöpfung von knapp über 1,2 Mrd. Euro, was einem Anteil an
663 Wertschöpfung in der Region von 4,3% entspricht.³³ Die LEAG selber bezifferte ihre jährliche Wertschöp-
664 fung im Lausitzer Revier mit rund 1,4 Mrd. Euro.

665 Zu den gut 8.000 direkt bei der LEAG in der Bergbau- und Energiewirtschaft Beschäftigten kommen nach
666 nachvollziehbaren Schätzungen noch einmal rund 500 Unternehmen mit ca. 16.000 Arbeitnehmern hin-
667 zu, die als Service- und Zuliefererbetriebe unmittelbar und mittelbar von der Kohle- und Energiewirt-
668 schaft abhängen (bei unterschiedlichen Abhängigkeitsgraden und regionaler Verortung innerhalb und
669 außerhalb des Reviers).³⁴ Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass in den letzten Jahren weitere gro-
670 ße industrielle Arbeitgeber in der Region vor großen Schwierigkeiten standen.

671 Die Lausitz ist heute einer der wichtigsten Industriestandorte der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.
672 Die Region hat den Anspruch, ein Industriestandort zu bleiben und dabei eine moderne, attraktive, zu-
673 kunftsgerichtete Wirtschaftsregion aufzubauen.

674 Dazu müssen die erkennbaren Defizite in den Infrastrukturen behoben werden, wie beispielsweise eine
675 lückenhafte Ausstattung mit digitaler Infrastruktur und Defizite in der Verkehrsinfrastruktur (Straße,
676 Schiene und Wasser). Im Fall der Lausitz geht es dabei insbesondere um die dringend notwendige, ver-
677 besserte Anbindung an die umliegenden Metropolräume.

678 Für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sind junge, tatkräftige Fachkräfte notwendig. In der
679 Lausitz muss deshalb der demographischen Entwicklung und dem damit verbundenen rückläufigen Er-
680 werbspersonenpotential entgegengewirkt werden, da der Wettbewerb um hochqualifizierte MINT-
681 Fachkräfte zukünftig ohnehin bundesweit weiter zunehmen wird. Die gut ausgebildeten Fachkräfte aus
682 dem Braunkohlesektor sind daher eine wertvolle Ressource für die zukünftige Strukturentwicklung.

683 Die Steigerung der Innovations- und somit Wettbewerbsfähigkeit in der Lausitz spielt eine zentrale Rolle
684 im Strukturentwicklungsprozess. Anknüpfend an bestehende Kompetenzen und Forschungsprofile gibt
685 es Potentiale für weitere technologieorientierte Ausgründungen. Dabei spielt die Verbesserung der
686 Rahmenbedingungen für Existenzgründungen eine wichtige Rolle. Das bestehende Innovationssystem

³¹ Statistisches Landesamt Sachsen 2017.

³² Landesamt für Bauen und Verkehr Brandenburg.

³³ RWI 2018b.

³⁴ Vgl. Ableitung der Beschäftigtenzahlen in Kap. 3.4.

- 687 der Lausitz soll weiter ausgebaut werden, um Spillover-Effekte zu erzeugen. Weiterhin könnten außer-
 688 universitäre Forschungseinrichtungen der Leibniz- oder der Fraunhofer-Gesellschaft gezielt in der Lausitz
 689 angesiedelt und mit den bestehenden Forschungseinrichtungen verknüpft werden, um Forschungs- und
 690 Entwicklungspotentiale zu heben.
- 691 Bedeutende Branchen in der Lausitz sind neben der Energiewirtschaft im industriellen Bereich die Er-
 692 nährungswirtschaft, die Chemie-, Papier- und Kunststoffindustrie, die Metallerzeugung
 693 und -bearbeitung und das Herstellen von Metallerzeugnissen. Weiterhin sind der Maschinenbau inkl.
 694 Fahrzeugbau/ Fahrzeugteilen und auch das Herstellen elektrischer und optischer Erzeugnisse und Aus-
 695 rüstungen zu nennen. In jüngerer Zeit ist der Tourismus hinzugekommen (Görlitz, Lausitzer Seenland).
 696 Darüber hinaus bestehen im Dienstleistungssektor gute Anknüpfungspunkte im Bereich Logistik und
 697 Mobilität.
- 698 Unter Einbindung der Oberzentren Dresden und Cottbus besteht eine ausgeprägte und in Teilen bereits
 699 heute exzellente universitäre wie außeruniversitäre Forschungslandschaft mit besonderen Entwick-
 700 lungsschwerpunkten bzw. Entwicklungsvoraussetzungen in den Bereichen Energie, Mobilität, Bioöko-
 701 nomie/ Ressourceneffizienz, Gesundheit/ Kultur/ Tourismus und Künstliche Intelligenz.
- 702 Die Lausitz besitzt wichtige Grundlagen, um auch unter veränderten energiepolitischen Rahmenbedin-
 703 gungen weiterhin eine starke Energieregion zu bleiben. Die energiespezifischen Kompetenzen der Regi-
 704 on bieten die Möglichkeit, die europaweit zu beobachtenden Veränderungen der Energiesysteme von
 705 derzeit zentralen zu zukünftig weitgehend dezentralen Strukturen zu begleiten:
- 706 • Die Netzknoten um Jänschwalde, Schwarze Pumpe (und Boxberg) bieten eine gute Voraus-
 707 setzung für eine energetische Nachnutzung, zum Beispiel für den Bau von Gaskraftwerken.
 708 Im Lausitzer Revier gibt es bis 2030 außerdem deutliche Ausbaupotentiale für Wind-
 709 Onshore- und Photovoltaikanlagen sowie so genannte Hybridkraftwerke (kombinierte
 710 Windenergie- und Photovoltaikanlagen am selben Netzanschlusspunkt).
 - 711 • Weiterhin bestehen nennenswerte Potenziale für erneuerbare Power-to-X-Vorhaben auf
 712 Basis Erneuerbarer Energien. Grund dafür sind gute regionale Abnahmepotentiale für Fern-
 713 wärme und Wasserstoff – zum Beispiel durch die Nutzung von Wasserstoff zur Herstellung
 714 von Ammoniak, in Raffinerien (Schwedt) oder als Grundstoff in der chemischen Industrie
 715 (BASF Schwarzheide). Perspektivisch könnte Wasserstoff auch in das dort gut ausgebaute
 716 Erdgasnetz stärker beigemischt werden, da die Trasse der Gasleitung OPAL in der Nähe ver-
 717 läuft.
 - 718 • Im Bereich der Energieforschung ist die BTU Cottbus-Senftenberg mit den Kompetenzen bei
 719 der Spitzentechnologieforschung, Wasserstoff-Forschungszentrum und Hybridkraftwerk,
 720 Forschungen zur Netzintegration (Netzforschungs- und Trainingszentrum, Netzstudien) und
 721 eSolCar (Potenzial von Elektrofahrzeugen zur Energiezwischenlagerung) tätig.
 - 722 • Das Forschungsinstitut für Bergbaufolgelandschaften Finsterwalde e.V. (FIB) entwirft Anpas-
 723 sungsstrategien für Bergbaufolgelandschaften und andere in ihrer Funktion beeinträchtigte
 724 Lebensräume bzw. Ökosysteme (optimierter Energiepflanzenanbau, Auswirkungen des Kli-
 725 mawandels auf Wasser, Boden und Pflanze).
 - 726 • Der Industriepark Schwarze Pumpe zeigt, wie durch gute Kombination von Industrien, durch
 727 eine vorhandene Ansiedlungsstrategie und ein gutes Zusammenwirken der öffentlichen
 728 Verwaltung mit der Wirtschaftsförderung und den Unternehmen Strukturentwicklung gelin-
 729 gen kann.

- 730
- 731
- 732
- Weitere Potentiale könnten in der Übergangsphase bei der Nutzung von Synergieeffekten zwischen der Braunkohlenindustrie und der chemischen Industrie hinsichtlich der stofflichen Nutzung der Braunkohle bestehen.
- 733
- Darüber hinaus ist es für den Strukturwandel zwingend und gleichermaßen eine eigene wirtschaftliche Chance, die Kompetenzen von LEAG und LMBV für ein „Nachhaltiges Post-Mining“ Konzept regional, in der späteren Vermarktung aber auch international verfügbar zu machen.

737 In der Lausitz gibt es zahlreiche Akteure, die ihren Beitrag zur Entwicklung der Region leisten. Für die
 738 erfolgreiche Steuerung des Strukturwandels ist eine länderübergreifende Organisation unter Beteiligung
 739 des Bundes notwendig. Mit der von der Wirtschaft der Lausitz getragenen Innovationsregion Lausitz
 740 GmbH (IRL) und der von der kommunalen Ebene getragenen Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL)
 741 verfügt die Lausitz bereits heute über regionale Strukturen für Akteure der Wirtschaft, an die im Zuge
 742 der weiteren Strukturentwicklung angeknüpft werden kann. Während die IRL seit zwei Jahren Unter-
 743 nehmen darin unterstützt, neue Produkte zu entwickeln und neue Märkte zu erschließen und so unab-
 744 hängiger von Aufträgen der Braunkohleindustrie zu werden, hat die WRL erst im Sommer 2018 ihre Ar-
 745 beitsfähigkeit hergestellt. Unterstützt durch eine gemeinsame Förderung des Bundeswirtschaftsministe-
 746 riums, des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg in Höhe von 7,3 Mio. Euro ist die WRL da-
 747 bei, für die Lausitz einen Leitbildprozess aufzusetzen. Dessen Ergebnisse müssen bei der Umsetzung der
 748 Ergebnisse der Arbeit der Kommission berücksichtigt und einbezogen werden.

749

750 5.1.3. Rheinisches Revier

751 Historisch begünstigt durch die Strom- und Wärmeversorgung im Rheinischen Braunkohlerevier, entwi-
 752 ckelten sich in dieser Region eine Reihe von Industrien, für welche Strom, Gas und Wärme unabdingba-
 753 re Einsatzfaktoren sind. Auch heute hat der industrielle Einsatz von Energie im Rheinischen Revier eine
 754 deutlich größere Bedeutung als im Landes- und Bundesdurchschnitt, weshalb Wohlstand und Beschäf-
 755 tigung in dieser und den angrenzenden Regionen in besonderem Maße von einer wettbewerbsfähigen
 756 Energieversorgung abhängen. Maßgeblich ist der überdurchschnittliche Anteil energieintensiver Indust-
 757 rien an der Wertschöpfung. Die in diesen Branchen erzielte Wertschöpfung beträgt 7,1 Mrd. Euro bei
 758 32 Mrd. Euro Umsatz.

759 Für die Braunkohlewirtschaft ist von rund 9.000 direkt Beschäftigten auszugehen. Damit verbunden
 760 sind weitere 18.000 indirekt oder induzierte Beschäftigte innerhalb oder außerhalb der hier vorge-
 761 nommenen Revierabgrenzung.³⁵

762 Neben der stromintensiven Industrie mit 93.000 Beschäftigten³⁶ sind weitere Industriezweige im
 763 Rheinischen Revier und auch in den anderen Revieren derzeit von der Braunkohlenutzung abhängig.
 764 Dies betrifft vor allem die Rohstoffversorgung bei der Gips-Produktion und die Zucker-Industrie. Ca.
 765 55% der heutigen Gipsrohstoffe werden derzeit aus der Rauchgasentschwefelung von Kohlekraftwer-
 766 ken (REA-Gips) gewonnen. Der Rohstoff REA-Gips wird in Produktionsstandorten der Gipsindustrie im
 767 gesamten Bundesgebiet verarbeitet. Der fortlaufende Ausstieg aus der Kohleverstromung wird zu
 768 einem massiven Rückgang der REA-Gipsproduktion führen.

³⁵ Vgl. Ableitung der Beschäftigtenzahlen in Kap. 3.4.

³⁶ frontier economics (2018): Die Bedeutung des Wertschöpfungsfaktors Energie in den Regionen Aachen, Köln und Mittlerer Niederrhein. Kurzstudie im Auftrag von IHK Aachen, IHK Köln und IHK Mittlerer Niederrhein.

769 Im Rheinischen Revier betrug die Bruttowertschöpfung im Braunkohlesektor in 2016 etwa 1,7 Mrd.
770 Euro. Der Anteil der regionalen Wertschöpfung insgesamt lag damit bei rund 2,4%.³⁷ RWE schätzte
771 seinen direkten Beitrag zur Wertschöpfung im Rheinischen Revier auf rund 2,0 Mrd. Euro pro Jahr.

772 Daraus wird ersichtlich, dass auch im Rheinischen Revier die Herausforderungen erheblich sind. Zugleich
773 gibt es aber auch gute Chancen für einen gelingenden Strukturwandel, sofern die Rahmenbedingungen
774 richtig gesetzt werden.

775 Die Region verfügt über eine Reihe von Standortvorteilen im Vergleich zu den anderen Revieren. Mit
776 Aachen und Mönchengladbach gehören zwei Oberzentren zur Region. Zu nennen ist auch die Nähe zu
777 den Zentren des angrenzenden Rheinlands (Bonn, Köln, Leverkusen und Düsseldorf). Die (Energie-)In-
778 frastrukturausstattung und die Anbindung sind gut, muss aber an die neuen Herausforderungen ange-
779 passt werden. Vorteilhaft ist weiter, dass die Region über eine sehr gute Hochschul- und Forschungs-
780 landschaft verfügt. Hierzu gehören beispielsweise die RWTH Aachen, das Forschungszentrum Jülich so-
781 wie mehrere Universitäten, Fachhochschulen und Technische Hochschulen.

782 Das Rheinische Revier kann ferner auf seine starke Wirtschaftsstruktur aufbauen. Neben der Energie-
783 wirtschaft und den energieintensiven Industrien zählen dazu auch beispielsweise Unternehmen aus den
784 Bereichen Ressourceneffizienz, Mobilität und Logistik. Auch in den Bereichen Digitalwirtschaft sowie der
785 Landwirtschaft bestehen Anknüpfungspunkte.

786 Schließlich ist das Rheinische Revier bereits vorangeschritten beim Aufbau von Strukturen, um den
787 Strukturwandelprozess zu begleiten bzw. zu unterstützen. Mit der Zukunftsagentur Rheinisches Revier
788 wurde eine Institution geschaffen, die die Rolle einer zentralen Koordinations-Plattform im Revier über-
789 nimmt und mit den anderen regionalen Akteuren vernetzt ist.

790 Im Rheinischen Revier besteht, wie oben bereits erwähnt, die Besonderheit des Vernetzungsgrades und
791 der Abhängigkeit der Wertschöpfungsketten untereinander. Im räumlichen Umgriff der Tagebaue be-
792 steht ein gegenseitig aufeinander aufbauendes, eng miteinander verflochtenes Netz von energieintensi-
793 ven Unternehmen und kohleaaffinen Produktionslinien. In diesem Sinne sind energiepolitische Beschlüs-
794 se in ihren Konsequenzen v.a. im Rheinischen Revier auch auf ihre unmittelbaren Wirkungen auf die
795 Wertschöpfungsnetzstruktur abzuwägen.

796 Zur Schaffung neuer Wertschöpfungsketten und zukunftssicherer Arbeitsplätze bestehen folgende An-
797 satzpunkte:³⁸

- 798 • Energie und Industrie: Das Rheinische Revier soll sich als Energierevier der Zukunft positionieren und ein Modellstandort im künftigen Energiesystem werden. Als konkrete Maßnahmen werden beispielsweise die Etablierung eines regionalen Energiemanagements und der Aufbau eines Campus für Low Carbon-Technologien für die energieintensive Industrie genannt. Weiterhin ist das Rheinische Revier Standort wichtiger Betriebsstätten von RWE, von vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen der Energiewirtschaft, von Unternehmen der energieintensiven Industrie und einer ausgefeilten Universitäts-, Hochschul- und Forschungsinfrastruktur mit internationaler Exzellenz in Energie und Produktion.
- 806 • Innovation und Bildung: Das Revier soll eine wegweisende Gründungskultur entwickeln („Innovation Valley Rheinland“). Ausgründungen aus Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen führen zu neuen Ansiedlungen im Revier. Hierfür werden beispielsweise Hochschulerweiterungen (z.B. TH Köln Campus Rhein-Erft) und die Errichtung von fünf Innovation

³⁷ RWI 2018b.

³⁸ Siehe auch Zukunftsagentur Rheinisches Revier 2018: Eckpunkte eines Wirtschafts- und Strukturprogramms.

810 Hubs und Gründerzentren im Rheinischen Revier (u.a. Brainergy Hub Jülich) in den Blick ge-
811 nommen.

812 • Raum und Infrastruktur: Hierzu zählt etwa die Nachnutzung von Kraftwerksstandorten, das
813 Schaffen von Modellquartieren und die Schaffung eines multifunktionalen Landschaftsparks.
814 Die zukunftsfähige Neuausrichtung des Rheinischen Reviers erfordert außerdem den Ausbau
815 geeigneter Verkehrsinfrastrukturen, um den Raum zu erschließen und dessen Entwicklungspo-
816 tentziale optimal an die großen Ballungszentren wie Köln, Düsseldorf, Mönchengladbach
817 und Aachen anzubinden. Neue intelligente Verkehrsangebote in Kombination mit innovati-
818 ven Technologien und Antriebssystemen (schnelle Radwege, Ausbau Schienenverkehr, neue
819 Verkehrstrassen/ notwendige Lückenschlüsse, Ausbau klimaneutraler Mobilität im ländli-
820 chen Raum, Aufbau smarterer Logistik-Zentren etc.) können dabei helfen, Distanzen leichter
821 zu überwinden und urbane wie ländliche Qualitäten besser miteinander zu verknüpfen.

822 • Ressourcen und Agrobusiness: Unter dieser Überschrift wird die Entwicklung einer Modell-
823 region für geschlossene Stoffkreisläufe/ Kreislaufwirtschaft, die Etablierung neuer Wert-
824 schöpfungen im Bereich der Bioökonomie in Kooperation mit renommierten Forschungsinsti-
825 tuten der Region (insbes. FZ Jülich) und Unternehmen der Region sowie die Entwicklung
826 einer Modellregion zur Digitalisierung in der Medizin als Beitrag zur Sicherung der medizini-
827 schen Versorgung im ländlichen Raum und innovative Produkte für die Gesundheitswirt-
828 schaft zusammengefasst.

829 Zuständig für den Strukturwandel im Rheinischen Revier ist die Zukunftsagentur Rheinisches Revier. Die
830 Zukunftsagentur muss in Zusammenarbeit mit Bund und Land sicherstellen, dass in der Region eine auf
831 den Stärken der Region aufbauende Entwicklung mit wirkungsvollen Impulsen versehen wird. Dazu ar-
832 beitet sie mit allen Akteuren der Region zusammen, mit den Kommunen, der Wirtschaft, den Sozialpart-
833 nern und Verbänden und der Zivilgesellschaft. Es ist zu begrüßen, dass sich im Rheinischen Revier ein
834 Arbeitskreis zivilgesellschaftlicher Organisationen und engagierter Einzelpersonen gebildet hat, der sich
835 mit seinem Konzept „Lebensraum Rheinisches Revier – gutes Leben und gute Arbeit“ an einer Gestal-
836 tung der Region beteiligt.³⁹

837 Darüber hinaus ist zu prüfen, wie Zulieferer aus Mittelstand und Handwerk in besonderem Maße bei der
838 Entwicklung eigener Zukunftsperspektiven unterstützt werden können. Dazu gehört auch, die Qualifizie-
839 rungsmaßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an die neuen Herausforderungen anzupas-
840 sen.

841

842 5.1.4. Mitteldeutsches Revier

843 Das Mitteldeutsche Revier ist in weiten Teilen struktur- und innovationsschwach. Besonders in den
844 sachsen-anhaltinischen Kreisen sowie um Borna und Delitzsch auf der sächsischen Seite stellt die Bewäl-
845 tigung des bereits 1990 begonnenen Strukturwandels eine besondere Herausforderung dar. Die Braun-
846 kohlewirtschaft hat im Mitteldeutschen Revier aber heute eine geringere Bedeutung für die regionale
847 Wirtschaft als im Lausitzer Revier. Insgesamt sind aber noch immer rund 2.400 Arbeitsplätze in der Re-
848 gion unmittelbar von der Braunkohlewirtschaft abhängig. Damit verbunden sind weitere 4.800 indirekt
849 oder induzierte Beschäftigte innerhalb oder außerhalb der hier vorgenommenen Revierabgrenzung.⁴⁰

³⁹ Koordinierungskreis Strukturwandel (2018): Lebensraum Revier – gutes Leben und gute Arbeit. Revierperspekti-
ven: Aus dem Revier – Für das Revier. Zivilgesellschaftliches Konzept 10/2018. online:
<https://www.buiererfuerbuir.de/images/pdf/strukturwandelkonzept.pdf>.

⁴⁰ Vgl. Ableitung der Beschäftigtenzahlen in Kap. 3.4 auf Grundlage RWI (2018).

850 Gerade aufgrund der engen Verknüpfung mit der Grundstoffindustrie drohen erhebliche negative Effekte
851 durch Strukturbrüche, wenn es nicht gelingt, die bestehenden Wertschöpfungsketten und Industriever-
852 bünde zu erhalten.

853 Die Braunkohlewirtschaft im Mitteldeutschen Revier leistete in 2016 eine Bruttowertschöpfung in Höhe
854 von rund 430 Mio. Euro.⁴¹ Das entspricht einem Anteil der gesamten Bruttowertschöpfung in der Region
855 von 0,9%. Die MIBRAG gab im Rahmen der Anhörung einen jährlichen Beitrag zur regionalen Wertschöp-
856 fung von 300 bis 400 Mio. Euro an.

857 Trotz des dramatischen Strukturbruchs nach 1990 existieren heute eine große Anzahl von hochwertigen
858 und organisierten Industriearbeitsplätzen im Bergbau, der Energiewirtschaft und der chemischen In-
859 dustrie sowie damit mittelbar verbundene Arbeitsplätze in der Ernährungswirtschaft rund um Zeitz. Dies
860 ist auch auf den damit verbundenen Modernisierungsschub zurückzuführen: In den 1990er Jahren wa-
861 ren Kraftwerksneubauten in Lippendorf, Schkopau und Währlitz, die Tagebauertüchtigungen in Profen
862 und Schleenhain sowie die Modernisierungsaktivitäten der Romonta kennzeichnend für die Entwicklung
863 in den Braunkohleunternehmen. Zwischen 1991 und 2015 wurden – mit politischer Unterstützung und
864 besonderer Förderung – die Anlagen der Braunkohle- und Chemiestandorte durch Investitionen in Milli-
865 ardenhöhe modernisiert. Als Ergebnis von Privatisierung, Restrukturierung und Modernisierung entwi-
866 ckelten sich die chemische Industrie und Kunststoffverarbeitung zu einer innovativen Leitindustrie in
867 Mitteldeutschland mit mehreren Tausend Beschäftigten. Die industriellen Cluster in Mitteldeutschland
868 bündeln materielle und immaterielle Werte: Prozesse, Anlagen und Infrastruktur, Wissen, Kompetenz
869 und Netzwerke.

870 In der Region gibt es zahlreiche Initiativen, um die vorherrschende Struktur- und Innovationsschwäche
871 zu überwinden. Zur Vorbereitung auf den energiewendebedingten Strukturwandel hat die Region bei-
872 spielsweise folgende Projekte angeschoben:

- 873 • Mit dem vom BMBF geförderten Forschungsprojekt HYPOS wird mit der strombasierten
874 Wasserstofftechnik die Schlüsseltechnologie entwickelt, um die Prozesse der Zirkulären
875 Wirtschaft des Kohlenstoffs emissionsfrei zu stellen.
- 876 • Es laufen im Rahmen des BioEconomy-Clusters erfolgversprechende Entwicklungen zur ver-
877 stärkten Nutzung der Biomasse als Rohstoff.
- 878 • Das Fraunhofer Reviernetzwerk wird im Mitteldeutschen Revier eine Versuchsanlage zur Zir-
879 kulären Wirtschaft des Kohlenstoffs (Projekt Carbontrans) errichten. Die Herstellung von
880 Synthesegas aus Kunststoffabfällen, Klärschlämmen und anderen Kohlenstoffen wird für die
881 Chemieindustrie unverzichtbare Rohstoffe weitgehend emissionsfrei liefern.
- 882 • Ein Konsortium der Industrie ist angetreten, die strombasierte Wasserstofftechnik mit einer
883 GroÙelektrolyse und einer Großkaverne zur industriellen Reife zu entwickeln sowie - im Ver-
884 bund mit dem Projekt Carbontrans - den Grundstein für eine CO₂-neutrale und zirkuläre
885 Kohlenstoffnutzung zu legen. Dabei geht es auch um effiziente Lösungen zur zeitlich flexib-
886 len Nutzung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien (Sektorkopplung).

887 Ebenso wie in der Lausitz und im Rheinland wirken die vorhandenen Stromnetzinfrastrukturen als
888 Standortvorteil für den Bau neuer Energieerzeugungsanlagen sowie Energiespeichern.

⁴¹ RWI 2018b.

889 Die Region kann zudem zumindest teilweise von den Wachstumskernen Leipzig und Halle und der fort-
890 geschrittenen Spezialisierung im Dienstleistungssektor profitieren. Das touristische Potential der Region
891 ist gut erschlossen; die Möglichkeit einer wohnortnahen Erholung steigert die Attraktivität der Region.

892 Mit der Metropolregion Mitteldeutschland hat das Revier auch bereits einen zentralen Akteur zur Koor-
893 dinierung von Strukturwandelprozessen etabliert. Auf diesen kann in Zukunft weiter aufgebaut werden.
894

895 5.1.5. Im gesamten Bundesgebiet
896

897 **5.2. Grundsätze für eine Strukturentwicklungsstrategie**

898 Der klimapolitisch motivierte vorzeitige Ausstieg aus der Kohleverstromung greift tief in die Wertschöp-
899 fungsstrukturen der deutschen Wirtschaft ein. Dieser Wandel ist am stärksten regional erlebbar. Nur
900 auf der Grundlage erfolgreicher regionaler Entwicklungskonzepte wird er ökonomisch und sozial ver-
901 träglich sein.

902 Eine gelungene Strukturentwicklung braucht neben Chancen und Ideen auch eine kontinuierliche Ge-
903 staltung durch Akteure in den Regionen. Der Kommission ist bewusst: Nicht alle Ideen und Projekte
904 werden langfristig ein Erfolg werden und Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze in den Regionen si-
905 chern. Gleichzeitig ergeben sich im Zeitverlauf neue Themen, die neue Perspektiven eröffnen. Es geht
906 also vor allem darum, die Regionen zum Beispiel durch Investitionen in Infrastruktur und Bildung und
907 regulatorische Freiräume in die Lage zu versetzen, selbst die Strukturentwicklung zu gestalten.

908 Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Kommission die nachfolgenden Grundzüge einer Strukturent-
909 wicklungsstrategie.

910 **Ziele**

911 Strukturpolitische Ziele sind lebenswerte, attraktive Regionen mit hoher wirtschaftlicher Dynamik,
912 hochwertigen Arbeitsplätzen und Innovationskraft, die den Menschen vor Ort klare Zukunftsperspekti-
913 ven bieten.

914 Für die Kommission ist aber auch entscheidend, dass nicht nur die Regionen eine Perspektive bekom-
915 men, sondern dass auch der Standort Deutschland insgesamt gestärkt wird, indem Klimaschutz, gute
916 Arbeit und Wirtschaft in Einklang gebracht werden und damit ein Beitrag zur Umsetzung des Leitbilds
917 der Nachhaltigkeit geleistet wird. Mit Blick auf die Stärkung der Wirtschaftskraft und Lebensqualität in
918 Deutschland ist es wesentlich und daher auch Verfassungsauftrag, dass gleichwertige Lebensverhältnis-
919 se herrschen.

920 Gleichwertige Lebensverhältnisse erfordern neben einer starken Wirtschaft auch leistungsfähige Infra-
921 strukturen der Daseinsvorsorge in allen Regionen. Lokal sollen passende Lösungen ermöglicht werden,
922 um Synergieeffekte zu nutzen und die Menschen umfassend bei der Transformation der Region einzu-
923 binden. Der Abbau alter und der Aufbau neuer Wertschöpfung müssen zeitlich verzahnt werden.

924 **Zusätzlichkeit**

925 Der durch zusätzliche politische Maßnahmen bewirkte Rückgang der Kohleverstromung beschleunigt den
926 Strukturwandel in den Revieren und ggf. im Bereich der Steinkohleverstromung und stellt eine besondere
927 Herausforderung dar. Diese muss zusätzlich und ergänzend zu der generellen Strukturförderung ange-
928 gangen werden. Damit ist auch zwischen Aufgaben der Strukturentwicklung zu unterscheiden, die mit
929 bestehenden Förderprogrammen bearbeitet werden und den neuen Anforderungen, die sich aus dem
930 Verlust von Kohlearbeitsplätzen ergeben. Die Unterscheidung und Abgrenzung zu bestehenden Förder-
931 programmen ist notwendig mit Blick auf die bundesweit angestrebte Förderung der ländlichen Räume

- 932 und das grundgesetzliche Oberziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutsch-
933 land.
- 934 Die Revierförderung muss sich nicht nur von den vorgenannten Zielen leiten lassen, sondern auch von
935 dem nach wie vor nahezu flächendeckend notwendigen Aufholprozess in Ostdeutschland positiv abhe-
936 ben und die besondere Situation strukturschwacher Landkreise im Rheinischen Revier berücksichtigen.
937 Durch diese deutliche Abgrenzung werden Überschneidungen und Friktionen bezüglich der Förderung
938 anderer strukturschwacher Regionen in Deutschland vermieden.
- 939 Die Fortsetzung der Bergbausanierung der Tagebaue der ehem. DDR im Mitteldeutschen und Lausitzer
940 Revier nach 2022 muss zudem ebenfalls zusätzlich zur Revierförderung sichergestellt werden.
- 941 **Zeitliche Perspektive**
- 942 Erfolgreiche Strukturentwicklung setzt verlässliche Rahmenbedingungen und eine langfristige Begleitung
943 voraus. Bund, Länder, Kommunen und Unternehmen müssen es als ihre gemeinsame Aufgabe verste-
944 hen, die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen langfristig zu unterstützen. Insbesondere der Bund
945 muss deshalb für einen substantiellen Zeitraum, der über das Abschlussdatum der Kohleverstromung
946 hinausgeht, bereit sein, die Transformation der Reviere als verlässlicher Partner zu begleiten. Zusätzlich
947 müssen die Rahmenbedingungen und Wachstumsimpulse durch kurzfristige Initialmaßnahmen unter-
948 stützt werden. Entsprechend sollten die begleitenden Förderprogramme auf mehrere Dekaden angelegt
949 sein.
- 950 **Wirksame Steuerungs- und Koordinierungsmechanismen und Institutionalisierung**
- 951 Durch eine Institutionalisierung der als Prozess zu betrachtenden Strukturentwicklung einerseits und
952 eine starke Einbindung von Ländern, Kommunen und lokalen Akteuren andererseits können lokales
953 Fachwissen genutzt und vorhandene Potentiale gehoben werden. Dies betont die Verantwortung der
954 Regionen für ihre zukunftsfähige Entwicklung. Auch in diese Strukturen muss der Bund eingebunden
955 sein.
- 956 Damit die Strategie erfolgreich ist, ist es wichtig, dass die bestehenden Instrumente zur Unter-
957 stützung des Strukturwandels durch wirksame Steuerungs- und Koordinierungsmechanismen aufei-
958 nander und mit den neuen Finanzierungsinstrumenten abgestimmt werden. Nur so kann sicherge-
959 stellt werden, dass die verschiedenen Maßnahmen und Initiativen durch die unterschiedlichen Ak-
960 teure und Fördertöpfe gut ineinandergreifen.
- 961 In die Begleitung des Strukturwandels sind zahlreiche Akteure und Institutionen eingebunden. Vor
962 allem in den ostdeutschen Revieren besteht ein besonderer Koordinierungsbedarf, da sich die Revie-
963 re über zwei (Lausitzer Revier) beziehungsweise drei Bundesländer (Mitteldeutsches Revier) erstre-
964 cken.
- 965 Der Prozess der Strukturentwicklung sollte daher durch eine starke Organisationsstruktur mit klarer
966 Verantwortlichkeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen institutionalisiert werden. Zu den zu
967 koordinierenden Aufgaben zählen auch die Vernetzung der Akteure und das Monitoring des Struktur-
968 wandels. Um diese Aufgaben wirksam zu erfüllen, braucht es eine sichtbare Verankerung vor Ort.
- 969 **Private und kommunale Investitionen als Schlüssel**
- 970 Hierfür müssen EU, Bund, Länder und Kommunen geeignete Rahmenbedingungen für private Investitio-
971 nen schaffen. Darüber hinaus übernimmt der Staat politische und finanzielle Mitverantwortung zur Ver-
972 wirklichung industrieller Ankeransiedlungen.

- 973 Ziel der Kommission ist es, dass die wegfallenden tarifgebundenen Arbeitsplätze und die Ausbildungs-
 974 plätze für Fachkräfte der Braunkohleindustrie und ihrer Zulieferunternehmen durch neue Investitionen
 975 der Unternehmen kompensiert werden. Hierfür sieht sie das verlässliche Engagement privater Investo-
 976 ren als notwendig an. Ihr ist bewusst, dass es dazu wirksamer Anreize bedarf (z.B. Investitions- und
 977 Markteinführungsanreize) und öffentliche Hand und Privatwirtschaft eine starke Partnerschaft eingehen
 978 müssen. Grundsätzlich sollten die Wachstumsprozesse dabei strukturell, technologieoffen, nachhaltig
 979 und zukunftsfähig angegangen werden.
- 980 Die Bundesregierung sollte die Strukturentwicklungsstrategie in eine Gesamtstrategie für eine wachsen-
 981 de Investitionsdynamik einbetten. Denn so wichtig Strukturpolitik für die Regionen ist, kann sie sich
 982 doch nur in einem wachstumsfreundlichen Umfeld vollumfänglich entfalten. Die Rahmenbedingungen
 983 für Investitionen in solche Industriearbeitsplätze sind daher wirtschaftsfreundlich und investitionsanrei-
 984 zend auszugestalten. Dies ist neben der Bereitstellung finanzieller Mittel für die Regionen eine zweite
 985 notwendige Voraussetzung für erfolgreiche Strukturentwicklung. Ansiedlungen können nur gelingen,
 986 wenn investitionspolitische Rahmenbedingungen international wettbewerbsfähig sind.
- 987 **Sichere Rahmenbedingungen und regulatorische Erfordernisse**
- 988 Der Strukturwandelprozess ist weitestgehend unabhängig von kurzfristigen Entscheidungsprozessen
 989 abzusichern. Die Empfehlungen der Kommission zielen darauf ab, sowohl auf nationaler als auch auf
 990 europäischer Ebene rechtlich sichere Rahmenbedingungen für zukünftige Investitionen und alle Beteilig-
 991 ten zu schaffen.
- 992 Strukturpolitische Maßnahmen brauchen eine vernünftige Steuerung. Um Verlässlichkeit, Rechtssicher-
 993 heit und Planbarkeit zu gewährleisten, sollte deshalb die Strategie durch Strukturwandelgesetz(e),
 994 Staatsverträge oder vergleichbare Instrumente umgesetzt werden. Mittel- und langfristig begleitende
 995 Strukturfördermaßnahmen sind zudem in einem umfassenden Begleitgesetz zu verankern.
- 996 Es müssen Prozesse beschleunigt und bestehende Instrumente auf ihre Wirksamkeit überprüft wer-
 997 den. Das Ziel muss sein, wo immer möglich, diese bestehenden Instrumente noch effektiver für die
 998 Reviere zu nutzen, beispielsweise in der Strukturpolitik oder der Infrastrukturbereitstellung sowie bei
 999 den Planungs- und Genehmigungsverfahren.
- 1000 **Finanzierung**
- 1001 Zusätzlich zu den bestehenden Instrumenten bedarf es eines neuen Finanzierungsinstruments, mit dem
 1002 strategische Investitionen in den Regionen gebündelt und langfristig ausfinanziert werden können.
- 1003 Im Bundeshaushalt sind für diese Legislaturperiode zusätzlich 1,5 Mrd. Euro als prioritäre Ausgaben für
 1004 Strukturpolitik vorgesehen, dies betrachtet die Kommission allenfalls als einen ersten Schritt. Diese 1,5
 1005 Mrd. Euro sollen den Revieren unmittelbar zur Verfügung stehen und im Sinne eines Sofortprogramms
 1006 genutzt werden. Daneben wird sich die Kommission dazu verständigen, welche zusätzlichen Mittel und
 1007 für welchen Zeitraum erforderlich sind, um den Strukturwandelprozess auch über diese Legislaturperio-
 1008 de hinaus langfristig zu begleiten.
- 1009 Dabei wird ein besonderer Schlüssel zu erstellen sein, welchen Anteil der Gelder die einzelnen Braun-
 1010 kohleregionen jeweils erhalten. Nicht verbrauchte Mittel sollten grundsätzlich auf die Folgejahre über-
 1011 tragbar sein.
- 1012 Projekte, die mit Mitteln des Bundes gefördert werden, müssen im Einklang mit den international ver-
 1013 einbarten *sustainable development goals* (SDGs) stehen, um langfristig tragfähige Entwicklungen zu
 1014 unterstützen. Besonders wichtig ist dabei die Förderung einer CO₂-neutralen Wirtschaft.

- 1015 Ein noch festzulegender Anteil der Mittel sollte nicht auf den „wirtschaftlichen“ Strukturwandel be-
 1016 schränkt sein, sondern dafür verwendet werden um zivilgesellschaftliche Aktivitäten, Lebensqualität und
 1017 weiche Standortfaktoren zu stärken und weiterzuentwickeln.
- 1018 Mögliche Entschädigungen für Energieversorger wegen kürzerer Kraftwerkslaufzeiten sollen nicht aus
 1019 den für die Reviere vorgesehenen Strukturfördergeldern finanziert werden.
- 1020 **Passgenauigkeit/ Revierbezug**
- 1021 Die Strukturentwicklungsstrategie muss auf das jeweilige Revier zugeschnitten sein. Die Reviere haben
 1022 unterschiedliche Bedürfnisse, was die Instrumente angeht.
- 1023 **Monitoring**
- 1024 Die Kommission sieht es als notwendig an, den Erfolg des Strukturwandels durch eine Beschäftigungsbilanz zu messen. Ein regelmäßiges Monitoring gibt einen genauen Überblick über die Zahl der industriellen Arbeitsplätze, die durch den Strukturwandel verloren gehen, und die Zahl adäquater Arbeitsplätze, die neu geschaffen werden. Strategisches Ziel ist eine positive Beschäftigungsbilanz.
- 1025
 1026
 1027
 1028
- 1029 **5.3. Maßnahmen zur Begleitung des Strukturwandels**
- 1030 **Maßnahmen für Industrie und Mittelstand**
- 1031 Ein nachhaltiger Strukturwandel in den Regionen kann gelingen, wenn die vorhandene industrielle und
 1032 energiewirtschaftliche Grundlage der Reviere als Entwicklungspotential für die Zukunft genutzt wird
 1033 und die Innovations- und Investitionszyklen der vorhandenen industriellen Akteure berücksichtigt wer-
 1034 den. Es gilt, an die regionalen Industriecluster und betrieblichen Kompetenzen, die Fähigkeiten der gut
 1035 ausgebildeten Fachkräfte und die vorhandenen Stärken im Bereich Forschung und Entwicklung anzu-
 1036 knüpfen, um technologische Innovationspfade zu öffnen und die Transformation zu nachhaltigen Inno-
 1037 vationsregionen zu ermöglichen.
- 1038 Um eine langfristig tragfähige Wirtschaftsstruktur zu sichern, sind auch die Belange von Mittelstand und
 1039 Handwerk zu berücksichtigen, ohne die ein für Fachkräfte attraktives und lebenswertes Umfeld nicht
 1040 realisierbar ist und die für die industriellen Vorleistungen notwendig bleiben. Dies ist bei der Fortent-
 1041 wicklung der Förderkulisse angemessen zu berücksichtigen.
- 1042 Die Kommission sieht es als besondere Herausforderung an, dass trotz des Rückzugs der Braunkohle-
 1043 wirtschaft regionale und bundesweite Wertschöpfungsketten erhalten bleiben bzw. weiterentwickelt
 1044 und neue angesiedelt werden.
- 1045 Die Rahmenbedingungen für Investitionen in solche Arbeitsplätze sind daher wirtschaftsfreundlich und
 1046 investitionsanreizend auszugestalten, damit bestehende Wertschöpfungsnetzwerke, die in den Regio-
 1047 nen etabliert (z.B. Chemie, Papier, Aluminium, Stahl, Energiewirtschaft) und bisher eng mit der Kohle-
 1048 verstromung verwoben sind, auch dort verbleiben und mit eigenen Investitionen die regionale Ent-
 1049 wicklung fördern, statt ihre Standortwahl zu überdenken. Ziel muss es darüber hinaus sein, gerade in
 1050 diesen Branchen zusätzliche Investitionen zu generieren. Hierfür sind wettbewerbsfähige Strompreise
 1051 und eine dauerhaft sichere Energieversorgung unverzichtbare Grundlagen unseres Industriestandor-
 1052 tes.
- 1053
 1054

- 1055 **Raumentwicklung, Infrastrukturausbau und –ausbaubeschleunigung**
- 1056 *Raumentwicklung*
- 1057 Über Jahrzehnte verhinderten die großen Tagebaue mit ihrer Barrierewirkung eine zusammenhängende
 1058 Entwicklung des Raumes und die Herausbildung von vernetzten Infrastrukturen. Der räumliche Wandel
 1059 in den Revieren soll von Bund und Ländern unterstützt werden und ist so zu gestalten, dass neue
 1060 Standortqualitäten für Wohnen und Arbeiten entstehen. Der Strukturwandel bietet die Chance zur Ent-
 1061 wicklung von klimawandelresilienten (Bergbau-) Folgelandschaften mit hoher regionaler Wertschöp-
 1062 fung.
- 1063 Eine besondere Verpflichtung für Länder und Kommunen sieht die Kommission darin, rechtzeitig aus-
 1064 reichende Flächen für Neuansiedlungen in den Regionen zur Verfügung zu stellen und diese Flächen,
 1065 unter Nutzung von Elementen zur Beschleunigung von Planung und Genehmigung, mit allen notwen-
 1066 digen und modernen Infrastrukturen zu erschließen.
- 1067 *Digitale Infrastruktur*
- 1068 Die Kommission sieht es als eine wesentliche Voraussetzung für den Strukturwandel an, dass strukturel-
 1069 le Schwächen in den betroffenen Regionen insbesondere in der Infrastruktur überwunden werden. Inf-
 1070 rastrukturpolitik ist eine wesentliche Säule der Strukturpolitik. Eine moderne und leistungsfähige Ver-
 1071 kehrs- und digitale Infrastruktur zur Erschließung und Anbindung vorhandener sowie dringend benötig-
 1072 ter neuer Flächen ist mittlerweile – auch angesichts der Flächenengpässe in den Ballungsräumen – ein
 1073 ganz wesentlicher Standortfaktor für Investitionsentscheidungen. Für eine zukunftsfeste Perspektive der
 1074 Reviere ist neben der Anbindung von Industrie- und Technologieparks, Gewerbegebieten und wissen-
 1075 schaftlichen Einrichtungen flächendeckend ein hochmodernes digitales Infrastrukturnetz auf Glasfaser-
 1076 basis und die Ertüchtigung der Mobilfunknetze unabdingbar. Ziel kann nur eine Versorgung mit gigabit-
 1077 fähiger Infrastruktur sein. Wo dies durch einen marktgetriebenen Ausbau nicht erreicht wird, erscheint
 1078 eine Unterstützung durch staatliche Eingriffe notwendig. Voraussetzung dafür ist in Gebieten, die mit
 1079 mindestens 30 Mbit/s, jedoch keiner gigabitfähigen Infrastruktur versorgt sind, eine Anpassung der
 1080 NGA-Definition durch die EU-Kommission (sogenannte Aufgreifschwelle).
- 1081 Der nächste Mobilfunkstandard 5G wird gegenüber dem jetzigen Mobilfunk völlig neue Anwendungen
 1082 ermöglichen. Dafür sind Technologien, Geräte und Anwendungen zu erforschen und zu entwickeln. Die-
 1083 se Chancen gilt es in die Reviere zu tragen. Voraussetzungen dafür sind jedoch eine entsprechende
 1084 Netzabdeckung zur Erprobung und Anreize für diesbezügliche Ansiedlungen. Insbesondere die bislang
 1085 schlechter digital erschlossenen Reviere im Rheinischen Revier und der Lausitz können als zusätzliche
 1086 5G-Modellregionen erschlossen werden und so die Startbedingungen erhalten, auch außerhalb größerer
 1087 Ballungsräume digitalen Fortschritt zu etablieren. Das Lausitzer Revier bietet hierbei zukunftssträchtige
 1088 Ansatzpunkte als Modellregion für 5G. Die Forschung, Entwicklung und Erprobung von neuen Mobili-
 1089 tätsanwendungen auf dem Lausitzring bspw. durch die Dekra (autonomes Fahren) würde wesentlich
 1090 unterstützt. Im Rheinischen Revier könnte ein 5G-Realilabor eingerichtet werden (Testzentrum 5G-
 1091 Anwendungen). Die Anwendungen sind mit Feldtests in einer Modellkommune zu verbinden.
- 1092 *Verkehrsinfrastruktur*
- 1093 Um Infrastrukturprojekte in den vier Braunkohlerevieren schneller umsetzen zu können, sollen zusätzli-
 1094 che Infrastrukturprojekte geplant und höher priorisiert werden. Denkbar wäre hierfür die Einführung
 1095 eines „Revierbonus“ unter dem Motto „Vorfahrt für die Strukturentwicklungsgebiete“. Zudem bestehen
 1096 Engpässe bei der Planung von Infrastrukturvorhaben durch die öffentliche Hand. Es sollte daher die Rea-
 1097 lisierung von Infrastrukturvorhaben in den Revieren genutzt werden, um – auch als Modell für andere
 1098 Regionen – die Beschleunigung durch die Finanzierung extern vergebener Planungen zu erreichen. Hier
 1099 sollen auch Infrastrukturprojekte zur Finanzierung aufgenommen werden, die sonst typischerweise in

- 1100 Verantwortung der Länder und Kommunen finanziert werden. Auch die Umpriorisierung bereits geplan-
 1101 ter Maßnahmen wäre ein sinnvolles Instrument. Die rechtliche Umsetzung sollte dabei das Ziel verfol-
 1102 gen, bei den konkreten Planungsprozessen für den Ausbau der wichtigsten Bahnverbindungen ohne
 1103 Zeitverzug im Laufe des Jahres 2019 zu beginnen.
- 1104 Weitere mögliche Maßnahmen sind der Ausbau und die Ergänzung sowie die Verbesserung der beste-
 1105 henden Anbindung der Reviere an entwicklungsfördernde Zentren, zum Beispiel durch Verkürzung der
 1106 Taktzeiten im Schienenpersonennahverkehr und die Ertüchtigung der bestehenden Verbindungen in die
 1107 Metropolen. Die Kommission weist darauf hin, dass neben dem Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen mit
 1108 Mitteln des Bundes auch eine Verantwortung der Länder besteht, die entsprechenden Verkehrsleistun-
 1109 gen zu bestellen.
- 1110 Aus Sicht der Bundesländer sind die nachfolgenden Infrastrukturprojekte unabdingbar, um wirksame
 1111 Strukturentwicklungsimpulse zu entfalten:
- 1112 Insbesondere für die ostdeutschen Reviere bietet eine gute infrastrukturelle Anbindung an die urbanen
 1113 Räume Berlin, Dresden und Leipzig, die das Pendlerpotential – also den Zugang zu Fachkräften – berück-
 1114 sichtigt, erhebliche Chancen.
- 1115 In der Lausitz stellt die bestehende Verkehrsinfrastruktur eine besondere Herausforderung dar. Neben
 1116 der für den grundlegenden Strukturwandel langfristig notwendigen Impulse ist es erforderlich, dass die
 1117 Menschen in der Lausitz durch die Elektrifizierung der Strecke Dresden-Görlitz, und den Ausbau/die
 1118 Elektrifizierung der Strecke Berlin-Cottbus-Görlitz als Schnellzug-Verbindung, den zweigleisigen Ausbau
 1119 der Strecke Cottbus-Lübbenau, den Ausbau Cottbus-Leipzig sowie Cottbus-Dresden und der Elektrifizie-
 1120 rung der Strecke Cottbus-Forst eine kurz- bis mittelfristig spürbare Verbesserung der Anbindung erfah-
 1121 ren. Dazu gehören u.a. der Umbau des Bahnhofs Königs Wusterhausen, die sofortige Elektrifizierung des
 1122 Streckenabschnitts Görlitz-Niesky sowie Görlitz-Grenze Deutschland/Polen, um direkte Verbindungen
 1123 von Wrocław über Görlitz nach Berlin und zurück zu ermöglichen und Görlitz in die Mitte eine internati-
 1124 onalen Eisenbahnachse zu rücken, eine direkte Tagesrandverbindung von Görlitz nach Berlin und zurück
 1125 sowie eine höhere Taktung auf der Strecke Dresden-Görlitz und auf den regionalen Verbindungen in der
 1126 Lausitz. Um die Taktzeiten in den Revieren generell verkürzen können, bedarf es einer Aufstockung der
 1127 Regionalisierungsmittel des Bundes, damit vorhandene Infrastruktur intensiver genutzt werden kann.
 1128 Eine kurzfristig umsetzbare Maßnahme wäre die Organisation der „letzten Meile“, beispielsweise durch
 1129 Modellprojekte zum vorreservierten Verleih von Elektrorollern und Pedelecs (E-Bikes).
- 1130 Für die Attraktivität des Mitteldeutschen Reviers ist eine gute Anbindung an den Ballungsraum Halle-
 1131 Leipzig mit kurzen Taktzeiten wichtig. Dabei sind engere Taktungen (wie bspw. für die Strecke Chemnitz-
 1132 Borna-Leipzig), der Ausbau des S-Bahnnetzes (bspw. Etablierung einer neuen S-Bahn-Linie von Leipzig
 1133 über Markranstädt nach Naumburg und alternierend nach Merseburg) sowie der Ausbau des PlusBus-
 1134 und Rufbussystems insbesondere in den Abendstunden und zu Schichtwechselzeiten ansässiger Unter-
 1135 nehmen voranzubringen. Auch der City-Tunnel Leipzig sollte einen Beitrag zur Verbesserung des Schie-
 1136 nenpersonennahverkehrs leisten. Grundvoraussetzung hierfür wäre die Aufrüstung der Eisenbahnsiche-
 1137 rungstechnik im Tunnel. Zudem würde die Elektrifizierung der Bahnverbindungen Leipzig-Zeitz-Gera und
 1138 Zeitz-Weißenfels-Halle die Anbindung von Klein- und Mittelzentren in Mitteldeutschland an die Ober-
 1139 zentren Erfurt, Halle und Leipzig verbessern.
- 1140 Die strukturschwachen Reviere in Mitteldeutschland und der Lausitz sollten enger verzahnt und in über-
 1141 regionale Logistikketten eingebaut werden. Der Bau einer neuen Ost-West-Straßenverbindung als Ma-
 1142 gistrale zwischen dem Mitteldeutschen und dem Lausitzer Revier würde die infrastrukturellen Voraus-
 1143 setzungen für Unternehmensansiedelungen in diesen Regionen deutlich verbessern. Außerdem ist der
 1144 Ausbau der Autobahn 13 zwischen Schönefeld und Autobahndreieck Spreewald erforderlich.

- 1145 Für das Rheinische Revier implizieren die großen Herausforderungen einer räumlichen Entwicklung auch
 1146 die Möglichkeit einer zukunftsfähigen, ambitionierten und dynamische Raumentwicklung. Dabei benöti-
 1147 gen die Tagebaurandkommunen besondere Unterstützung. Es soll eine Internationale Bau- und Techno-
 1148 logieausstellung Rheinisches Zukunftsrevier ausgerufen werden, die die Neuordnung des Raums, die
 1149 Weiterentwicklung ihrer Siedlungen als ORTE DER ZUKUNFT in einem MOBILITÄTSREVIER DER ZUKUNFT
 1150 mit dem Anspruch verknüpft, hier wegweisende Schritte in eine innovative und klimafreundliche Zu-
 1151 kunft mit hoher Lebensqualität zu gehen. Eine gute infrastrukturelle Anbindung des Rheinischen Reviers
 1152 zu den umliegenden Oberzentren und zur Entlastung dieser Oberzentren ist eine wesentliche Vorausset-
 1153 zung für das Gelingen dieses Konzepts. Die Ausstellung soll gemeinsam mit den Menschen der Region,
 1154 mit den Kommunen und der Wirtschaft in einem beteiligungsorientierten, hochqualitativen Prozess
 1155 umgesetzt werden. Der neue Campus Rhein-Erft mit dem Profil Raumentwicklung und Infrastruktursys-
 1156 teme, Infrastrukturmanagement, Geoinformatik (Transformationsmanagement) unterstützt diese Ent-
 1157 wicklung.
- 1158 *Versorgungsinfrastruktur*
- 1159 Zum Thema Strukturwandel gehört auch der Erhalt der vorhandenen Infrastrukturen. Schon heute stellt
 1160 der demografische Wandel in den Braunkohleregionen die kommunalen Energie- und Wasserversorger
 1161 aufgrund der Auswirkung auf die Aufrechterhaltung ihrer Infrastruktur vor enorme Herausforderungen.
 1162 Die Attraktivität der Regionen für die Anwohner muss daher auch durch eine bezahlbare, effiziente und
 1163 zukunftsfähige Wärmeversorgung gewährleistet werden.
- 1164 Zu der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren gehört auch, dass die Verwaltungen
 1165 auch personell in die Lage versetzt werden, Anträge rasch und sorgfältig zu bearbeiten. Denkbar ist
 1166 ebenfalls die Verkürzung auf eine Klageinstanz bei Planfeststellungsverfahren – analog zum Verkehrs-
 1167 wegeplanungsbeschleunigungsgesetz im Zuge der VDE-Projekte.
- 1168 Die in den Revieren auf den Energiesektor ausgerichtete Netzinfrastruktur und das über viele Jahrzehnte
 1169 aufgebaute Know-How in diesem Sektor sollte auch zukünftig bei der Umwandlung hin zu einer Ener-
 1170 giewirtschaft, die auf regenerativen Ansätzen beruht, eingebracht werden können. Mit entsprechenden
 1171 Reallaboren könnten neue Wertschöpfungsketten aufgezeigt und zu einer Diversifizierung der Industrie-
 1172 landschaft beigetragen werden (Wasserstoffproduktion, Brennstoffzelle, Batteriespeicher, Power-to-X,
 1173 stoffliche Nutzung von Kohle). Dies kann auch für die Weiterentwicklung der bestehenden Standorte der
 1174 chemischen Industrie genutzt werden (stoffliche und klimaneutrale Nutzung von CO₂, Synthesegase auf
 1175 Basis erneuerbarer Energien).
- 1176 Aus Sicht der Bundesländer sollten die vorhandenen Potentiale der Energie- und Industrieregionen ge-
 1177 nutzt werden, um die Transformation des Energiesystems und die industrielle Transformation mit der
 1178 Sicherung und Weiterentwicklung von Kompetenzen im Bereich von Forschung, Entwicklung und Inno-
 1179 vation (FuEul) zu verbinden. Im Lausitzer Revier kann dies beispielsweise durch einen Verbund aus Pro-
 1180 jekten adressiert werden. Die Verbindung von Wasserstoff, Netzinfrastruktur und anwendungsorientier-
 1181 ter Forschung ist hierfür ein gutes Beispiel. Konkret geht es um Projektideen in Brandenburg zur Errich-
 1182 tung einer Demonstrationsanlage für hydrothermale Vergasung, die Machbarkeitsprüfung eines innova-
 1183 tiven Rotationsspeichers inkl. möglicher Pilotanlage, die Errichtung einer Pilotanlage für ein „Referenz-
 1184 kraftwerk-Wasserstoff“, das potentiell wichtige Systemleistungen erbringen kann. Diese Projekte sollten
 1185 durch die Ansiedlung eines Fraunhofer Institutes für Energieinfrastruktur (Teil-Institut an der BTU Cott-
 1186 bus-Senftenberg), das sich mit Energieinfrastruktur und Netzen beschäftigt, begleitet werden. Grundle-
 1187 gende Fragen und Herausforderungen der Transformation des Energiesystems können so konkret ange-
 1188 gangen werden. Um die Lausitz als Energie-, Industrie- und Innovationsregion zu stärken und weiterzu-
 1189 entwickeln, sollten solche Maßnahmen, die den industriellen Entwicklungspfad der Reviere aufgreifen
 1190 und transformieren, seitens des Bundes unterstützt werden.

- 1191 Das Rheinische Revier weist mit seinen Kraftwerksstandorten, den von einer zuverlässigen Energiever-
 1192 sorgung abhängigen energieintensiven Unternehmen und seinen Innovationskompetenzen eine hohe
 1193 Lagekompetenz für die Investition in das durch die Energiewende neu zu konzipierende Produkt „Ver-
 1194 sorgungssicherheit“ auf. Durch die Nähe zwischen Energieangebot und energieintensiver Industrie kann
 1195 das Rheinische Revier als Energierevier der Zukunft einen zentralen Beitrag zur Netzstabilität und Ver-
 1196 sorgungssicherheit für Europa leisten. Schlüsselprojekte sind das Wärmespeicher-Kraftwerk Store-to-
 1197 Power, die Ansiedlung eines neuen DLR-Instituts für Hochtemperaturwärmepumpen, der Aufbau eines
 1198 intelligenten regionalen Energiemanagements ebenso wie eines neuen Fraunhofer Instituts für Energie-
 1199 Infrastruktur (Teil-Institut NRW für Digitale Energie).
- 1200 **Forschungseinrichtungen und Innovationsregionen**
- 1201 Der Wissenschaftssektor spielt eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen. Er
 1202 ist Grundlage für Innovationen und Aufbau von Fachkräftepotentialen. Die Innovationskraft wiederum
 1203 ist ein wichtiger Gradmesser für die Fähigkeit, neue Wertschöpfungsketten zu schaffen.
- 1204 Die Kommission befürwortet eine Verstärkung der Forschungsstandorte in den Revieren und den Aus-
 1205 bau der Kooperation zwischen angrenzenden Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen sowie die
 1206 enge Kooperation mit der Wissenschaft und Wirtschaft. Das Ziel ist ein systematischer Wissens- und
 1207 Technologietransfer und daraus resultierend die Entwicklung neuer, verwendungsoffener Technologien,
 1208 die aktuelle Trends aufgreifen und sich durch Anschlussfähigkeit an die bestehenden industriellen und
 1209 energiewirtschaftlichen Kernkompetenzen auszeichnen. Weitere positive Impulse wären zudem aus der
 1210 Kombination einer Ansiedlung von Forschungseinrichtungen, der Etablierung von Reallaboren, der sozi-
 1211 alwissenschaftlichen Begleitforschung und weiteren, zusätzlichen Fördermöglichkeiten zu erwarten, um
 1212 so echte „Innovationsregionen“ zu schaffen. Die Kommission weist darauf hin, dass vor allem in den
 1213 Braunkohle-Regionen die wissenschaftliche (Vor-Ort-) Begleitung und das (Vor-Ort-) Monitoring des
 1214 Strukturwandels als wichtiges Thema der Wissenschaftslandschaft etabliert werden sollte. Die Möglich-
 1215 keit, hieraus Clusterstrategien zu entwickeln, sollte unterstützt werden.
- 1216 Aufgrund der sehr geringen FuE-Quote in den ostdeutschen Revieren und zum Aufbau von Innovations-
 1217 potenzialen sollte daher die pilothafte Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung erfolgen, die bei
 1218 den Personal- und Auftragskosten für Forschung und Entwicklung ansetzt. Dafür ist auch die Förderung
 1219 sozialer Innovationen zu berücksichtigen.
- 1220 Es wäre zu prüfen, ob den Revieren durch eine Erhöhung der Förderintensitäten etwa in den Bereichen
 1221 der industriellen Forschung und der experimentellen Entwicklung besondere Förderbedingungen einge-
 1222 räumt werden sollen.
- 1223 Die Innovationskraft des Lausitzer und des Mitteldeutschen Revier fällt gegenüber den westdeutschen
 1224 Revieren deutlich ab. Vor allem in der privaten Wirtschaft ist das Potential, Innovationsprozesse zu
 1225 initiieren und an Förderprogrammen zu partizipieren, begrenzt. In diesen Regionen sollten daher zu-
 1226 sätzlich zur Förderung durch FuE-Programme auch eine gezielte Stärkung der vorhandenen öffentlichen
 1227 Forschungsinfrastruktur und die Ansiedlung neuer Forschungseinrichtungen in Betracht gezogen wer-
 1228 den. Mit der Ansiedlung bzw. dem Ausbau von öffentlichen Forschungseinrichtungen erhöht sich auch
 1229 das Potential, an Förderprogrammen im FuE-Bereich zu partizipieren. Der Ausbau der Forschungsinfra-
 1230 struktur an lokalen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen kann neben der Er-
 1231 höhung des Innovationspotentials in den ostdeutschen Revieren auch dazu dienen, Mittelzentren wie
 1232 z.B. Görlitz/Zittau oder Merseburg zu stärken, die in dünnbesiedelten Regionen eine wichtige Anker-
 1233 funktion für die wirtschaftliche und demografische Entwicklung übernehmen können.
- 1234 Ein Ausbau der öffentlichen Forschungsinfrastruktur in den ostdeutschen Revieren soll sich an vorhan-
 1235 denen, perspektivischen und neuartigen (technologischen) Schwerpunkten der regionalen Wirtschaft

- 1236 orientieren. Dies eröffnet Potentiale für Kooperationen zwischen Wissenschaft und regionaler Wirtschaft und einen Transfer neuen technologischen Wissens, durch den die Wettbewerbsfähigkeit der in
1237 den Revieren ansässigen Unternehmen gestärkt werden kann.
1238
- 1239 Ein Ausbau der Forschungskapazitäten sollte mit einer entsprechenden Erweiterung der Angebote im
1240 tertiären Bildungsbereich verbunden werden. Diese Bildungsangebote können dazu beitragen, die At-
1241 traktivität der Regionen für junge Menschen, die einen tertiären Bildungsabschluss anstreben, zu erhö-
1242 hen. Sie leisten zudem einen Beitrag zur Sicherung des regionalen Fachkräftepotentials, wenn Absol-
1243 venten nach Abschluss des Studiums eine Beschäftigung im regionalen Arbeitsmarkt aufnehmen. Die
1244 Bleibewahrscheinlichkeit von Hochschulabsolventen steigt, wenn sie schon während des Studiums Ar-
1245 beitserfahrung in der Studienregion sammeln und Kontakte zu potentiellen Arbeitsgebern aufbauen
1246 können.⁴² Dies könnte durch entsprechende Maßnahmen in den Revieren, wie z.B. studienbegleitende
1247 Praktika, unterstützt werden.
- 1248 Aus Sicht der Bundesländer sollten im Rahmen einer Forschungs- und Transferoffensive "Industrie-
1249 Innovationszentren" zur Förderung von groß angelegten Kooperationsnetzwerken aus Industrieunter-
1250 nehmen, digitalen Start-ups, Hochschulen und Forschungseinrichtungen eingerichtet werden.
- 1251 Bestehende Ansätze, wie das in Görlitz geplante CASUS als internationales Zentrum (als Teil des Helm-
1252 holtz-Zentrums Dresden-Rossendorf) für Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, die gemeinsam
1253 digitale Methoden für die Systemforschung entwickeln, sollten weiter vorangetrieben werden. Erwartet
1254 werden eine internationale Sichtbarkeit in relevanten Zukunftsthemen, die Steigerung der Attraktivität
1255 der Region für akademische Fachkräfte und der Transfer digitaler Systemforschungsmethoden in die
1256 Industrie.
- 1257 Die Integration von erneuerbaren Energien in die Sektoren Strom, Wärme, Industrie und Verkehr ist
1258 eine der wichtigsten Aufgaben zur weiteren Umsetzung der Energiewende. Die bestehende Gasinfra-
1259 struktur und die Power-to-X-Technologie (PtX) können den entscheidenden Schlüssel für das Gelingen
1260 der Sektorenkopplung und damit das Erreichen der Klimaziele liefern. Insbesondere durch die Um-
1261 wandlung von erneuerbarem Strom in Wasserstoff bzw. Methan, chemische Ersatzstoffe oder erneuer-
1262 bare Kraftstoffe, kann Strom über die bestehende Gasinfrastruktur und Tankinfrastruktur langfristig
1263 gespeichert, transportiert und sektorenübergreifend nutzbar gemacht werden.
- 1264 Ein Forschungskonsortium von Professoren der TU Dresden wird beginnend ab 2019 gemeinsam mit
1265 einem Reallabor im Lausitzer Revier verschiedene Speichertechnologien und Power-to-X-Verfahren
1266 anwendungsnah erforschen und neue Erkenntnisse unmittelbar in die Lehre einfließen lassen. Aufgrund
1267 der thematischen Ausrichtung besteht hier eine hohe Schnittmenge mit dem Projekt HZwo INFRA in
1268 Görlitz. In dieser Kombination aus Forschung und praktischer Anwendung wird bei diesem Thema ho-
1269 hes Potenzial gesehen, das als spürbarer Beitrag zur Strukturentwicklung in der Lausitz weiter unter-
1270 stützt werden sollte. An der BTU Cottbus-Senftenberg sollte zur Nutzung der Potentiale der (industriel-
1271 len) Energieerzeugung durch Wasserstoff i. V. m. mit der Energieinfrastruktur und der Nutzung von
1272 Erneuerbaren Energien die Ansiedlung eines entsprechenden Fraunhofer Institutes erfolgen. In Nut-
1273 zung der Expertise der BTU Cottbus sollte ein DLR-Institut „Energieeffiziente Antriebe in der Luftfahrt“
1274 geschaffen werden.

⁴² Dies zeigen Analysen des Wanderungsverhalten von Hochschulabsolventen in Deutschland, siehe Homolkova, K.; Niebuhr, A.; van Rienen, V. (2016): Arbeitsmarkteintritt der Studierenden der Fachhochschule Kiel. Analyse des Erwerbseintritts, der Mobilität und der frühen Erwerbsphase der Studierenden der Fachhochschule Kiel im Zeitraum 2005 - 2014. IAB-Regional Nord 07/2016, Nürnberg.

- 1275 Das Rheinische ENERGIEREVIER DER ZUKUNFT setzt Impulse für Forschung und Entwicklung, die die
 1276 Geschäftsmodelle der Energiewirtschaft in das Energiesystem der Zukunft führen. Dazu gehören Orte
 1277 der Zukunft wie die Einrichtung einer Tiefengeothermie an einem ehemaligen Kraftwerksstandort, ein
 1278 CO₂-freies Energieversorgungssystem am Campus Melaten oder die Weiterentwicklung der Solarcity
 1279 Jülich. Dabei ist sowohl im Rheinischen Revier als auch bundesweit besonders zu berücksichtigen, wie
 1280 die energieintensive Industrie trotz aufgrund der Energiewende steigender Energiepreise ihre Wettbe-
 1281 werbsfähigkeit behält. Die hohe Bedeutung der Energiekosten für ihre Produktion führt zu besonderer
 1282 Energieeffizienz. Weitere Einsparmaßnahmen lassen sich oft nur mit Technologiesprüngen bewältigen.
 1283 Im Rheinischen Revier soll die Forschung auch der bestehenden Lehrstühle und Institute mit Produkti-
 1284 onskompetenz stärker für die Entwicklung von Transformationstechnologien und -prozessen genutzt
 1285 werden: Der Institutsverbund Campus Melaten / Campus West an der RWTH Aachen soll um einen
 1286 Verbundansatz „Low Carbon Technologien“ mit einem neuen Institut ergänzt werden. Im Rhein-Kreis
 1287 Neuss werden mit dem Campus Changeneering für die Sektoren Metall, Chemie und Gesundheit For-
 1288 schung, Wissenschaft und Wirtschaft vernetzt und kooperativ Innovationen in den jeweiligen Bereichen
 1289 aber auch CrossOver unter besonderer Betrachtung der Digitalisierung vorangetrieben und ein Raum-
 1290 und Vernetzungsangebot für Gründer und Gründerinnen, Start-ups und Freelancer angeboten.
- 1291 Die Universitäten, Hochschul- und Forschungseinrichtungen rund um das Rheinische Revier besitzen
 1292 eine ausgewiesene Exzellenz. Mit dem Brainergy Park Jülich kann ein wesentlicher Beitrag zur Energie-
 1293 effizienz geleistet werden. In der Konzentration hoch innovativer Unternehmen und Forschungseinrich-
 1294 tungen wird ein Kompetenzareal mit Pioniercharakter geschaffen, das als selbständiger Energiespeicher
 1295 fungiert. Um die anstehende Transformationsaufgabe zu bewältigen, muss es darum gehen, die Potentiale
 1296 aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die Entwicklung der Region noch wirkungs-
 1297 voller nutzbar zu machen. Dazu sollen die Universitäten und Hochschulen Aachen, Köln und Düsseldorf
 1298 sowie das Forschungszentrum Jülich gemeinsam mit vielen weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen
 1299 durch die Nutzung ihrer exzellenten Forschung im Rahmen von Start-up Centern Impulse für Gründun-
 1300 gen und Ausgründungen in die Region setzen. Projekte sind das Exzellenz Start-up Center plus, die Ein-
 1301 richtung eines Blockchaininstituts und der Aufbau einer New Business Factory.
- 1302 Die Glasbranche ist in der mitteldeutschen Region ein zukunftsträchtiges Kernelement für eine nachhal-
 1303 tige wirtschaftliche Entwicklung. Um qualifizierte Aus- und Weiterbildungsangebote im Bereich
 1304 Glas/Keramik/Baustoffe direkt in der Region anbieten zu können, könnte die Errichtung eines
 1305 „Glascampus Torgau“ einen wichtigen Beitrag leisten als hochqualifizierendes, akademisch ausgerichte-
 1306 tes Weiterbildungszentrum für Fachkräfte der Glasbranche. Ziel ist die Sicherung und der Ausbau der
 1307 technischen Glasindustrie im Mitteldeutschen Revier mit überregionaler wirtschaftlicher Bedeutung.
- 1308 Als Kohlenstoffträger kann die Braunkohle als Rohstoff für die chemische und petrochemische Industrie
 1309 dienen. Sie wird in Deutschland noch über viele Jahre abbaubar sein. Die Klärung der Frage, ob, in wel-
 1310 chem Umfang und unter welchen Rahmenbedingungen dies möglich sein kann, bedarf weiterer For-
 1311 schung.⁴³ Ein geeigneter Ansatz unter Nutzung der vorhandenen Potentiale im Mitteldeutschen Revier
 1312 wäre die Schaffung eines Modellprojektes des Fraunhofer Institutes zur weiteren stofflichen Nutzung
 1313 der Braunkohle.
- 1314 Wesentlich für die nachhaltige Entwicklung und die Zukunftsfähigkeit von Regionen ist es, dass Unter-
 1315 nehmen nicht nur auf die Anforderungen der Digitalisierung reagieren, sondern auch entsprechende
 1316 Geschäftsmodelle im Rahmen der Digitalisierung entwickeln können. Alle zukunftsgetragenen Prozesse
 1317 basieren auf der Erfassung und Nutzung großer Datenmengen. Eine hauptsächlich von KMUs geprägte
 1318 Unternehmenslandschaft wie in der Lausitz steht dabei vor besonderen Herausforderungen. Die einzel-

⁴³ Bislang unveröffentlichte Studie von Prof. Dr. Armin Grunwald, Karlsruher Institut für Technologie (KIT).

- 1319 nen Unternehmen können im Allgemeinen weder in die Hardware noch in die spezialisierten Fachkräf-
1320 te, wie z.B. Datenanalysten, in ausreichendem Maße investieren. Insofern gilt es im Lausitzer Revier,
1321 mit Anbindung an die BTU Cottbus-Senftenberg Dienstleistungszentren (data warehouses, data mining,
1322 data analysis) zur Unterstützung von KMU bei der Digitalisierung anzusiedeln. Als Pilotprojekt sollte ein
1323 erstes Dienstleistungszentrum in Cottbus errichtet werden.
- 1324 Um an die vorhandenen Potentiale im Mitteldeutschen Revier anzuknüpfen, bietet sich die Gründung
1325 einer staatlich anerkannten privaten Hochschule, um anfänglich Bachelor-Programme in Elektrotechnik,
1326 Informatik und Wirtschaftsinformatik an. Mit dieser technischen Ausrichtung könnte zudem das mit der
1327 Schließung der Telekom-Hochschule in Leipzig entstandene technische Defizit ausgeglichen werden, da
1328 die Universität Leipzig fast ausschließlich geisteswissenschaftlich geprägt ist. Das ebenfalls neue aufzu-
1329 bauende Deutsch-Amerikanische-Institut (DAI) soll idealerweise mit angebunden werden.
- 1330 Experimentierklauseln, Reallabore und regulatorische Maßnahmen**
- 1331 Die betroffenen Regionen sollten zu Innovationsregionen werden, die neue Wege beschreiten. Ebenso
1332 wie bei den Förderprogrammen müssen Bund und Länder dafür Spielräume in den vorhandenen Rege-
1333 lungen und Rahmenbedingungen schaffen, die im Einklang mit den erreichten Standards zum Beispiel im
1334 Umwelt- oder Arbeits- und Tarifrecht stehen. Bei der Identifizierung und Umsetzung möglicher Ausnah-
1335 men müssen Bund und Länder eng zusammenarbeiten. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, die es erlau-
1336 ben, in den Revieren Planungen zu beschleunigen, insbesondere im Hinblick auf kürzere Genehmigungs-
1337 verfahren.
- 1338 In Ergänzung dazu eignet sich das von der Bundesregierung auch in ihrem neuen siebten Energiefor-
1339 schungsprogramm angekündigte Instrument der Reallabore, mit denen Vorhaben mit Pioniercharakter
1340 für die Energiewende auf den Weg gebracht werden sollen. Es ist zu prüfen, ob einzelne Reallabore in
1341 den Revieren als künftige Innovationsregionen unter regulatorischen Sonderbedingungen eingerichtet
1342 werden können. Vor dem Hintergrund, dass Power-to-Gas zahlreichen Studien zufolge eine wichtige
1343 Rolle bei der Flexibilisierung der Stromversorgung spielen und es in Zukunft einen erheblichen Ausba-
1344 bedarf von Power-to-Gas-Anlagen geben wird, sollte ein besonderer Schwerpunkt in den Reallaboren
1345 der Strukturwandelregionen auf diese Technologie gelegt werden. Ein weiterer Schwerpunkt sollte dar-
1346 über hinaus die Schaffung von Reallaboren im Bereich der „Grünen Fernwärme“ sein. Bei den Reallabo-
1347 ren sollten auch die Erfahrungen aus den gegenwärtigen Sinteg-Projekten aufgegriffen werden.
- 1348 Auch hier gilt, dass durch eine intelligente Kombination von regulatorischen Freiräumen und einer un-
1349 terstützenden finanziellen Förderung zum Beispiel über einen Fonds die Reviere zu Vorreitern und Inno-
1350 vatoren für bestimmte Themen werden können.
- 1351 Die Reduzierung von unnötiger, das heißt sachlich nicht gerechtfertigter Bürokratie und Verwaltungs-
1352 aufwand sollte ein weiterer Baustein sein, um die Wirtschaft von unnötigem Aufwand zu entlasten. Der
1353 Schutz der Beschäftigten, der Verbraucher/innen, der Umwelt oder der Erreichung sozialer oder anderer
1354 Gemeinwohlziele darf dem dabei jedoch nicht untergeordnet werden.
- 1355 Um die Strukturentwicklung auch europarechtlich zu flankieren, sollte durch die Bundesregierung mit
1356 der Europäischen Union das Einvernehmen erzielt werden über
- 1357 • deutsche Sonderfördergebiete nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstaben a und c des Vertrags über
 - 1358 die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),
 - 1359 • eine integrierte Neuausrichtung der EU-Struktur- und Forschungsförderung in neu auszuwei-
 - 1360 senden Sonderfördergebieten (Modellregionen) jenseits der Einzellogiken der heutigen unter-
 - 1361 schiedlichen Strukturfonds und
 - 1362 • die Anpassung des EU-Beihilferechts für neu auszuweisende Sonderförderregionen (Modellre-
 - 1363 gionen),

- 1364 • Anpassung der Förderungsregime, sodass auch in Deutschland als KMU eingestufte Unternehmen diese Förderung wahrnehmen können. Es gibt viele KMU, die Teil eines größeren Konzerns sind und daher keine Förderung in Anspruch nehmen können.
1365
1366

1367 **Ansiedlung von Behörden und öffentlichen Einrichtungen**

1368 Die Kommission sieht die Notwendigkeit einer Selbstverpflichtung des Bundes und der Länder, in den
1369 kommenden Jahren insbesondere Neugründungen und Erweiterungen, ggf. auch Verlagerungen von
1370 Behörden oder Einrichtungen in den betroffenen Regionen vorzunehmen. Durch eine Stärkung der Prä-
1371 senz der öffentlichen Hand in den Revieren, vor allem durch die Verlagerung und den Ausbau von Be-
1372 hördenstandorten in den Revieren, wird das Bekenntnis von Bund und Ländern zur Zukunft der Reviere
1373 greifbar. Zudem unterstützen Beschäftigungs- und Kaufkrafteffekte die regionale Entwicklung. Die
1374 Kommission hält es für sinnvoll und notwendig, für die Braunkohlereviere klare Zielgrößen für die Zahl
1375 der anzusiedelnden Arbeitsplätze in Behörden des Bundes und der Länder zu definieren.

1376 **Arbeitsmarktpolitik**

1377 Der Einsetzungsbeschluss beauftragt die Kommission, an erster Stelle eine konkrete Perspektive für
1378 neue, zukunftssichere Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen zu schaffen. In der Braunkohleindust-
1379 rie und Energiewirtschaft handelt es sich um hochqualifizierte und daher auch entsprechend tariflich
1380 vergütete sozialversicherungspflichtige Industriearbeitsplätze. Die Perspektiven für neue, möglichst
1381 tariflich abgesicherte Arbeitsplätze müssen daher einen vergleichbaren Standard bedienen, um einen
1382 Strukturbruch zu vermeiden und die Wertschöpfung in den Regionen zu sichern. Mit dem aktiven und
1383 präventiven Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente sollte sichergestellt werden, dass die
1384 Menschen in den Revieren in ihren Kompetenzen gestärkt werden und Neuansiedlungen und Neugrün-
1385 dungen von Unternehmen oder Forschungseinrichtungen nicht durch Fachkräftemangel behindert
1386 werden.

1387 Zentrale Anliegen der Kommission sind die Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen und die Schaf-
1388 fung hochwertiger und zukunftssicherer Arbeitsplätze, die gerade auch für die Arbeitnehmer und Aus-
1389 zubildenden in der Kohleindustrie neue Beschäftigungsperspektiven eröffnen. Den Menschen in den
1390 Revieren stehen dafür alle Maßnahmen und Dienstleistungen des SGB III zur Verfügung, um ihre indivi-
1391 duelle Beschäftigungsfähigkeit im Wandel zu sichern und auszubauen. Dazu gehören unter anderem
1392 Beratungs- und Vermittlungsangebote, Transferleistungen, Hilfen für Existenzgründer und Berufsorien-
1393 tierungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler. Eine enge Verzahnung auf Bundes- und Landesebe-
1394 ne stellt dabei sicher, dass die handelnden Akteure ihre Ressourcen bündeln und gemeinsame Lösun-
1395 gen für die Reviere finden, vorhandene Instrumente koordiniert nutzen und bei Bedarf neue Angebote
1396 konzipieren, die sich ergänzen.

1397
1398 Die Schaffung neuer, gut bezahlter (Industrie)Arbeitsplätze durch strukturpolitische Maßnahmen setzt
1399 die Verfügbarkeit adäquat qualifizierter Fachkräfte voraus. Bildungsangebote und Qualifizierungsmaß-
1400 nahmen sind daher eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Strukturpolitik in den Revieren -
1401 insbesondere in den Regionen, die durch den demografischen Wandel mit einem Rückgang des Er-
1402 werbspersonenpotenzials konfrontiert sind. Durch geförderte Qualifizierungen und berufliche Weiter-
1403 bildungen kann es zudem gelingen, die Qualifikationen der Beschäftigten in den Revieren an sich wan-
1404 delnde berufliche Anforderungen anzupassen, so dass diese Arbeitskräfte weiterhin im Industriebereich
1405 und in der Energiewirtschaft tätig sein können. Die Vermittlung grundlegender Digitalisierungs- und
1406 MINT-Kompetenzen sollte dabei eine ebenso hervorgehobene Rolle einnehmen, wie die Gewinnung von
1407 Nachwuchs-Fachkräften.

- 1408 Die Qualifizierungsprofile der Beschäftigten in den Revieren sollten analysiert und bei Bedarf ausgebaut
1409 werden, um aus den wegfallenden Berufsbildern Profile für andere, neue Beschäftigungsmöglichkeiten
1410 zu entwickeln. Für die jungen Menschen wiederum bedarf es der Anpassung und Stärkung des Ausbil-
1411 dungs- und Bildungsbereiches entsprechend neuer Anforderungen und neuer struktureller Schwer-
1412 punkte, um eine attraktive Lebensperspektive in den Regionen zu bieten
- 1413 Die Unternehmen, insbesondere die Betreiber, sollten frühzeitig gemeinsam mit der Bundesagentur für
1414 Arbeit Weiterbildungen und Qualifizierungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglichen.
- 1415 Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sollten durch Analysen des bisherigen Strukturwandels in den
1416 Revieren unterstützt werden: seit mehr als 20 Jahren werden Arbeitsplätze in den Tagebauen und den
1417 dazugehörigen Kraftwerken abgebaut. Eine Analyse des Verbleibs der Beschäftigten, die in der Vergan-
1418 genheit ihren Arbeitsplatz in den Revieren verloren haben, kann beispielsweise Personengruppen iden-
1419 tifizieren, die besonders von Arbeitslosigkeit gefährdet sind und einer besonderen Förderung bedürfen.
1420 Eine solche Analyse kann zudem Erfolgsfaktoren und Wirkungszusammenhänge zwischen den Potenzia-
1421 len der Beschäftigten und Qualifizierungsmaßnahmen für die Braunkohlebeschäftigten identifizieren,
1422 die für die Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik vor Ort genutzt werden können.⁴⁴
- 1423 Bei einer sukzessiven Schließung von Tagebauen und Kraftwerken besteht die Möglichkeit des Arbeits-
1424 platzwechsels zwischen den verschiedenen Standorten innerhalb der Braunkohleunternehmen, aber
1425 auch des Wechsels über Unternehmens- und Reviergrenzen hinweg. Potenzial für eine solche „interne
1426 Vermittlung“ besteht, wenn etwa durch Übergänge in den Ruhestand Stellen an bestimmten Standor-
1427 ten zu besetzen sind und entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte an anderen Standorten durch die
1428 Schließung von Tagebauen ihren Arbeitsplatz verlieren. Mobilitätshilfen ermöglichen es den betroffe-
1429 nen Arbeitskräften, ihre speziellen Qualifikationen möglichst lang zu nutzen, und sie reduziert für die
1430 Braunkohleunternehmen den Aufwand, hoch spezialisierte Arbeitskräfte zu qualifizieren oder befristet
1431 zu rekrutieren.
- 1432 Die Bundesagentur für Arbeit sollte frühzeitig in die für den Strukturwandel verantwortlichen Begleit-
1433 gremien eingebunden werden, um ihre Arbeitsmarktexpertise zur Zukunftsfähigkeit von Berufen sowie
1434 vorhandener und benötigter Kompetenzen und Qualifikationen der Beschäftigten einbringen zu kön-
1435 nen. Es bedarf der Transparenz über das Qualifizierungsangebot in den Revieren und über Handlungs-
1436 bedarfe bei der Anpassung bestehender Qualifizierungsangebote, damit Neuansiedlungen und Neu-
1437 gründungen von Unternehmen oder Forschungseinrichtungen nicht durch Fachkräftemangel behindert
1438 werden.
- 1439 **Regionale Verankerung und Beteiligung der Zivilgesellschaft**
- 1440 Strukturentwicklung kann nur gemeinsam mit den Menschen gelingen, für die die Regionen Teil ihrer
1441 Identität und ihre Heimat mit Tradition und Zukunft sind. Dafür notwendige Schritte sollten aus den
1442 Regionen heraus organisiert bzw. fortgeführt werden, um die Menschen in die Veränderungsprozesse
1443 aktiv einzubinden. Es geht dabei nicht nur um ökonomische Rahmenbedingungen, sondern auch um die
1444 Attraktivität der Regionen in ihrer landschaftlichen Vielfalt, die kulturellen Traditionen sowie die Le-
1445 bensqualität und Daseinsvorsorge. Zur Aktivierung des bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen
1446 Engagements in den Regionen und der Förderung von Kunst und Kultur sind zielorientierte Förderpro-
1447 gramme nötig. Dies schließt im Lausitzer Revier die Förderung von Kultur und Identität der Minderheit
1448 der Sorben/Wenden ein. Eine Beratung potenzieller Antragsteller zu allen Förderprogrammen ist sicher-
1449 zustellen.

⁴⁴ Eine erste Analyse des Verbleibs früherer Braunkohlebeschäftigter haben Franke et al. (2017) vorgelegt.

1450 Von zentraler Bedeutung wird dabei die Verzahnung der bereits vorhandenen regionalen Akteure unter
1451 einem Dach für den Strukturwandel in jeder Region sein, um z.B. zur Einwerbung von Fördermitteln oder
1452 als Ansprechpartner für den Bund und die EU einheitlich auftreten zu können.

1453 Förderprogramme

1454 Die Kommission hält es für erforderlich, die Förderlandschaft für die Reviere noch effektiver zu gestalten
1455 und vor Ort mehr Kapazitäten zu schaffen, um Fördermittel zielgerichtet einsetzen zu können. Alle Bun-
1456 desressorts müssen ihre Förderprogramme daraufhin überprüfen, wie Fördervoraussetzungen, -
1457 konditionen und -volumen für einen prioritären Mitteleinsatz in den Regionen angepasst werden müs-
1458 sen und wo Flexibilisierungen möglich sind. Allerdings werden die Kommunen die finanziellen Lasten
1459 nicht oder nur minimal mittragen können. Vor diesem Hintergrund sollten für den Einsatz in den Revie-
1460 ren die von den örtlichen Akteuren zu erbringenden Eigenanteile im Bedarfsfall abgesenkt werden kön-
1461 nen, bzw. alternative Finanzierungsformen für die Eigenanteile etabliert werden. Die Kommission hält es
1462 für erforderlich, die Kommunen bei den erforderlichen Planungs- und Verwaltungskapazitäten in diesem
1463 Bereich durch intelligente Lösungen zu unterstützen.

1464 Besondere Beachtung müssen die beihilferechtlichen Vorgaben der Europäischen Union erfahren, die
1465 den Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten vorgeben. Die Bundesregierung sollte sich frühzeitig für
1466 notwendige Anpassungen der einschlägigen Beihilfeleitlinien einsetzen. Zudem müssen angedachte
1467 Ausweitungen bestehender Schutzmechanismen oder neue Mechanismen mit ausreichendem Vorlauf
1468 einer beihilferechtlichen Prüfung unterzogen werden.

1469 Sofern künftig nicht alle Reviere durchgängig GRW-Fördergebiet sind, wäre zu prüfen, wie diese über eine
1470 neue Förderrichtlinie Infrastrukturvorhaben und weitere Projekte im Rahmen eines Sonderfördergebietes
1471 in die Finanzierung bringen können.

1472 Die Reviere partizipieren bisher in recht unterschiedlichem Maße an existierenden Förderprogram-
1473 men. So fließen insbesondere in das Lausitzer Revier nur in relativ geringem Umfang Mittel aus FuE-
1474 Förderprogrammen.⁴⁵ Daher sollte überprüft werden, inwieweit durch eine Anpassung der Förderbe-
1475 dingungen und eine unterstützende Infrastruktur vor Ort die Absorptionsfähigkeit der Reviere verbes-
1476 sert werden kann. Vor allem KMU, die die Wirtschaftsstruktur in den ostdeutschen Regionen prägen,
1477 können bei der Beantragung von Fördermitteln mit nicht unerheblichen Hemmnissen konfrontiert
1478 sein.

1479

1480 5.3.1. Maßnahmen des Bundes

1481 5.3.2. Maßnahmen der Länder und Kommunen

1482 5.3.3. Europäische Rahmenbedingungen

1483

1484 5.4. Institutionelle Verankerung

1485

1486 6. Monitoring und Revisionsklauseln

1487

1488 7. Anhang

⁴⁵ Siehe schriftliche Antwort des Bundes zur Abfrage strukturpolitischer Maßnahmen, Sitzung am 23.08.2018.

1

2

Ergebnisprotokoll

3

4

8. Plenumssitzung (Teil I) der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

5

6

am 15. November 2018, 10:00 – 15:30 Uhr

7

im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

8

9

Anlagen:

10

- Anlage 1: Teilnehmerliste

11

12

Leitung der Sitzung: [REDACTED]

13

14

Teilnehmer: siehe Anlage 1

15

16

BLOCK 1: Vorbemerkungen/ Organisatorisches

17

Zu Anfang der Sitzung erfolgte eine kurze Rückschau auf die bisher zurückliegende Kommissionsarbeit durch die Sitzungsleitung:

18

19

20

- Anhörung von mehr als 80 Experten,
- Besuch der drei Braunkohlereviere,
- Zwischenbericht zum Strukturwandel fristgemäß vorgelegt.

21

22

23

24

Das Thema Strukturwandel wurde damit vorläufig abgeschlossen und wird noch einmal in Rahmen des Endberichts aufgerufen.

25

26

27

Anschließend erfolgte ein Ausblick auf die heutige (15.11.2018) und morgige (16.11.2018) Kommissionssitzung (Doppelsitzung) zum Thema Energie (Kapitel 3, Ausgangslage und Referenzszenario; Kapitel 4, Maßnahmen im Energiesektor für Klimaschutz und Sozialverträglichkeit).

28

29

30

31

32

33

34 **BLOCK 2: Diskussion über den Entwurf für das Kapitel 3 des Berichtes**

35 Der Textentwurf zum ersten Teil des Energie- und Klimakapitels (Kapitel 3) wurde durch
36 die „Friends of the Chair“ (FotC) auf Grundlage eines Entwurfs der GS KWSB erarbeitet
37 und durch die Kommissionsvorsitzenden freigegeben.

38
39 Die Mitglieder der FotC stellten ihren Entwurf vor. So wurde u.a. erläutert, dass die
40 rechtlichen Rahmenbedingungen in Kapitel 3 aufgrund ihrer Komplexität und Vielzahl
41 von Rechtsmeinungen nicht dargestellt wurden. Hierüber bestand in der Kommission
42 Einvernehmen.

43
44 Es folgte eine seitenweise Einbringung der inhaltlichen Anmerkungen. Die
45 Kommissionsmitglieder stellten ihre Änderungsanträge zu Kapitel 3, die beraten und
46 teilweise abgestimmt wurden.

47
48 Der Vorsitz teilte mit, dass weitere redaktionelle Änderungen bis zum 16.11.2018 an die
49 Geschäftsstelle übermittelt werden können.

50

51

52 **BLOCK 3: Diskussion über klima- und energiepolitische Fragen**

53 [REDACTED] als Mitglied der Friends of the Chair stellte die erarbeiteten Entwürfe zu
54 Kapitel 3.2 (Ergänzungen Energiewirtschaftliche Ausgangslage) und Kapitel 4
55 (Maßnahmen im Energiesektor für Klimaschutz und Sozialverträglichkeit, insbesondere
56 Maßnahmen 2020) vor.

57

58 Anschließend erfolgte eine erste offene Diskussion und Aussprache (Generaldebatte)
59 zu den Kapiteln 3.2 und 4.

60

61

1

2

Ergebnisprotokoll

3

4

8. Plenumssitzung (Teil II) der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

5

6

am 16. November 2018, 10:00 – 15:15 Uhr

7

im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

8

9

Anlagen:

10

- Anlage 1: Teilnehmerliste

11

- Anlage 2: Presseinformation vom 16.11.2018

12

13

Leitung der Sitzung: ██████████

14

15

Teilnehmer: siehe Anlage 1

16

17

BLOCK 1: Organisatorisches

18

Der Vorsitz teilte Folgendes mit:

19

20

- Es sei Ziel der Kommission, die Kommissionsarbeit am 28.11.2018 abzuschließen.

21

22

23

- Der Abschluss der Arbeiten der Friends of the Chair (FotC) zum Energieteil sei für den 23.11.2018 vorgesehen.

24

25

26

- Ergänzungswünsche zum Zwischenbericht Strukturpolitik für den Abschlussbericht könnten von den Kommissionsmitgliedern bis zum 19.11.2018 an die Geschäftsstelle übermittelt werden (Priorisierung und Konkretisierung der Projekte, Kostenabschätzung, Finanzierung, Umsetzung etc.).

27

28

29

30

31

Es wurde vereinbart, in den Sitzungen am 26. und 28.11.2018 den Energie- und Strukturteil zusammenzuführen und der Abschlussbericht zu verabschieden (beide Sitzungen open end). Nach einer Diskussion wurde beschlossen, dass die Sherpas für beide Sitzungen ein Rede-, jedoch kein Stimmrecht erhalten.

32

33

34

35

36

Es bestand Einigkeit, dass im Rahmen der Behandlung von Kapitel 4 (Maßnahmen im Energiesektor für Klimaschutz und Sozialverträglichkeit, insbesondere Maßnahmen 2020) keine Diskussion von noch fehlenden Zahlen (mit [XX] kenntlich gemacht) erfolge, sondern die FotC diese im Nachgang der Kommissionsitzung quantifizieren.

37

38

39

40 **BLOCK 2: Diskussion über klima- und energiepolitische Fragen**

41 Es folgten vertiefende Ausführungen von [REDACTED] zur Genese von Kapitel 3.2
42 (Ergänzungen Energiewirtschaftliche Ausgangslage, Statusbericht
43 Kohlekraftwerkspark). Im Anschluss beantworteten die FotC offene Fragen der
44 Mitglieder zum Entwurf.

45
46 Die Kommission verständigte sich darauf, in Kapitel 3 auch die Entwicklung des
47 Netzausbaus und des Ausbaus der erneuerbaren Energien darzustellen. Die FotC
48 wurden beauftragt, entsprechende Ergänzungen einzuarbeiten.

49
50 Es folgte eine seitenweise Beratung des Entwurfs zu Kapitel 4. Die
51 Kommissionsmitglieder brachten inhaltlichen Anmerkungen und Änderungsanträge ein,
52 zu denen eine weitgehende Verständigung erfolgte.

53
54 Es bestand Einigkeit, dass die Schlussredaktion des Textes erst erfolgen solle, wenn
55 die bisher noch fehlenden Zahlen vorliegen.

56

63

Anlage 2

64 **Presseinformation der vier Vorsitzenden der Kommission**
65 **„Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“**

66 Berlin, 16.11.2018

67

68 Die Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
69 Matthias Platzeck, Ronald Pofalla, Prof. Dr. Barbara Praetorius und Stanislaw Tillich
70 teilen Folgendes mit:

71 Nachdem die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ am 31.
72 Oktober 2018 fristgerecht den Zwischenbericht Strukturwandel vorgelegt hat, standen
73 nun in der zweitägigen Sitzung am 15. und 16. November 2018 die energie- und
74 klimapolitischen Fragen im Vordergrund. Dabei hat die Kommission insbesondere die
75 Ausgangslage sowie Maßnahmen zur Reduzierung der Lücke zur Erreichung des 40%-
76 Minderungsziels diskutiert.

77 Die Beratungen zu den energie- und klimapolitischen Fragen werden am 26. November
78 2018 fortgesetzt.

79 Die Kommission beabsichtigt, ihre Arbeit am 28. November 2018 abzuschließen.

1

2

Ergebnisprotokoll

3

4

9. Sitzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

5

am 26. November 2018, 10:00 – 14:00 Uhr

6

im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

7

8

Anlagen:

9

- Anlage 1: Teilnehmerliste

10

- Anlage 2: Presseinformation vom 26.11.2018

11

12

Leitung der Sitzung: [REDACTED]

13

14

Teilnehmer: siehe Anlage 1

15

16

Block: Allgemeine Aussprache

17

Der Vorsitzende [REDACTED] erläuterte, dass als Folge des Briefes der Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder und der Reaktion der Bundesregierung darauf, die Fragen des Strukturwandels noch intensiver beraten werden sollen. [REDACTED]

19

[REDACTED] betonte, dass die Kommission WSB den Auftrag hinsichtlich der zeitlichen Vorgaben erfüllt hat, die Verschiebung erfolgte auf Bitten der Bundesregierung.

21

22

23

[REDACTED] schlug das folgende weitere Vorgehen vor, welches im Nachgang von den Kommissionsmitgliedern angenommen wurde:

25

26

- Die Kommission beauftragt eine Arbeitsgruppe im Bereich Strukturwandel damit, weitere konkrete Vorschläge zu erarbeiten und Gespräche dazu mit den Ländern und der Bundesregierung zu führen. Die Verhandlungsgruppe besteht aus den Kommissionsmitgliedern [REDACTED] [REDACTED]

29

30

[REDACTED] Die Leitung der Verhandlungsgruppe wird noch bestimmt.

31

32

- Die Sitzung am 28.11.2018 entfällt, der Tag wird für das erste Treffen der Verhandlungsgruppe zum Strukturwandelteil genutzt.

33

34

- Die Beratungen werden am 11.12.2018 fortgesetzt (im Plenum oder in den Arbeitsgruppen).

35

36

- Es wird eine zusätzliche Sitzung der Kommission am 25.01.2019 geben.

37

- Ziel ist es, die Kommission mit einer finalen Sitzung am 01.02.2019 zum Energie- und Klimateil zu einem Abschluss zu bringen.

38

39 **BLOCK: Diskussion mit Vertretern der Bundesregierung**

40 Vorab wurde dem Antrag von [REDACTED] auf Rederecht der Sherpas für diesen
41 Teil der Sitzung stattgegeben.

42

43 Die Vertreter der Bundesregierung [REDACTED] [REDACTED]
[REDACTED]

45 hielten kurze Statements. Im Anschluss folgte eine Diskussion mit den
46 Kommissionsmitgliedern. Es wurden noch offene Fragen der Kommissionsmitglieder
47 insbesondere in Bezug auf die Positionen der Bundesregierung hinsichtlich des
48 Umfangs eines möglichen dauerhaft angelegten Fonds, der Eckpunkte eines
49 Sofortprogramms für die Reviere, möglicher Zusagen zur Umsetzung der
50 Empfehlungen der Kommission in „Maßnahmengesetzen“ sowie
51 Entschädigungszahlungen angesprochen.

52

53

54 **BLOCK: Diskussion zum weiteren Vorgehen**

55 Es wurde bekräftigt, die Arbeit der Kommission im weiteren Prozess enger mit der
56 Bundesregierung abzustimmen.

57

58

59

60

69 **Presseinformation im Namen der vier Vorsitzenden der Kommission**
70 **„Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“**

71

72

73 Berlin, 26. November 2018

74

75

76 Die Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
77 Matthias Platzeck, Ronald Pofalla, Prof. Dr. Barbara Praetorius und Stanislaw Tillich
78 teilen Folgendes mit:

79 Nachdem die Arbeit der Kommission Gegenstand der Beratungen im
80 Koalitionsausschuss war, hat die Kommission heute zunächst das weitere Vorgehen
81 besprochen.

82 Im Ergebnis hat die Kommission eine Arbeitsgruppe aus ihren Reihen beauftragt, im
83 Bereich Strukturwandel weitere konkrete Vorschläge zu erarbeiten und Gespräche dazu
84 mit Ländern und Bundesregierung zu führen.

85 In einem zweiten Tagesordnungspunkt wurden noch offene Fragen mit hochrangigen
86 Vertretern der Bundesregierung diskutiert. Dafür nahmen unter anderem der
87 Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, sowie der Bundesminister
88 der Finanzen, Olaf Scholz, an der Sitzung teil.

89 Die Beratungen werden am 11. Dezember 2018 fortgesetzt. Zudem besteht
90 Einvernehmen, die Arbeit der Kommission am 1. Februar 2019 abzuschließen.